

Familien sind nach Nave-Herz kulturunabhängig durch (1) „die Übernahme der Reproduktions- und Sozialisationsfunktion“, (2) „die Generationsdifferenzierung“ und (3) „ein spezifisches Kooperations- und Solidaritätsverhältnis zwischen ihren Mitgliedern“ gekennzeichnet. Von der Familie wird die „Nachwuchssicherung (Geburt, Pflege und Erziehung von Kindern)“, die „physische Stabilisierung“ und „psychische Regeneration“ erwartet (Nave-Herz 2001, S. 207, 214). In dem Bemühen um die Realisierung dieser Funktionen kommt es offenbar auch zu gewaltförmigen Handlungen.

Mit familialer oder – sofern sich die Betrachtung auf jene (erwachsenen) Personen beschränkt, die ständig oder zyklisch zusammen leb(t)en – häuslicher Gewalt, sind physische, sexuelle, psychische, verbale und auch gegen Sachen gerichtete Aggressionen gemeint, die nach gesellschaftlichen Vorstellungen jener auf (gegenseitige) Sorge und Unterstützung ausgerichteten Erwartungshaltung zuwiderlaufen (Schneider 1990, S. 508). Im Unterschied etwa zu Erziehungs- und Kontrollmaßnahmen, die ebenfalls auf Gewalt(androhungen) beruhen können, oder spielerischen Auseinandersetzungen einschließlich bestimmter Sexualpraktiken, die bei Außenstehenden durchaus auf Ablehnung stoßen oder Befremden auslösen mögen, handelt es sich bei häuslicher Gewalt im heutigen Verständnis nicht nur um ein abweichendes Verhalten, das die normativen Erwartungen der Familienmitglieder bzw. Ehe- oder Intimpartner enttäuscht, sondern vor allem auch um ein soziales Problem, wenn man darunter „das mehr oder minder öffentliche Bewusstsein von einer Diskrepanz zwischen sozialen Fakten und Normvorstellungen bzw. Wertmaßstäben“ (Ottermann 2000, S. 13) versteht. Häusliche Gewalt unterliegt deshalb nicht nur informell-privater, sondern auch formell-öffentlicher sozialer Kontrolle, mithin der Androhung und Ergreifung legalisierter sowie als mehr oder minder legitim empfundener Gewaltmaßnahmen von Seiten offizieller Kontrollagenten.

In modernen Gesellschaften gelten zumindest schwerere Formen von Gewalt in Familien und Partnerschaften („körperliche Misshandlungen“, „sexueller

Missbrauch“ etc.) weithin als soziales Problem. Die formelle soziale Kontrolle familialer bzw. häuslicher Gewalt durch Polizei, Rechtspflege, Jugendämter etc. hält sich indessen in Grenzen. Denn das, was nach heutigem Verständnis Familie bzw. Partnerschaft ausmacht, ist nach Nave-Herz und Onnen-Iseemann (2001) zugleich das, was sie gefährdet. Ein wesentlicher „Auslöser“ familialer Gewalt sei gerade der stark emotionale und intime Charakter der familialen bzw. häuslichen Beziehungen. Heutige Familien bzw. Partnerschaften seien relativ geschlossene soziale Systeme, die kaum noch äußeren sozialen Kontrollen formeller und informeller Art unterworfen seien. Der einzige anerkannte Heiratsgrund in unserer Gesellschaft sei – sieht man einmal vom bürgerlichen Milieu und vom Adel ab – die sog. romantische Liebe, aus der dann auch Kinder erwachsen dürfen, falls erwünscht. Dieser Legitimationsgrund von Partnerwahl, Eheschließung und Familiengründung – aber auch außerfamiliäre Belastungen – stünde indes teils in Widerspruch zu den alltäglichen Anforderungen der Organisation des gemeinsamen Haushalts, Ehe- und Familienlebens, was zu Spannungen und Konflikten führe. Auch die Auflockerung der Geschlechtsrollenerwartungen, die Institutionalisierung der Doppelbelastung (der Frau) durch Familie und Beruf sowie der soziale Wandel von Pflichtwert- zu Selbstwert-Orientierungen (Klages 2001, 1992, 1984; Inglehart 1979), die Ersetzung der Erwartung von Selbstaufopferung und gesellschaftlichen Standards durch die Hoffnung auf privates Glück und individuelle Autonomie, stellten Ehe und Familie auf eine harte Probe.

Die extreme Privatheit, die soziale Isolierung und die heute üblichen Wohnverhältnisse bzw. -formen senken tendenziell die familiäre Gewaltschwelle, da häusliche Gewalt dadurch weniger sichtbar und von außen kontrollierbar sei. „Wegen der hohen Wertschätzung der Privatsphäre der Familie greifen noch nicht einmal Nachbarn oder Freunde, selten Behörden ein“ (Nave-Herz und Onnen-Iseemann 2001, S. 305). Letztere werden nach Böhnisch (2001) vor allem bei Vorkommnissen in desorganisierten und dissozialen Familien tätig, wenn diese nach außen ihre gesellschaftlich erwarteten Funktionen etwa im Erziehungsbereich nicht erfüllen können. Dann wird durchaus öffentlich sanktioniert. „Je institutionell besorgter sich die gesellschaftlichen Kontrollinstanzen den dissozialen, von der durchschnittlichen Familiennorm abweichenden Familien annehmen, desto unantastbarer wird das Bild der ‚intakten‘ Familie“ (Böhnisch 2001, S. 24 f.).

Das heutige Verständnis von Familie bzw. das, was von ihr normativ erwartet wird, läuft nach Habermehl (1999) auf eine realitätsfremde Idealisierung der Familie hinaus: „Gewalt spielt sich zu einem großen Teil in der Familie ab. Von niemandem sonst werden Kinder, Frauen und Männer so oft geschlagen wie von ihren nächsten Angehörigen [...] Die Gesellschaft hebt die Familie kontrafaktisch als Institution hervor, in der die Familienmitglieder Liebe, Sicherheit, Geborgenheit

und vor allem Schutz vor der bedrohlichen Außenwelt finden“ (Habermehl 1999, S. 419 f.). Die häufigsten Opfer familialer Gewalt seien Kinder und die meisten Gewalttaten an Kindern würden von Angehörigen verübt. Die Kinder selbst seien es, die Gewalt gegen Kinder am stärksten billigten. Und immerhin werde Gewalt in der Partnerschaft sowohl gegen Frauen als auch Männer von jedem fünften Bundesbürger gebilligt (Habermehl 1999, S. 419). „In der Tat akzeptieren wir Gewalt in der Familie in höherem Maße als in anderen sozialen Gruppen. So halten es viele Deutsche noch immer für normal, dass Brüder sich prügeln, für verständlich, dass ein Mann im Zorn seine Frau schlägt, und für notwendig, das Eltern ihre Kinder züchtigen“ (Nave-Herz und Onnen-Isemann 2001, S. 305).

Kinder wiederum lernen nach Böhnisch (2001) die „Normalität“ gewaltförmiger Praktiken, indem sie beobachten, wer sich in der Familie mit welchen Mitteln durchsetzt. Gewalt werde in der Familie gelernt, wenn sie als Mittel der Problembewältigung erfahren wird („dann hat Vater auf den Tisch gehauen“) und kommunikative Verständigungsversuche desavouiert werden („die Mutter geht mir mit ihrem Gelaber auf die Nerven“). Da die Familie ein privater Taburaum sei, erführen gewalttätige Mittel keine soziale Ächtung oder Ausgrenzung, sondern würden von den Beteiligten – vor allem von Kindern – als etwas Selbstverständliches erlebt (Böhnisch 2001, S. 62).

Nach Peters (1995a) bzw. Honig (1986) lassen sich häusliche Gewalttätigkeiten nicht in gleicher Weise wie außerhäusliche Formen der Gewalt erklären (die ohnehin gemäß kriminalsoziologischer Befunde überwiegend „reine Männersache“ sind) bzw. Thesen zu häuslicher Gewalt nicht auf den außerhäuslichen Bereich übertragen. Die Erwartung von Fürsorge und Intimität gelte als konstitutiv nur für die familiäre Gewalt. Offenkundig wird häusliche Gewalt nicht (mehr) von allen Mitgliedern unserer Gesellschaft als normaler Bestandteil des Familienlebens hingenommen. Durch Frauen- und Kinderschutzbewegung ist das Private vielmehr öffentlich geworden und das Recht des Stärkeren in Frage gestellt. Und wie jeder „Revolution“ scheint auch in diesem Fall dem Aufstand die relative Schwäche der bekämpften Institution – im Falle der Familie dem Egalitarismus das Bröckeln des Patriarchats – entgegenzukommen. „Als Gewalt oder Aggression erscheint Schmerzzufügung, wenn die Ungleichheit und Abhängigkeit sich verringert, die Chance, gefahrlos oder mit gewisser Aussicht auf Erfolg zu protestieren, sich vergrößert hat und wenn sich Individualisierung und Emotionalisierung in Familien so entwickelt haben, dass die Mitglieder Fürsorge und Intimität voneinander erwarten dürfen. ‚Gewalt‘ und ‚Aggression‘ wären dann eine Enttäuschung dieser Erwartung [...] Dies mag ein Hinweis auf die Frage sein, weshalb heute weit mehr als in früheren Zeiten über Gewalt in der Familie geredet wird und sich die Annahme verbreitet, Gewalt und Aggression in Familien nähmen zu“ (Peters 1995a, S. 106 f.).

2.1 Gewalt zwischen Normalität und Abweichung

Nach Heitmeyer und Hagan (2002) birgt der kommunikative Umgang mit Gewaltphänomenen, die Rede von Gewalt bzw. der Gebrauch des Gewaltbegriffs in gesellschaftlichen Diskursen, Gefahren für die wissenschaftliche Analyse, die Heitmeyer und Hagan als Thematisierungsfallen bezeichnen (Heitmeyer und Hagan 2002, S. 21). Diese lassen sich unterscheiden in:

- *Umdeutungsfallen*: Gewaltphänomene werden personalisiert, pathologisiert oder gar biologisiert, so dass gesellschaftliche Rahmenbedingungen, der soziale Kontext und die Ubiquität von Gewalt, beispielsweise zwecks Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, nicht thematisiert (zu) werden (brauchen).
- *Skandalisierungsfallen*: Im gesellschaftlichen Diskurs wird auf ein spektakuläres Gewaltvokabular zurückgegriffen, um besser oder schneller Gehör zu finden.
- *Inflationsfallen*: Der Gewaltbegriff sowie der Gewaltdiskurs werden so weit ausgedehnt, dass der Eindruck entsteht, es gebe keine gewaltfreien oder zumindest gewaltarmen Zonen.
- *Moralisierungsfallen*: Diese beruhen auf Betroffenheitsdiskursen und simplifizierendem Täter-Opfer-Denken sowie einseitigen Unterscheidungen in Gut und Böse.
- *Normalitätsfallen*: Gewalt wird nicht nur als natürliches bzw. unvermeidbares Entwicklungs- oder Durchgangsstadium z. B. von Kindern und Jugendlichen begriffen, sondern darüber hinaus auch und vor allem verharmlost.
- *Reduktionsfallen*: Es werden übertrieben einfache Erklärungsschemata oder Kausalattributionen auf persönliche Eigenschaften angeboten, die der Komplexität des Gewaltphänomens nicht gerecht werden. Offenkundig gibt es Überschneidungen, aber auch Unterschiede zwischen den verschiedenen Thematisierungsfallen. Tatsächlich ist keine dieser Fallen im wissenschaftlichen Diskurs über familiäre bzw. häusliche Gewalt ausgelassen worden. Je nachdem, wie, von wem und für welchen Zweck Gewalt definiert wird, kommt es zu reduktionistischer Personalisierung bzw. Dekontextualisierung, Skandalisierung oder Bagatellisierung, Moralisierung oder Inflation des Gewaltbegriffs oder -phänomens.

„Gewalt“ ist ein problematischer Begriff, denn aller scheinbaren Offensichtlichkeit zum Trotz ist er sehr unscharf: „Die einzige Gemeinsamkeit der vielfältigen Formen der Gewalt liegt wohl darin, dass sie zur Verletzung der physischen und psychischen Integrität der Personen führt“ (Scherr 2004, S. 204). Ansonsten variieren die Vorstellungen über die Zeit, zwischen Kulturen oder Teilkulturen, aber auch im wissenschaftlichen Diskurs. „Gewaltdefinitionen sind Werturteile“ (Godenzi 1994, S. 34) und damit politischer Natur.

Auch und gerade für den Forschungsbereich familiäre bzw. häusliche Gewalt gilt, was auf die Gewaltforschung insgesamt zutrifft: Es gibt keinen einheitlichen Gewaltbegriff. Seit der sozialen Entdeckung des Phänomens familiärer Gewalt besteht vielmehr Uneinigkeit über dessen adäquate Definition. Der Gewaltbegriff ist potenziell inflationär, denn, wenn wir wollen, können wir beinahe alles zur Gewalt erklären. Das hängt zunächst mit der Abgrenzung zusammen: Verwenden wir einen sog. „engen“ Begriff, der sich auf die körperlichen Formen beschränkt oder einen „weiten“ Begriff, der darüber hinaus die psychischen und verbalen Formen oder sogar noch weitere Handlungsweisen mit einbezieht? Nach Gelles (2002) beispielsweise wollen die einen unter häuslicher Gewalt jeglichen Akt verstanden wissen, der dem Opfer schadet, wobei Schaden als Folge von Handlungen und Unterlassungen definiert wird, „die eine Person daran hindern, ihr Entwicklungspotenzial zu realisieren“ (Gelles 2002, S. 1044).

Das Risiko beim engen Gewaltbegriff, der auf bestimmte Handlungsmotive (Schädigungsvorsatz, Machtdurchsetzung) und zumeist körperliche Praktiken beschränkt wird, ist die mögliche Untererfassung: Subtilere Formen werden nicht einbezogen, relevante Handlungen bleiben ausgeblendet (Popp 1997). Formen verbaler Gewalt, wie etwa Lügen über jemanden verbreiten, werden in ihrer Auswirkung auf die Person z. T. ähnlich gravierend bewertet wie Stockschläge. Außerdem entsteht eine Scheineindeutigkeit, denn auch die „körperlichen“ Formen umfassen ein weites Spektrum heterogener Handlungen, das von der Ohrfeige bis zur Tötung z. B. des Partners oder der Partnerin reicht (Dubet 2002). Die Problematik zeigt sich auch beim Erfassen von körperlicher Gewalt in der Partnerschaft: Wenn körperliche Gewalt wie in den „Conflict Tactics Scale“ (s. 2.5) weiter gefasst wurde und auch die weniger schweren Formen einschloss, dominierten Frauen als Täterinnen, wurden nur schwere, strafrechtlich Formen erhoben, war der Täteranteil bei Männern größer (Krahé 2003; Döge 2011).

Das Risiko des weiten Begriffs liegt in der Übererfassung, wenn auch Bagatelhandlungen oder – wie bei der strukturellen Gewalt – die gesellschaftlichen Verhältnisse zur Gewalt werden können. So definiert Galtung Gewalt als „Diskrepanz zwischen möglicher persönlicher Entfaltung und Verwirklichung und der tatsächlichen, soweit letztere durch die Beeinflussung Dritter verursacht wird“ (Reinhold 1992, S. 211). Mit der Rede von struktureller Gewalt weitet Galtung (1975) darüber hinaus den Gewaltbegriff nicht nur auf Phänomene sozialer Ungleichheit aus, sondern setzt diese auch mit sozialer Ungerechtigkeit gleich, nimmt also eine Bewertung vor, wie sie bereits in der Schadensdefinition angelegt ist. Zudem wird mit dem Begriff der strukturellen Gewalt das Phänomen Gewalt entpersonalisiert, täterlos und zum überall vorhandenen Dauerzustand (Tillmann 1995, S. 10 ff.).

Das Modell der strukturellen Gewalt greift eine Vielzahl von Phänomenen wie Zwang, Macht oder Herrschaft auf, die durchaus im Zusammenhang mit Gewalt

stehen (können), überfrachtet jedoch den Gewaltbegriff, sofern jene mit diesem gleichgesetzt werden und aufgrund der Ubiquität von Macht und Herrschaft „gewaltfreie“ Räume kaum noch vorstellbar sind (Inflationsfalle). Eine solche „Entgrenzung des Gewaltbegriffs“ wird von Neidhardt kritisiert, indem er sie zu den „Gummidefinitionen der Praxis, für die der Umgang mit dem Gewaltbegriff in vielerlei Konfliktlagen eine vor allem strategische Bedeutung besitzt“ (Neidhardt 1997, S. 19), zählt.

Jedoch darf die „Gewinnträchtigkeit“ (Trotha 2001) eines weiten Gewaltbegriffs nicht vergessen werden: Er ist instrumentalisierbar für Politik, Verwaltung, Justiz und politische bzw. soziale Bewegungen und erlaubt Skandalisierungen. Ganz besonders gilt dies für das unscharfe Konzept der strukturellen Gewalt von Galtung. Gerade das problematische Verhältnis der Geschlechter und die relative gesellschaftliche Schlechterstellung von Frauen bieten vielfältige Ansatzpunkte für begriffliche Unschärfen und Ausweitungen des Phänomens Gewalt. So sehen Appelt et al. „die gesellschaftliche Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen und Mädchen als (strukturelle) Gewalt“ (Appelt et al. 2001, S. 9), denn die Kluft zwischen möglicher und realer Verwirklichung entspringt einem Hierarchieverhältnis der Geschlechter, das mit Grundwerten modernen Denkens – der formalen Gleichheit der Personen – nicht vereinbar ist.

Eine weitere Unschärfe hängt mit der Wahrnehmung von „neuen“ Gewaltthemen zusammen, ganz besonders, wenn die Sensibilisierung der Gesellschaft zunimmt. Auch Gewalt in Partnerschaften ist eine solche „neue“ Form von Gewalt, die aber nur insofern „neu“ ist, als sie erst seit drei Jahrzehnten als solche wahrgenommen, diskutiert und untersucht wird. „Neue“ Gewaltformen sind Gegenstand und Produkt von öffentlich-politischen Diskurszyklen und damit abhängig von Medien, Interessengruppen und jeweils aktuellen politischen Strömungen. Das bedeutet aber auch: Die Phänomene werden öffentlich nur in dem Umfang diskutiert, der den Interessen der jeweiligen sozialmoralischen Meinungsführer dient. Dies gilt ganz besonders für die Gewalt in der Partnerschaft, vor allem für körperliche Gewalt, weil hier die Rollenverteilungen von Tätern und Opfern prädestiniert sind bzw. zumindest lange Zeit waren: Der Mann ist der Gewalttäter, die Frau das Gewaltopfer.

Wird Gewalt aber nicht nur als Definitionsmacht, als „gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit“ (Berger und Luckmann 1971), sondern auch und vor allem als „Aktionsmacht“ (Popitz 1992, S. 44 ff.) begriffen, verlieren derart weit gefasste Gewaltbegriffe, wie etwa strukturelle Gewalt (Galtung 1975), jedwede Erklärungskraft: „In jenem Maße, in dem der Gewaltbegriff konturenlos wird, wird dementprechend jede Erscheinung nachrangig und bedarf keiner weiteren Analyse, die jedoch im Mittelpunkt jeder Gewaltanalyse stehen muss und zu den folgenreichsten

(und furchtbarsten) Erscheinungen gehört: die Gewalt als körperliche Verletzung und vor allem als Töten von anderen Menschen“ (Trotha 1997, S. 14).

Die weite Fassung familialer Gewalt schließt nach Gelles (2002) neben physischer Gewalt und/oder deren Androhung auch psychische und sexuelle Gewalt und/oder deren Androhung sowie Vernachlässigung und Verhaltensweisen mit ein, die darauf abzielen, das Gegenüber zu beherrschen. Die enger gefasste Definition familialer bzw. häuslicher Gewalt beschränkt sich auf physische Übergriffe (Gelles 2002, S. 1044). Auch in diesem Fall werden als Gewalt wahrgenommene und benannte Phänomene im Zusammenhang mit Fragen von Macht und Herrschaft thematisiert und mit Schädigungsvorstellungen verknüpft, wenn Gewalt beispielsweise definiert wird als „Machtaktion, die zur absichtlichen körperlichen Verletzung anderer führt“ (Popitz 1992, S. 48).

Im Hinblick auf familiäre bzw. häusliche Gewalt bietet es sich allerdings an, sowohl physische als auch psychische Ausübung bzw. Androhung von Zwang und entsprechende Verletzungen bzw. Schäden zu thematisieren, nicht nur weil jene nicht selten gemeinsam auftreten, sondern auch weil psychischer Zwang bisweilen als gravierender empfunden wird und psychische Verletzungen langfristige Auswirkungen auf die Befindlichkeit und das Sozialverhalten der Betroffenen haben können als physische. Zur physischen Gewalt sind auch sexuelle Gewalt (Vergewaltigung) und Gewalt gegen „Sachen“ (z. B. Kleidungsstücke, Andenken, Spielzeug oder auch Haustiere), die für den Geschädigten einen Wert haben, zu zählen. Psychische Gewalt schließt verbale Gewalt (z. B. Beschimpfen, Anschreien) mit ein. Sowohl im Hinblick auf „Sachbeschädigung“ und „Psychoterror“ oder „seelische Grausamkeit“ fällt die Popitzsche Definition von Gewalt zu eng aus. Die „absichtliche körperliche Verletzung anderer“ stellt im Hinblick auf häusliche bzw. familiäre Gewalt, wie sie im Folgenden verstanden wird, jedenfalls nicht den „unverzichtbaren Kern“ eines jeden Gewaltbegriffes dar (Trotha 1997, S. 14).

Die Annahme, dass es sich bei Gewalt um eine Art Macht-durch-Zwang-Aktion handelt, ist nicht nur in der makrosoziologischen, sondern auch in der mikrosoziologischen bzw. sozialpsychologischen Literatur weit verbreitet. Es wird aber bei der wertneutralen Fassung des Begriffs offen gelassen, ob eine Schädigung eintreten bzw. eine Schädigungsabsicht vorliegen muss, auch wenn das Zielobjekt gewaltförmigen Handelns nicht auf diese Art behandelt werden will, diese Behandlung aber akzeptieren könnte, wenn es sie als rechtmäßig bzw. angemessene Reaktion auf eigenes Verhalten empfindet. Auf diese Art und Weise wird es möglich, beispielsweise gewaltförmige soziale Kontrollpraktiken (negative Sanktionen), wie sie im Rahmen der Erziehung, der Therapie oder Rechtspflege auftreten können, als Gewalt im neutralen Sinne des Wortes, wenn nicht sogar als eufunktionale Handlungspraxis zu thematisieren.

Darüber hinaus kann Gewalt durch Einbezug der unterschiedlichen Perspektiven von Gewaltakteur („Täter“) und Zielobjekt („Opfer“) als soziale Interaktion verstanden und mit Bezug auf den gesellschaftlichen Kontext, in dem sie stattfindet und von den Interaktionspartnern interpretiert bzw. gedeutet und bewertet werden muss, analysiert und somit eine personalisierende Dekontextualisierung des Gewaltgeschehens vermieden werden (Mummendey 1992, 1994). Zumindest die Rede von häuslicher Gewalt als von normativen Erwartungen abweichendem Verhalten bzw. als sozialem Problem ist ohne Bezug auf soziokulturelle Deutungsmuster bzw. kollektive Orientierungsrahmen nicht möglich. Selbst bei dem engen Gewaltbegriff von Popitz (1992) „verbirgt sich im Leitgedanken der Aktionsmacht und in der Bedingung einer Absicht eine zu leistende Interpretation der je konkreten Situation. Bei dem weiteren Begriff von Misshandlung, der aus den Erfahrungen des ersten Frauenhauses hervorging, fließt der Kontext explizit ein: Sie meint, jeden Angriff auf die körperliche und seelische Integrität eines Menschen unter Ausnutzung einer gesellschaftlich vorgeprägten relativen Machtposition“ (Hagemann-White 2002, S. 127). Hinsichtlich der Feststellung eines Tatbestandes „sexuelle Gewalt“ kann beispielsweise die „Tatsache eines körperlichen Zugriffs [...] nicht zur Unterscheidung zwischen Gewalt und Intimität dienen, es werden Fragen des Willens und der kulturellen Normalität unvermeidbar“ (Hagemann-White 2002, S. 128).

Auch kulturelle Unterschiede scheinbar vergleichbarer Gesellschaften sind zu bedenken. Das amerikanische Ritual des „dating“ beispielsweise bestimmt die Abwehrmöglichkeiten und deren Fehlen anders als das deutsche „Miteinander gehen“. So halten gemäß mehrfach replizierter US-Studien amerikanische Jugendliche sexuelle Nötigung für „berechtigt“, „wenn der Mann die Frau entsprechend den Regeln von Dating regelmäßig ausgeführt und die Geldausgaben bestritten hat“ (Hagemann-White 2002, S. 128). Und je unterschiedlicher die kulturellen Praktiken, desto unverständlicher sind sie für Kulturfremde: „So mögen beispielsweise Menschen aus nicht westlichen Kulturen die amerikanische Praxis, Eltern und Neugeborene in separaten Schlafzimmern unterzubringen, als Vernachlässigung einschätzen, während die meisten Amerikaner ein solches Arrangement als Versuch ansehen, die Selbständigkeit des Kindes zu fördern“ (Garbarino und Bradshaw 2002, S. 912).

Godenzi (1994) erklärt das Fehlen eines einheitlichen Gewaltbegriffes in der Wissenschaft damit, dass Gewalt in erster Linie politisch definiert wird (KasELITZ und Lercher 2002, S. 9): „Wer welche Handlung, welches Ereignis, welche Institution als gewalttätig definiert, hängt entscheidend vom sozialen Ort der evaluierenden Person ab. Gewaltdefinitionen sind Werturteile“ (Godenzi 1994, S. 34). Wie gesehen, muss dies aber nicht der Fall sein.

Im Hinblick auf die Diskussion der verschiedenen Daten und Statistiken über Inzidenz und Prävalenz von Gewalt in der Familie ist aber zu beachten, dass die zugrunde liegenden unterschiedlichen Definitionen von (häuslicher) Gewalt eine Vergleichbarkeit nur bedingt zulassen. Wegen unterschiedlicher Definitionen und Ansätze ergeben sich uneinheitliche und inkonsistente, teilweise einander widersprechende Forschungsergebnisse (Cizek und Buchner 2001, S. 34). „Theorien und empirische Daten müssen auf die ihnen zu Grunde liegenden Gewaltdefinitionen befragt werden. Nur auf diese Weise kann einigermaßen beurteilt werden, wie weit miteinander zu vergleichende Forschungsergebnisse sich auf einen gemeinsamen Begriff beziehen und ob die jeweiligen Konstrukte ‚Gewalt‘ reale Bezugspunkte haben“ (Godenzi 1996, S. 38). Die Definition dessen, was unter Gewalt verstanden wird, „hat grundlegende Bedeutung für die Ermittlung ihrer Häufigkeit, ihrer gesellschaftlichen Verteilung und ihrer Erscheinungsformen sowie für die Analyse ihrer Ursachen und die Erarbeitung problembezogener Vorbeugungs- und Behandlungsprogramme“ (Schneider 1990, S. 506 f.). Gewaltdefinitionen unterscheiden sich jedenfalls, je nachdem von welchen sozialen Kreisen, Institutionen oder Organisationen sie ausgehen. Die teilkulturellen bzw. milieutypischen Definitionen unterscheiden sich beispielsweise sowohl in Art und Ausmaß der Vergeschlechtlichung von Gewalt als auch in der Weise, welche Gewaltformen (physisch, psychisch, sexuell, männlich, weiblich etc.) von ihnen besonders skandalisiert bzw. bagatellisiert werden.

Der Begriff „Gewalt“ lässt sich vom altdeutschen Wort „waltan“ bis zu seiner indogermanischen Wurzel zurückverfolgen. Laut Herkunftswörterbuch steht die indogermanische Wurzel „ual-dh-“ für „stark sein, beherrschen“. Das altdeutsche Wort „waltan“ bezeichnet das spezifische Merkmal eines Herrschenden. Das heißt, Gewalt dient zur Machtausübung, zum Gefügigmachen und wird bei Ungehorsam zur Bestrafung und zur Unterdrückung angewandt (Kapella und Cizek 2001a, S. 16). Ein Grundproblem im deutschsprachigen Gewaltdiskurs besteht nach Imbusch darin, dass das Wort „Gewalt“ im internationalen Vergleich „die im Laufe der Jahrhunderte sich durchsetzende Unterscheidung von direkter persönlicher Gewalt einerseits und legitimer institutioneller Gewalt andererseits – zwischen *violencia* und *potestas* – nicht mitvollzogen hat. Nur im deutschsprachigen Raum steht das Wort Gewalt sowohl für den körperlichen Angriff als auch für die behördliche Amts- bzw. Staatsgewalt“ (Imbusch 2002, S. 28 f.).

Allerdings wird der Legitimitätsglaube in modernen, zumal multikulturellen Gesellschaften kaum ungebrochen von sämtlichen Bevölkerungskreisen übernommen, sondern die Legitimität legalisierter Staatsgewalt mittels milieutypischer, teil- bzw. subkultureller Deutungsmuster sehr wohl auch in Frage gestellt. Gesellschaftlicher Konsens hinsichtlich des staatlichen Gewaltmonopols, gelten-

der Norm- und Wertvorstellungen bzw. der sozialen Ordnung ist weithin eine herrschaftsdienliche soziale Fiktion. „Angesichts der Vielgestaltigkeit und unterschiedlichen Qualität staatlicher Gewaltformen erscheint eine positive Voreingenommenheit gegenüber der im Staat verkörperten Gewalt, wie sie sich etwa in konservativen Staatsverständnissen findet, einseitig, weil [...] die Monopolisierung der legitimen Gewalt beim Staat die Gewalt nicht abgeschafft, sondern nur umverteilt hat“ (Imbusch 2002, S. 50). Oder anders formuliert: die Kontrollfunktion, die in vormodernen Gesellschaften von Familie und Gemeinde wahrgenommen wurde, hat sich zu einem besonderen (welt-)gesellschaftlichen Teilsystem bzw. Funktionsbereich (mit „Gewaltlizenz“) entwickelt (Peters 1995a, S. 167). So wurde etwa das traditionelle Hausrecht des Hausherrn vorindustrieller Zeit, das dem Familienoberhaupt Verfügungsgewalt über sein Eigentum (Frauen, Kinder, Gesinde) einräumte und selbst Tötungen zuließ, inzwischen auf staatliche, teils sogar überstaatliche Instanzen der Rechtspflege übertragen. Gerade die Forderungen von transnational tätigen Menschenrechtsorganisationen, die sich hinsichtlich häuslicher bzw. familialer Gewalt vorrangig auf die Durchsetzung von Kinder- und Frauenrechten konzentrieren, kollidieren bisweilen mit überkommenen traditionellen Rollenerwartungen bzw. patriarchalischen Vorstellungen (etwa vom „Herr im Haus“ im Unterschied zum „Pantoffelhelden“) und kulturellen Praktiken (wie z. B. Beschneidungen von Frauen, deren Tötung bei Ehebruch etc.).

Sobald es zu Zwangsmaßnahmen oder deren Androhung von Seiten (über-)staatlicher Kontrollagenten kommt, ist durchaus so etwas wie Gewalt gegeben, wenn man dieses Phänomen begrifflich nicht vorab auf illegale bzw. illegitime Verhaltensweisen reduziert, dadurch aber vielleicht, aufgrund der Ubiquität von Macht und Herrschaft, inflationär gebraucht. „Gewalt ist, wie bereits Hannah Arendt (1970) gesehen hat, (auch) eine Tätigkeit, mit der soziale Ordnung hergestellt wird. Sie ist zugleich ein Ordnungsproblem und eine Form sozialer Ordnung“ (Meuser 2003, S. 47). Ohne Zweifel gewinnt die Rede von Gewalt im Hinblick auf das Verhalten von staatlichen Kontrollagenten dann an Plausibilität, wenn Legalität und Legitimität staatlichen bzw. staatlich geduldeten Handelns in den Augen der davon Betroffenen auseinander fallen. Polizeiliche Eingriffe in die Familie etwa können zwar legal sein, aber von den Familienmitgliedern als Verletzung ihrer Privatsphäre begriffen werden. Umgekehrt greifen soziale Bewegungen auf aus ihrer Perspektive legitime, zugleich aber bisweilen illegale Praktiken zurück, um legale, aber aus ihrer Sicht illegitime Zwangsordnungen zu bekämpfen.

Ein historisches Beispiel hierfür sind jene Moralunternehmer, die die ursprünglich institutionalisierte und noch nicht in allen Gesellschaften überwundene rechtmäßige „Gewalt“ bzw. patriarchalische Herrschaft von Männern über ihre Kinder und Frauen u. a. mittels verbaler Gewalt gegen Männer (einschließlich

der Androhung von Kastration) und propagandistischer Überzeichnung durchbrauchen. „Wenn Gewalt wahrgenommen und benannt wird, werden implizit oder explizit Fragen nach sozialer Ordnung und nach Machtverhältnissen gestellt. Dies im Geschlechterverhältnis zu tun, war in den 1970er Jahren selbst schon ein Verstoß gegen die soziale Ordnung, auch in den Sozialwissenschaften. In der Familiensoziologie hatte zwar William Goode (1971; 1975) Gewalt in der Familie benannt und ressourcentheoretisch erklärt, dabei aber eine heute kaum noch vorstellbare Selbstverständlichkeit des männlichen Machtanspruchs über Frau und Kinder einfließen lassen; er ging von einer nicht hinterfragbaren Ordnung im Geschlechterverhältnis aus. Dem sprach die feministische Bewegung mit ihrem Schlagwort ‚Das Private ist politisch!‘ jede Legitimität ab. Gewaltanwendung in der Heterosexualität und in der Ehe entlarvten das Beziehungsgefüge zwischen Frauen und Männern als Regulationssystem für Machtverhältnisse, die nicht mehr hinzunehmen seien. Der politischen Herausforderung folgte ein breiter Bewusstseinswandel, der die Praxis, aber auch die Forschung zu Gewalt spezifisch prägte“ (Hagemann-White 2002, S. 124).

Allerdings darf die in derartigen Zusammenhängen und den damit verbundenen gesellschaftlichen Gewaltdiskursen nahezu unausweichliche moralisierende und skandalisierende Sichtweise der Betroffenen nicht unreflektiert in den wissenschaftlichen Diskurs übernommen, sondern muss selbst zum Gegenstand der Analyse gemacht werden, zumal es sich bei der Rede von Gewalt um politisch-rhetorische Manöver von Konfliktakteuren (Moralunternehmern, Stigmamanagern) handeln kann. Nicht zufällig wurde 1979 im deutschen Zivilrecht der Terminus „elterliche Gewalt“ durch „elterliche Sorge“ ersetzt. Denn Gewalt ist nicht nur ein strafrechtliches Tatbestandsmerkmal, sondern inzwischen auch ein gesellschafts-politischer Kampfbegriff: „Wird nämlich etwas Gewalt genannt, was zuvor harmloser etikettiert wurde, lässt sich eine Skandalisierung von Sachverhalten erzielen, mit der nicht nur eine Diskreditierung der Gegner verbunden ist, sondern möglicherweise auch eine Rechtfertigung von Gegengewalt. Der Erfolg der Durchsetzung eines Tatbestandes als Gewalt hängt dabei wesentlich von gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ab“ (Imbusch 2002, S. 52).

Gewalt als Handeln jedenfalls geht von individuellen oder kollektiven Akteuren aus und Gewalthandeln kann, je nach akzeptierter Breite der Definition oder Perspektive, institutionalisiert oder nicht institutionalisiert, legal oder illegal, legitim oder illegitim sein (vgl. auch Boatcă und Lamnek 2003). Zum politischen Kampfbegriff wird das Wort Gewalt erst, wenn es illegale und/oder illegitime Verhaltensweisen bezeichnet. Wissenschaftliche Forschung, die den Aspekt von Illegalität und/oder Illegitimität a priori als konstitutives Merkmal in die Gewaltdefinition einbezieht, läuft deshalb Gefahr, politisch instrumentalisiert zu werden bzw. selbst Partei zu ergreifen. So gesehen ist der deutsche Gewaltbegriff, gerade weil er nicht

vorab zwischen potestas und violentia unterscheidet, anderen Gewaltbegriffen, die diese Unterscheidung unreflektiert übernehmen, sogar überlegen. Es macht also einen Unterschied, ob z. B. von „häuslicher Gewalt“, die legal und legitim sein kann, oder von „domestic violence“ die Rede ist, die die Diskussion von vornherein in bestimmte Bahnen lenkt und damit vor allem den Blick auf makrosoziale Zusammenhänge, nämlich auf häusliche Gewalt im gesellschaftlichen Kontext, erschwert. Zugleich aber findet häusliche bzw. familiale Gewalt, unabhängig davon, ob sie als illegal bzw. illegitim begriffen wird oder nicht, als gewaltförmiges Verhalten in einem näher zu konkretisierenden sozialen Kontext statt. Ein und dasselbe Verhalten meint je nach normativem Kontext und je nach gesellschaftlichen Wert- und Normvorstellungen völlig Unterschiedliches. Die Tötung eines Ehegatten im familialen Kontext (Hausrecht oder Mord) beispielsweise unterscheidet sich von der Tötung des Ehegatten im strafrechtlichen Kontext (Todesstrafe oder Menschenrechtsverletzung). Der Tatort häuslicher Gewalt ist die Familie, die Ehe oder ein familien- bzw. eheähnliches Gebilde, wobei die Vielfalt diesbezüglicher Lebensformen und der Struktur- bzw. Funktionswandel von Familie und Partnerschaft zu berücksichtigen sind. Gegenstand sind also

- gewaltförmige Verhaltensweisen in einer
- sozialen Institution familialer bzw. häuslicher Art unter Berücksichtigung ihrer
- gesellschaftlichen Einbettung und Bedeutung für die Interaktionspartner und Dritte als vergesellschafteten Individuen.

Aus soziologischer Sicht kann (häusliche, staatliche etc.) Gewalt deshalb als eine Form sozialen Handelns im Weber'schen Sinne verstanden werden, das

1. durch die Motivation des (individuellen oder kollektiven) Akteurs,
2. durch die soziale Situation, in der er sich befindet, sowie
3. durch kulturelle (Norm- und Wert-)Vorstellungen bzw. Praktiken bestimmt wird.

In der Psychologie wird Gewalt synonym mit sozialer Aggression gebraucht und zwischen instrumenteller und impulsiver Aggression unterschieden. Laut Bierhoff (1998) stellt instrumentelle Aggression „ein schädigendes Verhalten dar, das durch den Wunsch nach Bereicherung [im weitesten Sinne des Wortes, Anm. d. Verf.] motiviert ist“, im Gegensatz zur „impulsiven Aggression“, die durch Ärger und Frustration ausgelöst wird (Kapella und Cizek 2001a, S.16). Dem subjektiven Sinn nach und in der Weber'schen Terminologie handelt es sich demnach entweder um zweckrationales oder affektuelles Handeln. Nach Zillmann (1979) ist eine Aktivität

dann als „Aggression zu definieren, wenn von der handelnden Person versucht wird, einer anderen Person körperlichen Schaden oder psychischen Schmerz zuzufügen, und wenn das Opfer gleichzeitig danach strebt, eine solche Behandlung zu vermeiden“ (Bierhoff 1998, S. 6; Kapella und Cizek 2001a, S. 16). Die Rede von Schaden und Schmerz reduziert indessen den Gewaltbegriff unnötig auf als anti-sozial versus prosozial bewertetes Verhalten.

Bach (1993) definiert Gewalt neutraler als „eine bestimmte Art der Durchsetzung eines Willens gegenüber anderen Personen, Sachen und Situationen“ („Und bist du nicht willig, so brauch’ ich Gewalt!“) und hebt als ein konstitutives Merkmal dieser Durchsetzungsart die Nichtzustimmung der durch die Einflussnahme Betroffenen hervor (Kapella und Cizek 2001a, S. 17). Das bedeutet einmal: Gewalt ist eine Form des Zwangs und (in den meisten Fällen) ein Element der Macht: Ich setze meinen Willen mit Gewalt gegen den Willen eines Anderen durch (Weber 1980) und versuche, dadurch mein Ziel zu erreichen (Parsons 1980) – durchaus auch mit Schädigungsabsicht. „Gewalt“ als Ressource zur Konfliktbearbeitung dient in dem Zusammenhang gerade dazu, die Austragung von Konflikten zu verhindern (Appelt et al. 2001) – auch bei Konflikten in Partnerschaften. Sie konstituiert eine asymmetrische Form der Interaktion und erzwingt damit eine Hierarchie: Es gibt einen scheinbar überlegenen Part, den Täter, und einen unterlegenen, das Opfer.

Der Machtaspekt trifft aber nicht für alle Ausprägungen der Gewalt zu (Sutterlüty 2004), doch wenn sie mit Blick auf das Ziel, Überlegenheit gegenüber einem Anderen herzustellen, entweder geplant ist oder als bewährte Praxis dazu in einer gerade entstandenen Handlungssituation eingesetzt wird, hat sie diesen Machtcharakter. Wenn es jedoch „intrinsisch motivierte Gewalt“ ist, die mit einem Rauscherleben verbunden ist, entfällt der rationale Machtcharakter (Sutterlüty 2004, S. 110).

Weiterhin bedeutet das normalerweise fehlende Einverständnis des von Gewalt Betroffenen umgekehrt: Nicht alles, was dem Gegenüber einen Schaden zufügt, führt automatisch zur Zuschreibung der Qualität „Gewalt“. Bei sadomasochistischen Sexualpraktiken etwa kann es durchaus zu Verletzungen und damit zu einem „objektiven“ Körperschaden kommen. Erfolgt dies aber nach vorher festgelegten Regeln und unter Beachtung von „Stoppcodes“, werden die Akteure dies nicht als Gewalt wahrnehmen (Eckert et al. 2001).

In ähnlicher Weise lassen sich auch Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Hooligans interpretieren: Die jungen Männer, die sich auf diese Form ritualisierter körperlicher Auseinandersetzungen einlassen, geben damit implizit und vorab ihr Einverständnis zu einem potenziellen Körperschaden, der ihnen entstehen kann (Luedtke 2003a). (Das verweist auch auf die Funktionalität von Handlungen, die als Gewalt klassifiziert werden können; sie können gemeinschaftsstiftend wirken). Die Grenze für die Zuschreibung von (Il-)Legitimität zum

(Täter-)Handeln liegt bei der Frage, inwieweit das spätere „Opfer“ handlungsfähig bei der Definition und Kontrolle einer (gemeinsamen) Situation war.

Dieser Bezug auf Macht bzw. Ohnmacht wird auch in soziologischen Lexika hergestellt. Aus soziologischer Sicht ist Zwang das konstitutive Element von Gewalt. Nach Hartfiel und Hillmann (1982) handelt es sich bei Gewalt um die Anwendung von physischem oder psychischem Zwang „entweder als legitimes oder als unrechtmäßiges Mittel zur Begründung, zur Aufrechterhaltung oder zur Zerstörung von Macht- bzw. Herrschaftsverhältnissen“ (Hartfiel und Hillmann 1982, S. 264). Besonders die wertebegründete Zuschreibung von Illegitimität zieht dabei die Grenze: Nach Bauman (2000) bildet in einer Gesellschaft, in der ausschließlich der Staat das legitime Recht auf körperlichen Zwang für sich in Anspruch nimmt, die Anwendung illegitimen Zwangs durch den dazu nicht berechtigten Bürger den Kern dessen, was als „Gewalt“ diskutiert wird.

Lamnek recurriert dagegen nicht handlungstheoretisch auf den Täter und den subjektiven Sinn, den er mit seinem Handeln verbindet, sondern hebt auf die Opferperspektive ab: Gewalt liegt dann vor, wenn das Opfer „zu einer Handlung oder zur Duldung einer solchen gezwungen wird, die es nicht freiwillig durchführen würde“ (Lamnek in Reinhold 1992, S. 211). Er vermeidet dadurch, Gewalthandeln auf einen bestimmten Sinn und Zweck festzulegen. – Kurz, (familiäre, staatliche etc.) Gewalt als Handeln meint die Beeinflussung des Verhaltens anderer (Familien-, Gesellschaftsmitglieder etc.) mittels (der Androhung oder Anwendung von) physischem oder psychischem Zwang (Ottermann 2003d). Gewalt ist damit eine Jedermann-Handlungsressource (Trotha 1997) – bzw. auch eine Jederfrau-Handlungsressource – eine Option, die jeder Person prinzipiell in jeder Situation zur Verfügung steht. Dadurch ist Gewaltanwendung „eine Verhaltensmöglichkeit, die nie vollständig eliminiert, sondern nur kontrolliert werden kann, und zwar notfalls wieder durch Gewalt“ (Nunner-Winkler 2004, S. 28).

Wird (häusliche, staatliche etc.) Gewalt wertneutral definiert als (der Versuch der) Beeinflussung des inneren oder äußeren Verhaltens (Denkens, Fühlens, Handelns) anderer mittels (der Androhung oder Anwendung von) physischem oder psychischem Zwang, dann umfasst sie auch bestimmte Erziehungs-, Kontrolle- und Sozialisationsmaßnahmen, die der Sozialintegration bzw. der Herstellung oder Aufrechterhaltung sozialer Ordnung (auf Mikro- oder Makroebene) dienen. Legt man diese Perspektive an, dann zeigt sich die Begrenztheit des vorherrschenden Gewaltdiskurses, in dem Gewalt fast ausschließlich in Defizitkategorien gefasst wird (Meuser 2003).

Nicht nur unproblematisch, sondern geradezu als prosoziales Verhalten erscheint ein Macht-durch-Zwang-Handeln, wenn es dem Zielobjekt offenkundig nützen soll, selbst wenn es diesen Nutzen im Augenblick der gewaltförmigen

Interaktion (noch) nicht einsieht. Im Gegenteil: Ein Elter, der sein Kleinkind im wahrsten Sinne des Wortes nicht davon „abhält“, in die Steckdose zu greifen oder über die Straße zu laufen, verstößt gegen die normative Erwartung „elterlicher Sorge“ (die einst „elterliche Gewalt“ hieß). Kinder und Jugendliche mittels Androhung oder Anwendung von physischen oder psychischen Zwangsmaßnahmen, wie beispielsweise Liebesentzug, Hausarrest, Fernsehverbot etc., dazu anzuhalten, etwa ihrer Schulpflicht nachzukommen, wird zumindest von Dritten als im Sinne des Kindes bzw. Jugendlichen und auch der Gesellschaft gesehen, wenn der Schule eine zentrale Sozialisationsfunktion zugeschrieben wird. In diesem Sinne wird auch die Herstellung bzw. Aufrechterhaltung sozialer Ordnung mittels der Androhung oder Erteilung negativer Sanktionen seitens offizieller Kontrollagenten wenigstens von diesen oder Dritten als legitim betrachtet.

Entscheidend für die Reaktion auf Gewalt ist, ob diese als legitime negative Sanktion oder aber als illegitime soziale Aggression interpretiert wird (Ottermann 2003d). Zumindest hinsichtlich einer möglichen Eskalation von Gewalt genügt es nicht, dass Aggressor und Beobachter einen gewaltförmigen Beeinflussungsversuch als legitim begreifen; vielmehr muss das Zielobjekt der Zwangsmaßnahme diese ebenfalls als legitime negative Sanktion bzw. als etwas sehen, das zumindest auch zu seinem „Besten“ geschieht oder im Rahmen des „Normalen“ oder „Gerechten“ liegt. Kleinkinder wehren sich indes mit Händen und Füßen, wenn sie von etwas abgehalten werden, sofern sie den Sinn gewisser Maßnahmen ihrer Eltern (noch) nicht einsehen (können); und Eltern können hierauf wiederum gewaltförmig reagieren, wenn sie sich anders nicht (mehr) zu helfen wissen. In ähnlicher Weise läuft (zwischen-/über-)staatliche Gewalt dann Gefahr, zur Triebfeder einer Gewaltspirale zu werden, wenn lediglich Anwender und Dritte, nicht aber die Zielobjekte (zwischen-/über-)staatlicher Gewalt deren Legitimität anerkennen. Die Legitimität von Gewalt ist aus soziologischer Sicht jedenfalls keine Frage, die sich unabhängig von Raum und Zeit beantworten lässt („Gibt es einen gerechten Krieg?“, „Ist gewaltfreie Erziehung möglich?“ etc.), sondern liegt im Auge des jeweiligen Betrachters, d. h. der in Gewaltdramen direkt oder indirekt involvierten Akteure (Anwender, Zielobjekte, Beobachter von Gewalt). Die Interpretationen von (häuslicher, staatlicher etc.) Gewalt als legitim versus illegitim, als zweckrational oder irrational etc. sind abhängig von den sozialbiografisch, interaktiv, institutionell und soziokulturell bzw. sozialhistorisch vermittelten Positionen der Interpreten im sozialen Raum, also eine Frage standortgebundener Perspektiven (Ottermann 2003d).

Neben zweckrationalen und affektuellen Bestimmungsgründen von (häuslichem) Gewalthandeln lassen sich (nicht nur) historisch auch wertrationale und traditionale (bzw. habituelle) Formen häuslicher und familialer Gewalt nachweisen. Ein Blick in die Geschichte der Gewalt in Familien zeigt darüber hinaus, dass Gewaltformen,

Tab. 2.1 Bestimmungsgründe häuslicher Gewalt

Gewalthandeln:	Züchtigung	Vergewaltigung
Traditional	Erziehung	Recht
Wertrational	Strafe	Demonstration
Zweckrational	Unterwerfung	Befriedigung
Affektuell	Reaktion	Trieb

die heute als schändlich und schädlich betrachtet werden, in früheren Zeiten normativ erwartet wurden und als nützlich galten. Die Legitimität resp. Illegitimität des mit Gewalthandeln verbundenen subjektiven Sinns ist jedenfalls abhängig von herrschenden kollektiven Deutungsmustern, z. B. die Kindeserziehung oder das Geschlechterverhältnis betreffend, und die Legalität bzw. Illegalität gewaltförmiger Praktiken ist eine Frage des je geltenden Rechts. Das Auseinanderfallen von Legalität und Legitimität ermöglicht zudem die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, was die Bewertung bestimmter gewaltförmiger Praktiken betrifft, also gesellschaftlichen Dissens. Im Vorgriff auf die folgenden Ausführungen über die (Problematisierungs-)Geschichte häuslicher Gewalt (vgl. v. a. 2.3) soll Tab. 2.1 bezüglich häuslicher Züchtigung und Vergewaltigung das Spektrum möglicher Motivationen und Legitimationen von Gewalt in der Familie umreißen.

Bis ins zwanzigste Jahrhundert war die körperliche Züchtigung ein selbstverständliches Mittel der Erziehung (traditionales Gewalthandeln). Darüber hinaus musste Strafe in den Augen vergesellschafteter Individuen sein; nicht selten war sie sowohl religiös geboten als auch juristisch legitimiert und folgte als Selbstzweck auf Ungehorsam oder sonstige Verfehlungen des Sozialisanden auch ohne Berücksichtigung von Folgen und Nebenfolgen (wertrationales Gewalthandeln). Sie wurde aber auch immer schon gezielt eingesetzt, um Gehorsam zu erlangen bzw. den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen (zweckrationales Gewalthandeln). Als Reaktion auf Provokation oder aus Verzweiflung ist häusliche bzw. familiäre Gewalt selbst dem heutigen Denken nicht fremd (affektuelles Gewalthandeln). Häusliche Züchtigung war und ist zumindest im Sinne elterlicher Gewalt gegen ihre Kinder keineswegs ausschließlich eine Domäne der Männer. Allerdings hatten die Männer im Hinblick auf die eheliche Züchtigung ihrer Frauen kulturelle Wert- und Normvorstellungen sowie geltendes Recht bis ins zwanzigste Jahrhundert überwiegend auf ihrer Seite.

Vergewaltigung in der Ehe ist erst seit 1997 ein Straftatbestand und ließ sich auch nur gegen Widerstände durchsetzen, weil lange Zeit Vorstellungen sexueller Ehepflichten und -rechte dominierten, nach denen Ehefrauen ihren Männern sexuell gefügig zu sein hatten, ob ihnen das nun passte oder nicht (traditionales

Gewalthandeln). Im Übrigen galt auch die Verheimlichung männlicher Impotenz vom 16. bis ins 18. Jahrhundert als Straftat und war einer der wenigen, den Frauen rechtlich eingeräumten, Scheidungsgründe. Da Männer den Gegenbeweis vor Kirchenvertretern und anderen Gutachtern entweder mittels Masturbation oder Geschlechtsverkehr mit der Klägerin zu erbringen hatten, handelte es sich um ein recht probates Mittel, ungeliebte Ehemänner loszuwerden (Ottermann 2000, S. 262; Schneider 1994, S. 377 ff.).

Vergewaltigung dient auch heute noch, zumindest in bestimmten Subkulturen oder Milieus (Smaus 2003), der Demonstration von Männlichkeit (wertrationales Gewalthandeln), nicht notwendig also der Befriedigung sexueller Bedürfnisse (zweckrationales Handeln). Sowohl Geschlechtsrollenerwartungen (Männlichkeit beweisen zu müssen) als auch quasi-biologische Geschlechtsstereotype („Man(n) kann es sich ja nicht aus den Rippen schwitzen!“) machen Vergewaltigung in der Ehe zumindest wahrscheinlicher, als wenn es sie nicht gäbe. Problematisch ist, dass auch Frauen Männer bei der Ehre packen, um sexuell bedient (nicht vergewaltigt) zu werden, und damit zur Reproduktion von Geschlechtsrollenstereotypen beitragen. Dass selbst Affekthandlungen (auch dem subjektiven Sinn der Täter nach) von kulturellen Vorstellungen bzw. kollektiven Deutungsmustern abhängig sind, zeigt die gesellschaftlich weit verbreitete Annahme (also auch der Opfer und Dritter), dass es so etwas wie Triebtäter gibt, die also nur bedingt für ihr Tun verantwortlich zu machen, da sie eher Getriebene als Handelnde sind (affektueller Gewalthandeln). Allerdings haben sowohl Kinderschutz- als auch Frauenbewegung, indem sie sexuelle Gewalt als Machthandeln definierten, dazu beigetragen, dass die Kriminalisierung von Vergewaltigern inzwischen mindestens ebenso wahrscheinlich ist wie ihre Pathologisierung. Es gab aber auch Zeiten, in denen selbst sexuelle Gewalt an Kindern legal und legitim war, was heute, aufgrund fehlenden Zugangs zu damaligen Deutungsmustern, kaum noch nachzuvollziehen ist.

2.2 (Häusliche) Gewalt als Mittel zur Konstruktion von Geschlecht

Relevant für eine Betrachtung von „häuslicher Gewalt“ bzw. „Gewalt in Familie und Partnerschaft“ ist die Rekonstruktion der verschiedenen Gewaltdiskurse. Ein zentraler Diskurs bei „häuslicher Gewalt“ dreht sich um eindeutige Rollenzuschreibungen bzw. -fixierungen, die auch im Rahmen von Auseinandersetzungen um Macht herangezogen werden können. Letztlich geht es um die Frage nach der Produktion, Konstruktion – und im Rahmen des Konflikts auch um die Stigmatisierung – von Geschlecht über Gewalt.

Wir betrachten die Zweigeschlechtlichkeit gerne als natürliche, selbstverständliche, eindeutige und letztlich nicht anzweifelhafte Tatsache (und versuchen auch, diese Binärität zu erhalten (Butler 2002, S. 7): Es gibt Männer und es gibt Frauen. Wir übersehen dabei gerne, dass diese Zweigeschlechtlichkeit nicht selbstverständlich ist und dass die Eindeutigkeit nur in unserer Vorstellung existiert. Zweigeschlechtlichkeit ist vielmehr eine soziale Konstruktion, die es uns erlaubt, unsere Welt in typischer Weise zu ordnen, indem wir ihr eine dichotome Struktur geben:

In dieser Welt gibt es eine „Männerwelt“ und es gibt eine „Frauenwelt“. Damit es beide gibt, brauchen wir ein Symbolsystem, das es uns ermöglicht, jedes Verhalten, jede Eigenschaft, jedes Sein in einer dieser Welten eindeutig zu verorten. Dazu bedienen wir uns stereotyper Zuschreibungen von „männlich“ oder „weiblich“. Diese umfassen Tätigkeiten – wie z. B. den Haushalt bewerkstelligen oder das Auto reparieren –, Verhalten, Eigenschaften, Körperlichkeiten und reichen damit bis zur Zuschreibung und Reproduktion von Identitäten als „Mann“ oder als „Frau“. Die Stereotype für Männer umfassen körperliche Kraft, Durchsetzungsfähigkeit, Kompetenz, Unabhängigkeit, Aktivität, Sachlichkeit, Dominanz, bei Frauen umgekehrt entsprechend Emotionalität, Unterordnung, Abhängigkeit, Kommunikativität, Passivität, Ängstlichkeit – und dies erstaunlicherweise über die Zeit und die Kulturen hinweg relativ unverändert (Popp 2003; Eckes 2004). Mann und Frau bzw. männlich und weiblich drücken hierarchisierte Positionen im Geschlechterverhältnis aus, die Auswirkung auf Körper, Kultur und Persönlichkeit haben (Connell 1999, S. 91). Ziel ist es demnach, die männliche Dominanz sicherzustellen, wobei die jeweilige Variante des Patriarchats zur Legitimation verwendet wird (Connell 1999).

Handlungen und Einstellungen zu erwarten, heißt, soziale Identitäten vorzuschreiben (Goffman (1973). Begegnen wir einer Person, versuchen wir, diese auf Grundlage eben dieses dichotomen Symbolsystems „eindeutig“ als „Mann“ oder als „Frau“ zu identifizieren. Wir erzwingen die Gültigkeit dieser zweipoligen Ordnung im Alltag, indem wir von den Akteuren jeweils Handlungen, Einstellungen, Körperlichkeiten erwarten, die ihrem sozialen Geschlecht und damit ihrer Rolle als Mann bzw. als Frau „angemessen“ sind, wir erwarten ein sozial konformes „doing gender“. Allerdings werden diese Stereotype auch bestimmend für die Geschlechterrollen und damit für die normativen Verhaltenserwartungen an Personen, die Mann bzw. Frau sind oder dies werden wollen bzw. sollen (Popp 2003). Rollen sind aber an Werte rückgebunden, also an Vorstellungen über das Wünschenswerte, das Anzustrebende.

Die traditionellen Rollenstereotype schreiben „dem“ Mann einen hohen sozialen Status und Durchsetzungsfähigkeit zu, „der“ Frau einen niedrigen Status, der Folge und Grund für ein kooperatives, sich unterordnendes Verhalten sei. Diese patriarchale Hierarchisierung reicht immer noch bis in die Paarbeziehungen und

das dort gelebte Verhalten hinein. So wird die Funktion des Haushalts- und Familienvorstandes wie selbstverständlich dem Mann zugeschrieben. Daneben existiert das Bild vom sog. „Familienernährer“ als Ausdruck der männlichen Form von Sorge. Männer können diese Hierarchie auch durch ihr Heiratsverhalten erzwingen, wenn sie eine statusniedrigere Frau heiraten (dies wird zunehmend seltener, nicht zuletzt durch das steigende Bildungsniveau der Frauen). Bei allen Bildungsgruppen heiratet die Mehrheit der Männer zunehmend eine Partnerin gleichen Bildungsniveaus. Allerdings orientiert sich unter hoch Gebildeten ein Drittel der Männer abwärts. Frauen leisten diesem Muster möglicherweise implizit Vorschub, wenn sie aus unterschiedlichen Motiven einen statushöheren Mann heiraten.

Die Geschlechterhierarchie in Gesellschaft und Partnerschaft wird gesellschaftlich unterstützt durch die Vergeschlechtlichung der Berufsarbeit, die Männern höhere Positionen beschert als Frauen und Männern im Gegensatz zu Frauen Familie und Karriere ermöglicht. Dieser sozial bedingte Vorsprung der Männer setzt erst ab der mittleren Erwerbsaltersgruppe (zwischen 30 und 45 Jahren) ein, dann nämlich, wenn die Frauen den „Karriereknick“ durch die Kinderphase bekommen. Bei kinderlosen Frauen dagegen ist der Unterschied zu den altersgleichen Männern relativ gering (weniger Führungskräfte, aber deutlich mehr in gehobener Position) (Statistisches Bundesamt 2005).

Zwei aus dem 19. Jahrhundert überlieferte Bilder stützen die Geschlechterhierarchie, nämlich einmal das Bild vom „mächtigen Mann“, zum anderen das vom „Arbeitsmann“ (Döge 2000). Der „Arbeitsmann“ ist der leistungsstarke, in Vollzeit erwerbstätige Familienernährer; er reproduziert die Geschlechterhierarchie über die Erwerbsarbeit. Für den „mächtigen Mann“, das „heroische männliche Subjekt“ (Keupp 1990) des 19. Jahrhunderts, ist dagegen das sich Durchsetzen, das sich Bewähren, die Dominanz ein zentrales Thema – und das, wenn es sein muss, auch mit Gewalt gegen Frauen, gegen andere Männer, gegen sich selber. So dient sexuelle Gewalt gerade dazu, eine Unterwerfung zu bekräftigen, gleich, ob die Opfer Frauen oder Männer sind. Sexuelle Gewalt gegen andere Männer erfolgt gerade im Gefängnis. Sie dient dazu, einem anderen Mann die Eigenschaft „Mann“ zu rauben: Der Mann wird „Sklave“ bzw. „Frau“ (Smaus 2003, S. 107). Der Machtmann ist aber gleichermaßen gewalttätig gegen sich selber, sei es durch Vernachlässigung, Unfälle, Krankheiten oder Suizid.

Die männliche Hegemonie wurde in modernen Gesellschaften erreicht durch die Fixierung der physiologischen, sozialen und moralischen Zweigeschlechtlichkeit (Stoff 1999). Das „bürgerliche“ 19. Jahrhundert machte die Frau über die Medizin zum „Naturwesen“: Ihre Funktion wurde über die inneren Geschlechtsorgane im „Natürlichen“ fixiert, in der Reproduktion und damit im Haus. Der Mann dagegen kann heraustreten aus dem Haus und sich Identität über das Draußen, über

die Arbeit erwerben. Eine philosophische Legitimation erfuhr dieses Modell der bürgerlichen Ehe und Kleinfamilie in der Rechtsphilosophie von Hegel (1989): Er setzte die Frau mit dem Moment des „Unmittelbaren“, des Ungetrennten gleich, den Mann dagegen mit dem Moment des „Für sich“. Die hierarchische Geschlechterordnung wurde auf diesem Weg als eine „natürliche“ Ordnung erklärt, die auch zur Legitimation der „Arbeitsteilung der Geschlechter“ herangezogen wurde. Damit einher ging – wie bereits erwähnt – die Vorstellung von einem „heroischen männlichen Subjekt“ (Keupp 1990), dessen Identität darauf beruhte, sich bzw. seine Interessen gegen die Widrigkeiten der natürlichen und die Hindernisse der sozialen Welt durchzusetzen – und, wenn es sein musste, auch mit Gewalt und auch mit Gewalt gegen die eigene Partnerin.

Ogbleich seitdem mehr als ein Jahrhundert verstrichen ist und diese Konstruktionen durch den sozialen Wandel eigentlich überlebt wären, bestehen diese Positionen zumindest in Teilen weiter fort, wobei dies ja nach Milieu unterschiedlich ausgeprägt ist. Steuerliche Regelungen und sozialstaatliche Konstruktionsprinzipien – z. B. Ehegattensplitting, Ausrichtung am Vollzeiterwerbstätigen, soziale Absicherung über den Ehemann, Einrichtung von „Mutterschutz“, „Erziehungsurlaub“ bzw. (aktuell) „Elternzeit“, ebenso wie fehlende oder unzureichende Möglichkeiten der Kinderbetreuung – stützen ebenfalls weiter das Muster vom „male breadwinner“ und der weiblichen „Zuverdienerin“ – der „deutsche Ernährer“ ist „uralte, aber immer noch rüstig“ (Pinl 2003, S. 6) und nur leicht modernisiert worden. Andererseits haben sich real durchaus Veränderungen ergeben, am ausgeprägtesten bei der Bildungsbeteiligung, etwas weniger bei der Erwerbsarbeit, am wenigsten bei der typischen Zeitverwendung (Erwerbs- vs. Hausarbeit), bei den Männern am deutlichsten auf der Einstellungsebene. So zeigt sich zum Beispiel auch allgemein eine hohe Bereitschaft von Männern, in Elternzeit zu gehen und sich stärker an der Kinderbetreuung zu beteiligen, Diese Motivation manifestiert sich jedoch in viel geringerem Maße als konkretes Handeln in offiziellen Statistiken (Vogl und Krell 2012).

Das bedeutet: die Konstruktionen von Geschlecht können möglicherweise mächtiger sein als das gelebte Verhalten, wenn es um die Identifikation von „Mann“ und „Frau“ geht. Dies wirkt sich auch auf die Frage nach der Gewalt der Geschlechter aus. Die Wahrnehmung und Definition von Gewalt dient mit dazu, die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit zu unterstützen (Popp 2003). Gewalt, vor allem die „eigentliche“, d. h. die körperliche Gewalt, gilt in der allgemeinen Wahrnehmung als „männlich“. In diesem Punkt begegnen sich Feministinnen und Vertreter eines traditionellen Geschlechterbildes durchaus – nur nicht in der Bewertung. Gewalt wird zum Bestandteil einer Logik des Mannseins. Die „eigentliche“ Gewalt ist deshalb „männlich“, da mit ihr eine ordnungsstiftende Funktion verbunden ist. Der Einsatz körperlicher Gewalt als Zwangsmittel bedeutet, schnell eine Hierarchie und damit

eine Ordnung herstellen zu können. Eine Ordnung herstellen und durchsetzen zu können, heißt aber, Macht zu haben und auszuüben. Die dem Mann exklusiv zugeschriebene körperliche Gewalt bedeutet mithin, ihm das Herstellen von Ordnung und Macht zuzugestehen und damit eine „natürliche“ Ordnung der Geschlechter aufrecht zu erhalten. Gewalt von Männern, auch in Intimpartnerschaften, ist auf der einen Seite illegal und sie ist als private Gewalt auf gesamtgesellschaftlicher Ebene auch illegitim, während sie durchaus auf der Mesoebene milieuspezifisch oder auf der Mikroebene gruppenspezifisch legitim sein kann. „In eher traditionellen Milieus darf sich Männlichkeit auch durch Gewalt bestätigen“ (Luedtke 2008, S. 59). Auf der anderen Seite spiegelt sie ein Geschlechter- und Gesellschaftsbild, das von einer unhinterfragbaren, gleichsam „natürlichen“ Dominanz des Mannes ausgeht.

„Frauen werden aufgrund der mit der weiblichen Geschlechtsrolle verbundenen Vorstellung der Passivität und ‚Schwäche‘ eher für ‚Opfer‘ gehalten (Gemünden 1996, S. 95). Frauen als Täterinnen passen nicht zum Verständnis von Weiblichkeit, genauso wie Männer als Opfer nicht mit der Vorstellung von Männlichkeit übereinstimmen (Wyss 2006, S. 7). (Physische) Gewalt von Frauen gegen ihre männlichen Partner scheint so sehr „im Widerspruch zu den herrschenden Geschlechterklischees zu stehen, dass sie für viele kaum denkbar oder benennbar ist“ (Walter et al. 2007, S. 141). Vorstellbar ist bestenfalls noch, „dass manchen Männern im privaten Bereich psychische Gewalt widerfährt. Dass sie auch körperlicher Gewalt ausgesetzt sein könnten, scheint unwahrscheinlich, sexualisierte Gewalt gegen erwachsene Männer in Lebensgemeinschaften gar unvorstellbar“ (Walter et al. 2007, S. 139).

Dabei „liegen die Wurzeln häuslicher Gewalt oft in der Ungleichheit der Geschlechter und im geschlechtsspezifischen Rollenverständnis von Paaren“ (Wyss 2006, S. 25). Wenn es also im aktuellen Diskurs über Gewalt im Geschlechterverhältnis und gerade um körperliche Gewalt in der Partnerschaft geht, dann spielen dort neben dem empirisch Nachweisbaren stets die sozialen Konstruktionen von Geschlecht bzw. vom Geschlechterverhältnis mit hinein. Häusliche Gewalt zur fast alleinigen Angelegenheit männlicher Täter zu erklären, wie es im feministischen Diskurs erfolgt, knüpft ebenso an dieser Haltung an, nur wendet es sie gegen den „Machtmann“. In den Ergebnissen empirischer Studien und in den Polizeilichen Kriminalstatistiken überwiegen männliche Gewaltakteure, wobei dies weniger für die verbal-psychischen, sondern besonders für die physischen Formen gilt; empirische Studien z. B. zur Gewalt in der Schule zeigen, dass Mädchen und junge Frauen, die körperlich gewaltaktiv werden, sich in Häufigkeit und Intensität nur wenig von ihren männlichen Pendanten unterscheiden (Fuchs et al. 2005, 2001; Fuchs und Luedtke 2003). Aktuelle Untersuchungen zur Gewalt von jungen Frauen in gemischtgeschlechtlichen, gewaltbereiten Gruppen (Bruhns 2003; Bruhns und Wittmann 2000) belegen für diese Klientel ebenfalls ein erhebliches Gewaltpotenzial.

2.3 Häusliche Gewalt als soziales Problem

Unter einem sozialen Problem ist „das mehr oder minder öffentliche Bewusstsein von einer Diskrepanz zwischen sozialen Fakten und Normvorstellungen bzw. Wertmaßstäben zu verstehen“ (Ottermann 2000, S. 13). Das soziale Faktum bzw. Phänomen häuslicher Gewalt ist als solches noch kein soziales Problem. Hierzu bedarf es vielmehr der öffentlichen Thematisierung des Faktums bzw. Phänomens unter Rekurs auf gesellschaftliche Norm- und Wertvorstellungen, die bekanntlich sozialem Wandel unterliegen. Tatsächlich wandelte sich das Thema „Gewalt in der Familie“ erst im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts „von einer privaten Frage, die sich zudem infolge selektiver Nichtbeachtung als wenig bekannt erwies, zu einem sozialen Problem, das verstärkt in den Blickpunkt der Fachwelt, der Öffentlichkeit und der Politik geriet“ (Gelles 2002, S. 1043).

Ein soziales Faktum bzw. Phänomen muss folgende Kriterien erfüllen, um als soziales Problem anerkannt zu werden (Appelt et al. 2001, S. 385):

- Es muss für eine wichtige Institution oder interessierte Kreise einer Gesellschaft (vermeintlich oder tatsächlich) bedeutsam sein.
- Es muss (vermeintlich oder tatsächlich) wichtige Normen der Gesellschaft verletzen bzw. Verhaltensweisen betreffen, die als nicht erwünscht bzw. von normativen Erwartungen abweichend identifiziert werden können.
- Es muss (vermeintlich oder tatsächlich) ein signifikantes Ausmaß haben und der Gesellschaft materielle oder symbolische Kosten verursachen.
- Es muss als etwas erscheinen, das durch verschiedene Maßnahmen minimiert oder gar eliminiert werden kann.

Gemäß diesen Kriterien ist die Anerkennung eines Phänomens als soziales Problem eine politische Angelegenheit. „Wichtige und mit Macht ausgestattete Menschen müssen sich seiner annehmen“ (Appelt et al. 2001, S. 384). Im Folgenden geht es um die Frage, wie häusliche Gewalt zu einem sozialen Problem (gemacht) wurde.

Häusliche Gewalt ist ein gesellschaftspolitisches Thema, das mit der öffentlichen Thematisierung und Problematisierung des Phänomens beginnt („Enttabuisierung“) und sich in der Professionalisierung seiner Analyse und Bekämpfung fortsetzt. Gewalt in der Familie wird heute in vielen Ländern als gesamtgesellschaftliches Problem begriffen. Dazu musste das Problem familialer Gewalt allerdings erst einmal aus dem „Dunstkreis der Privatsphäre“ ins „Rampenlicht der Öffentlichkeit“ gerückt werden. Verschiedene Formen von Gewalt im familialen Kontext wurden lange Zeit gesellschaftlich legitimiert. Erst im 19. und verstärkt im 20. Jahrhundert ist ein gesellschaftlich einschneidender Einstellungswandel im Zusammenhang mit

familiärer Gewalt an Kindern und Frauen zu identifizieren (Cizek und Buchner 2001, S. 34).

Im Zusammenhang mit der Gewalt im familialen Kontext setz(t)en sich vor allem Kinderschutz- und Frauenbewegung für die öffentliche Diskussion und Behandlung der Thematik ein. In den 60er Jahren wurde die US-amerikanische Öffentlichkeit erstmals nachdrücklich auf die Misshandlung von Kindern aufmerksam gemacht, während die Frauen(haus)Bewegung ebenso eindrucksvoll – wenn auch erst etwas später – mit der öffentlichen Thematisierung häuslicher Gewalt gegen Frauen begann. Seitdem widmete sich eine Reihe von Wissenschaftlern und in der Praxis tätigen Experten der Erforschung dieser Problembereiche (Cizek 2001, S. 10). Ausgangspunkt war die medizinische Publikation von Kempe et al. (1962) über Verletzungen misshandelter Kinder („the battered child syndrome“) (Cizek und Buchner 2001, S. 33). Dieser Klassiker ist ein Zeichen für die wachsende gesellschaftliche Besorgnis über Kindesmisshandlungsfälle in den 60er Jahren (Godenzi 1994). Besonders Anfang der 70er Jahre begann die Zahl wissenschaftlicher Berichte über Formen familiärer und ehelicher Gewalt stark anzusteigen (Gil 1970; Steinmetz und Straus 1974). In den späten 70er und frühen 80er Jahren etablierte sich in den Vereinigten Staaten und Kanada der Untersuchungsbereich „family violence“ und „domestic violence“ als eigenständige, wissenschaftlich anerkannte Forschungsdisziplin. In der Folge entstanden vermehrt Beiträge zum Thema „Gewalt in der Familie“ (Pagelow 1984; Gelles 1979; Van Hasselt 1988; Ohlin 1989; Besahrov 1990). Zusätzlich erschienen, als Zeichen zunehmender Etablierung dieses Forschungsbereichs, einschlägige wissenschaftliche Zeitschriften wie *Journal of Family Violence*, *Journal of Interpersonal Violence*, *Family Violence Bulletin*, *Violence and Victims*, *Child Abuse and Neglect*, *Journal of Elder Abuse and Neglect*, *Journal of Child Sexual Abuse* (Godenzi 1994). Im deutschsprachigen Raum wurde familiäre Gewalt erstmals ab den 70er Jahren in der Wissenschaft thematisiert und problematisiert (Cizek und Buchner 2001, S. 33), geriet aber in Deutschland erst in den 80er Jahren mehr und mehr zum Thema (Habermehl 1989; Honig 1986; Schneewind et al. 1983), auch im Rahmen der Jugendforschung.

2.3.1 Frauen(haus)bewegung

Vor allem die Frauen- und Kinderschutzbewegung haben in der geschichtlichen Entwicklung durch viel Engagement einen wesentlichen Beitrag zur Thematisierung häuslicher Gewalt geliefert (Cizek und Buchner 2001, S. 20). Der feministischen Bewegung ist es zu verdanken, dass das Thema „Gewalt gegen Frauen“ in die (Welt-)Öffentlichkeit getragen und eine entsprechende Sensibilisierung für diese

Problematik eingeleitet wurde. „Weltweit sahen es Frauen als ihre Aufgabe, Gewalttaten an ‚Geschlechtsgenossinnen‘ aufzuzeigen und das Phänomen ‚Gewalt gegen Frauen‘ in ein Problem umzuwandeln“ (Cizek und Buchner 2001, S. 22). Frauenbewegung und Frauenhäuser prangerten die geschlechtsspezifische Ungleichheit patriarchalischer Gesellschaftsordnungen und die Ausübung von (körperlichem) Zwang zur Aufrechterhaltung dieser Ungleichheit bzw. Gesellschaftsordnungen an. Damit geriet die Familie in ihrer patriarchalischen Form unter Beschuss. Frauen sollten aus ihrer Abhängigkeit von den (Ehe-)Männern befreit und zu selbstständiger Lebensführung unter eigener Regie befähigt werden („Empowerment“). Aufgrund gesamtgesellschaftlich ungleicher Geschlechterverhältnisse und männlicher Hegemonie musste aus dieser Perspektive der angebliche Wandel der Familie „Vom Patriarchat zur Partnerschaft“ (Mitterauer und Sieder 1991) weithin als soziale Fiktion erscheinen. „Gewalt gegen Frauen“ galt als Indikator und „Symptom der noch nicht eingelösten Gleichberechtigung der Geschlechter“ (Hagemann-White 2002, S. 131).

In Europa löste das „International Tribunal on Crimes Against Women“ (1976) Aktivitäten aus, die in der Bundesrepublik in die Gründung von Frauenhäusern mündeten. Angloamerikanische „Bewegungsliteratur“ wurde im deutschsprachigen Diskurs aufgegriffen und mit hiesigen Erfahrungsberichten angereichert. „Die leichtfüßige Bewegung der Themen und Praxisansätze rund um die Welt zeigte eine damals schon reale Globalisierung an, die zur nachhaltigen Skandalisierung sowohl der sichtbar gewordenen geschlechtsspezifischen Gewalt beitrug, als auch der je landeseigenen Rechts- und Sozialverhältnisse, wenn diese eine männliche Gewalttätigkeit sanktionsfrei gestatteten oder gar begünstigten“ (Hagemann-White 2002, S. 125). Gemäß der Pekingener Erklärung der Vereinten Nationen von 1995 ist die Bekämpfung der „Gewalt gegen Frauen“ zur Sache der Staaten zu machen, die zu (Unterlassungs-)Tätern werden, wenn sie „vom Staat ausgeübte oder geduldete körperliche, sexuelle und psychische Gewalt, wo immer sie auftritt“ (United Nations 1996, S. 36), nicht bekämpfen. Sämtliche Formen der Gewalt gegen Frauen, auch wenn sie auf kulturellen Traditionen (Institution der Beschneidung, Züchtigungsrecht des Mannes etc.) beruhen, gelten damit potenziell als Menschenrechtsverletzungen. Die unter dem Dach der Vereinten Nationen organisierte Frauenrechtsbewegung ist somit ein transnationaler Moralunternehmer (dem aus Sicht der bekämpften Parteien und Institutionen im Extremfall der Vorwurf des „Kulturimperialismus“ gemacht werden kann).

„Gewalt in der Familie, vor allem die von Männern gegen Frauen und Kinder gerichteten Übergriffe, sind spätestens seit den Bemühungen der ‚neuen‘ Frauenbewegung Ende der 60er Jahre zum Thema gemacht worden. Doch nicht nur engagierte Frauengruppen haben sich der Problematik angenommen, auch die

institutionalisierte Politik hat Gewalt in der Familie aufgegriffen und eine Vielzahl von Impulsen gesetzt und Initiativen unterstützt [...] Das Interesse an und die Beschäftigung mit dem Problem Gewalt gegen Frauen wurde Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre durch die Einflüsse der neuen Frauenbewegung virulent. 1972 wurde in London das erste Haus für misshandelte Frauen und Kinder gegründet. Dies stellte den Beginn einer Bewegung gegen Gewalt an Frauen und Kindern dar, die sich in den folgenden beiden Jahrzehnten auf ganz Europa ausdehnte, ja die ganze Welt ergriff. In allen Erdteilen wurden, meist von Frauengruppen initiiert, Frauenhäuser als Zufluchtsstätten für misshandelte Frauen und ihre Kinder eingerichtet. In den europäischen Ländern existieren derzeit 1.000 bis 1.500 Frauenhäuser, die laufend ca. 50.000 Frauen und Kinder beherbergen. Das Problem der Gewalt gegen Frauen und Kinder wurde mit der Einrichtung von Frauenhäusern öffentlich gemacht und enttabuisiert. Kein Land, keine Stadt, keine Kommune konnte nach der Einrichtung eines Frauenhauses mehr behaupten: ‚Bei uns gibt es dieses Problem nicht.‘ Die Bewegung gegen Gewalt an Frauen – auch Frauenhausbewegung genannt – ist somit eines der erfolgreichsten sozialen Engagements der letzten Jahrzehnte“ (Appelt et al. 2001, S. 383 f.).

In Deutschland sowie im deutschen Sprachraum insgesamt wurde im Unterschied zum englischsprachigen Ausland Gewalt gegen Frauen an vorderster Linie nicht von Sozialwissenschaftlern, sondern von der Frauen(haus)bewegung thematisiert. „Adressat und Kontrahent der politischen Auseinandersetzungen war vor allem der Staat; von dort wurden rechtliche Reformen und die Finanzierung feministischer Projekte der Unterstützung für Betroffene gefordert. Feministische Wissenschaft verstand sich als dieser Bewegung verpflichtet; die etablierte sozialwissenschaftliche Forschung blieb dem Thema und dem Problem gegenüber bis in die 1990er Jahre weitgehend abstinente“ (Hagemann-White 2002, S. 130). Während im Ausland der Gewaltforschung vorgeworfen wird, dass sie Intervention und Hilfe für Gewaltopfer nur selten wissenschaftlich evaluiert, ist genau dies der Schwerpunkt im deutschen Sprachraum. „Das empirische Basiswissen zur geschlechtsbezogenen Gewalt entstammt in Deutschland vorwiegend einer frauenzentrierten Praxis, die wissenschaftlich begleitet wurde“ (Hagemann-White 2002, S. 131). Diese Begleitforschung wurde und wird mit öffentlichen Mitteln bestritten und dadurch ermöglicht, dass die Politik die feministische Problemdefinition und der Staat Verantwortung für das Problem übernommen hat. Da die Förderung „einem politischen Bekenntnis zur Bedeutung des Problems und zur staatlichen Verantwortung gleichkommt, richtet sich in praxi ein gleichsinniges Erkenntnisinteresse des finanzierenden Ressorts und des Projektteams auf die Forschung, sie möge im Sinne des Erfolges befinden“ (Hagemann-White 2002, S. 132). Klassische Grundlagenforschung, die diesbezüglich weniger anfällig sein dürfte, ist hingegen vor den

1990er Jahren in Deutschland kaum zu finden und immer noch selten. Allerdings bestimmt inzwischen „das Paradigma, Männergewalt diene primär der Machtsicherung, [...] nicht mehr die deutsche feministische Forschung. Selbst dort, wo die Machtdimension zentral geblieben ist, wird sie sozialisationstheoretisch gewendet: Gewalt von Männern wird aus der Überforderung durch normative Dominanzansprüche abgeleitet, die Jungen und später Männer nicht real einlösen können“ (Hagemann-White 1995, S. 134).

Der Deutungswandel häuslicher Gewalt vom „Unglück“, männlicher Hegemonie, patriarchalischen Familienstrukturen und einem gewalttätigen Mann ausgeliefert zu sein, der von traditionellem „Recht“ Gebrauch macht, zum „Unrecht“ männlicher Gewalt gegen Frauen, erhält dadurch eine moralische Relativierung und sozialwissenschaftliche Bereicherung zugleich, denn weitere soziale Bedingungen und der (subjektive) Sinn männlicher Gewalt geraten ins Blickfeld. Damit entfernt man sich von einer rein feministischen Betrachtung und nähert sich einer soziologischen Sicht auf das Phänomen. Denn nicht nur die Probleme, die gewalttätige Akteure machen, sondern auch die Probleme, die sie haben, gehören in eine soziologische Erklärung häuslicher Gewalt (Böhnisch 2001; Ottermann 2003b).

2.3.2 Kinderschutzbewegung

Einen ebenso wesentlichen, dem der Frauenbewegung entsprechenden Beitrag hinsichtlich der gesellschaftspolitischen Problematisierung von (häuslicher) Gewalt, diesmal aber auf Gewalt gegen Kinder bezogen, hat die Kinderschutzbewegung geleistet. „Sie richtet(e) den Fokus u. a. auf die Durchsetzung von Grundrechten für Kinder. Aber auch jede Form von Misshandlung von Kindern wurde und wird verurteilt und somit eine breite gesellschaftliche und politische Sensibilisierung und Problematisierung des Themas Gewalt gegen Kinder angestrebt“ (Cizek und Buchner 2001, S. 24).

So selbstverständlich uns das Phänomen familialer Gewalt heute als soziales Problem erscheint, so wenig darf es als „naturwüchsiger“ Gegenstand zwischenmenschlichen Problembewusstseins erscheinen. Denn vergleicht man das heutige Verständnis von familialer Gewalt mit dem Umgang mit diesem Phänomen in der Vergangenheit, bleibt festzustellen, dass die Anwendung von Gewalt im häuslichen Bereich Jahrhunderte lang gesellschaftlich akzeptiert oder zumindest doch toleriert wurde. Vor allem Kinder nahmen historisch gesehen bis ins letzte Jahrhundert den untersten Platz in der gesellschaftlichen Hierarchie schutzwürdiger „Rechtsgüter“ ein. Sie hatten teilweise sogar einen noch geringeren Stellenwert als Tiere: „Während es längst Tierschutzverbände gab, waren Kinder so schutzlos wie eh und je“

(Ludmann 1996, S. 23). Sowohl Frauen als auch Kinder befanden sich lange Zeit in der herrschenden Weltauffassung auf der Ebene von Sachwerten. Juristisch gesehen, gehörten sie zum Eigentum des Mannes. In patriarchalisch organisierten Gesellschaften mit entsprechender Rechtsordnung hatten sie sich dem Willen des Mannes zu unterwerfen, diesem zu gehorchen und auch sexuell gefügig zu sein – und dies mit Einschränkungen nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der Familie. Patriarchalische Herrschaftsverhältnisse gewährten dem Hausherrn das Recht uneingeschränkter Befehlsgewalt über sein „Eigentum“ und sogar freie Verfügung über Leben und Tod seiner Angehörigen. Gewaltanwendung in Form von körperlicher Züchtigung erschien im damaligen Verständnis als geeignete Methode zur Erziehung sowie allgemein geeignet, Ordnung und Disziplin zu gewährleisten (Cizek und Buchner 2001, S. 20 f.).

Sowohl die juristische als auch die pädagogisch-sozialtechnische Begründung gewaltförmiger Praktiken in der Familie fanden nicht nur im Alltagsdenken, sondern auch in religiösen Vorstellungen Unterstützung. Im Alten Testament etwa heißt es: „nur wer seine Kinder züchtigt, der liebt sie auch“ [...] Diese religiös verankerte Berechtigung zur Prügelstrafe kam in einer besonders ausgeprägten Form in der calvinistischen Lehre zum Ausdruck, in der Kinder als ‚Kobolde der Dunkelheit‘ betrachtet wurden und ‚sie nur durch Zucht und Strenge ins Licht geführt‘ werden könnten“ (Cizek und Buchner 2001, S. 21). Welt-, Gesellschafts- und Menschenbilder bestimmen demnach die Einstellung gegenüber bestimmten gewaltförmigen Praktiken.

Jahrhunderte lang waren Bestrafung, Züchtigung, Drohung mit Liebesentzug, Demütigung, Spott und Verachtung geläufige Praktiken im Umgang mit Kindern. Diese Methoden waren gesellschaftlich akzeptiert, weil man davon überzeugt war, lediglich auf diese Art und Weise Ordnung gewährleisten und Disziplin anerkennen zu können. Diese Praktiken erschienen zur Vermittlung von Werten und Normen am geeignetsten und galten als gottgefällig oder böse Geister vertreibend. Allerdings blieb es nicht nur bei den oben genannten Erziehungspraktiken, sondern die Praxis reichte weiter bis zur sexuellen Gewalt, Verstümmelung, Aussetzung und Tötung (Radbill 1978). „Die Tötung speziell von Neugeborenen war zumeist die einzige Lösung, um die Kinderzahl begrenzt zu halten. Letztlich war diese Vorgehensweise ein Substitut für unzulängliche Techniken der Verhütung und diente dem Überleben der Gruppe [...] Gerade die Tötung von schwachen oder verunstalteten Kindern war weit verbreitet“ (Buchner und Cizek 2001a, S. 91).

Im antiken Griechenland waren Knabenprostitution und Päderastie, nicht nur die platonische Liebe, sondern auch der körperlich-sexuelle Kontakt zwischen erwachsenen Männern und Knaben geläufig. Man(n) schwärmte – ähnlich wie heutige Pädophile – von den „haarlosen Schenkeln“ der Jungen, die für ihre sexuelle

Zugänglichkeit im Gegenzug mit wertvollen Kriegsausrüstungen beschenkt wurden (Braith et al. 1988). Die Erwachsenen nahmen dabei sowohl die Rolle des Liebhabers als auch jene des Erziehers ein. Sie sahen es als ihre Aufgabe, ihren Jüngling allmählich in die gesellschaftlichen Aktivitäten (z. B. in eine politische Runde oder eine Schule) einzuführen (Grandt et al. 1999). „Der sexuelle Missbrauch kleiner Kinder durch Erzieher, Pädagogen und Lehrer ist wahrscheinlich in der ganzen Antike üblich, obgleich es viele Gesetze gibt, um den sexuellen Mißbrauch von Kindern durch Erwachsene einzuschränken“ (Amann und Wipplinger 1998, S. 41 f.). War homosexueller Verkehr mit freien Knaben gesetzlich verboten, so hielt man sich hierfür Sklavenjungen. Darüber hinaus wurden sowohl Jungen als auch Mädchen zwecks Schuldentilgung entweder in die Prostitution verkauft oder verpfändet (Buchner und Cizek 2001a, S. 92).

Als sich der christliche Glaube zunehmend verbreitete, wurde zwar dem Kindesmord Einhalt geboten, jedoch blieben Gewaltanwendungen erzieherischer Art nach wie vor bestehen. Die gewaltförmige Vermittlung von Gehorsam gegenüber den Eltern, Autoritätsglaube und Besitzdenken waren zentrale Bestandteile christlich-patriarchalischer Erziehung (Buchner und Cizek 2001a, S. 92). „Das Tötungsrecht verschwand, dagegen wurde dem elterlichen Züchtigungsrecht und der damit verbundenen, zur Kindesmisshandlung führenden Überschreitung nirgends rechtliche Grenzen gesetzt“ (Ullrich 1964, S. 18). Auch sexuelle Gewalt gegen Kinder war weit verbreitet. Kleine Mädchen wurden für Geld und Macht als Ehefrauen eingetauscht. „Zwar beschloss die katholische Kirche im Mittelalter ein Ehegesetz, in dem die weibliche Mündigkeit mit zwölf Jahren festgesetzt wurde. Diese Bestimmung blieb jedoch in der Praxis größtenteils unberücksichtigt – Ehen alter Männer mit Kindern fanden nach wie vor statt“ (Buchner und Cizek 2001a, S. 92).

In der Zeit des Barocks häuften sich Kinderbordelle, -handel und -pornografie. Sexuelle Kontakte mit Kindern waren beliebt, „der Analverkehr mit kastrierten Knaben wurde dabei als besonders anregend empfunden“ (Buchner und Cizek 2001a, S. 93). Säuglinge und Kleinkinder mussten, bevor sie in ein Bordell verfrachtet wurden, eine schmerzhafteste Kastration über sich ergehen lassen. Zwar kam es zu ersten Kampagnen gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern in der Renaissance, allerdings gelang bis in das 19. Jahrhundert hinein kaum eine breite öffentliche Sensibilisierung für das Problem (Trube-Becker 1998). Erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts wandelte sich allmählich das gesellschaftliche Bild vom Kind als Eigentum der Eltern zu jenem eines Menschen mit eigenen, berechtigten Ansprüchen. Zudem gelangte man zur Erkenntnis, dass bereits im Säuglingsalter Gefühle, wie sexuelle Regungen und Schmerzen, bestehen, die tief im Unterbewusstsein verankert bleiben (Trube-Becker 1983, 1998; Buchner und Cizek 2001a, S. 93).

Die Anerkennung von Kindern als Rechtssubjekten und die Verankerung von Kindesinteressen im Recht erfolgten erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Auch der rechtliche Schutz der Kinder vor sexueller Gewalt war bis in das 20. Jahrhundert hinein nicht gegeben (und dies trotz erster Kampagnen gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern bereits in der Renaissance) – „im Gegenteil, man glaubte noch bis zum 19. Jahrhundert, dass Geschlechtskrankheiten durch Geschlechtsverkehr mit Kindern geheilt werden könnten“ (Cizek und Buchner 2001, S. 22). Erste Spuren der Thematisierung häuslicher Gewalt indes finden sich bereits in juristischen Aufzeichnungen des Römischen Reiches. „Hier wurde im Jahr 374 nach Christus erstmalig eine Kindstötung gesetzlich als ‚Mord‘ titulierte. Die Begründung für diesen Schritt lag jedoch weniger in der respektvollen Haltung gegenüber Kindern, denn Misshandlungen an Kindern (wie Verstümmelungen, Aussetzen oder das Töten) wurden von der damaligen Gesellschaft bedenkenlos gebilligt. Vielmehr sollte diese juristische Ahndung von Kindsmord der damals immer stärker werdenden Bevölkerungsabnahme in Rom entgegenwirken“ (Cizek und Buchner 2001, S. 20). Das bedeutet, dass die Motivationen zur Problematisierung und Kriminalisierung bestimmter Gewaltformen im sozialhistorischen Kontext zu sehen ist. Was in dem einen Zeitraum zur Problematisierung und Kriminalisierung familialer Gewalt motiviert, erweist sich in einem anderen als untaugliche Motivationsgrundlage bzw. Mobilisierungsressource. Die Erfolge der Frauen- und Kinderschutzbewegung hinsichtlich der Stigmatisierung häuslicher Gewalt beruhen offenkundig nicht auf bevölkerungspolitischen, sondern auf menschenrechtlichen Argumenten, die seinerzeit wahrscheinlich weitgehend auf Unverständnis gestoßen wären.

Eine wichtige sozialhistorische Grundlage für das heutige Verständnis und den Umgang mit häuslicher Gewalt bildet die mit sozioökonomischen Wandlungsprozessen verbundene Auflösung des „ganzen Hauses“ bzw. die Trennung einer privaten von einer öffentlichen Sphäre, wie sie erst mittels der räumlichen Trennung von Arbeit und Familie sowie der entsprechenden geschlechtstypischen Arbeitsteilung im Bürgertum des 18. und 19. Jahrhunderts möglich wurde (Mitterauer und Sieder 1991). Der Mann war fortan der Experte für das Außerhäusliche und als „Ernährer“ gefragt, die Frau als Expertin für das Innere, zumal als „naturbegabte Spezialistin in Sachen Kinder“. Analog der Herausbildung dieser „Mutterchaftsideologie“ entwickelte sich die normative Erwartung, „dass die Mutter in ihren Kindern aufgehen solle. Die Denk- und Erlebniswelten der Kinder rückten vermehrt in den Mittelpunkt mütterlicher Betrachtungen. Durch die Empathie gegenüber den Kindern und durch die Entdeckung ihrer Bedürfnisse begann der gesellschaftliche Stellenwert des Kindes stetig zu steigen – es wurde allmählich respektiert. Trotzdem blieben Kinder nach wie vor rechtloser Besitz ihrer Eltern und

erhielten keinen gesellschaftlichen Schutz. Und dies, obwohl mit dem In-Kraft-Treten des Bürgerlichen Gesetzbuches um 1900 das Züchtigungsrecht des Ehemannes gegenüber der Frau fiel. Kinder blieben davon ausgenommen“ (Cizek und Buchner 2001, S. 21 f.). Dass familiäre Gewalt erst seit relativ kurzer Zeit als gesellschaftliches Problem wahrgenommen wird, könnte somit auch mit der überkommenen bürgerlichen Werterhaltung zusammenhängen, aus der heraus Familie nach wie vor als ein Bereich der Privatsphäre und ein Einmischen der Öffentlichkeit in innerfamiliäre Angelegenheiten als Eingriff in die Privatsphäre betrachtet wird (Cizek und Buchner 2001, S. 22). Andererseits sollte nicht übersehen werden, dass gerade die „bürgerliche Mutterschaftsideologie“ und die Einrichtung des „Schonraums Familie“ zu einer Aufwertung von Kindheit und zunehmenden Berücksichtigung kindlicher Interessen führten (wenn auch rückblickend, aus feministischer Sicht betrachtet, auf Kosten der Entwicklungsmöglichkeiten von Frauen).

Dem Prozess der öffentlichen Anerkennung und Problematisierung von sexueller Gewalt an Kindern ging der Sensibilisierungsprozess bezüglich der körperlichen Gewalt gegen Kinder voraus. Da körperliche Bestrafung lange Zeit eine vom Glauben (und auch von der Wissenschaft) gerechtfertigte Methode darstellte, um Disziplin aufrecht zu erhalten und Werte einprägsam anzuerziehen, dauerte es dementsprechend lange, bis körperliche Gewalt im öffentlichen Diskurs problematisiert wurde (Buchner und Cizek 2001a, S. 93). Philosophen, Priester, Lehrer sowie Eltern glaubten, dass die Prügelstrafe „das einzige Heilmittel für die im Herzen der Kinder wohnende Torheit“ (Helfer und Kempe 1978, S. 37 f.) sei. Dabei bestand der hauptsächliche Sinn dieser körperlichen, institutionellen und psychischen Gewaltanwendung gegenüber Kindern darin, ihren eigenen Willen zu brechen (Buchner und Cizek 2001a, S. 93). „Wo der Eigensinn und die Bosheit nicht vertrieben werden, da kann man unmöglich einem Kinde eine gute Erziehung geben. Sobald sich also diese Fehler bei einem Kinde äußern, so ist es hohe Zeit, dem Übel zu wehren, damit es nicht durch die Gewohnheit hartnäckiger und die Kinder ganz verdorben werden [...] Die Kinder vergessen mit den Jahren alles, was ihnen in der ersten Kindheit begegnet ist. Kann man da den Kindern den Willen benehmen, so erinnern sie sich hernach niemals mehr, dass sie einen Willen gehabt haben und die Schärfe, die man wird brauchen müssen, hat auch eben deswegen keine schlimmen Folgen“ (Sulzer 1748, zit. nach Rutschky 1993, S. 173 ff.).

Erziehungsarbeit war mit körperlicher Züchtigung verbunden. Erzieher konnten offenbar keine anderen oder effektiveren Mittel als die Demonstration und Ausübung der eigenen Macht gegenüber dem schwächeren Kind und der ständigen Forderung nach seiner Unterwerfung (vgl. Ludmann 1996). Nicht nur in der Familie, sondern auch in öffentlichen Erziehungseinrichtungen wie Schulen und Heimen bestand das Recht auf körperliche Züchtigung. Mit dem Ausklingen des

19. Jahrhunderts allerdings erfuhr die Kindheit eine erste Aufwertung. Dem ging eine „Verhäuslichung“ der Kindheit voraus, die sich mit der Trennung von Arbeit und Familie und der Verbreitung des bürgerlichen Familienideals im 19. Jahrhundert herauskristallisierte. Vorstellungen etablierten sich, die von einer „Kindheit im Schutz- und Schonraum ‚Familie‘“ (Strasser 1998, S. 29) ausgingen. Das öffentliche Züchtigungsrecht wurde in diesem Zeitraum gleichzeitig mit dem Züchtigungsrecht gegenüber dem Gesinde abgeschafft. Häusliche Züchtigung indes wurde weiterhin toleriert, wenn auch in tabuisierter Form: „Tabuisierung des familiären Innenlebens bei gleichzeitiger völliger Überforderung der emotionalen Möglichkeiten der Familie war somit der beste Nährboden für Gewalt“ (Strasser 1998, S. 30). Als Rechtssubjekte wurden Kinder letztlich erst im 20. Jahrhundert anerkannt, als Kindesinteressen auch tatsächlich in der Judikatur in Form von Kinderschutzgesetzen verankert wurden – ein Verdienst der Kinderschutzbewegung (Zenz 1981; Buchner und Cizek 2001a, S. 94).

Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert setzte man sich erstmals intensiver mit den Rechten von Kindern auseinander, wenn auch eine Verankerung von Kindesinteressen im Recht erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erfolgte. Der Gedanke von „Kinderrechten“ führte zur Gründung von vorerst regionalen, später überregionalen Kinderschutzeinrichtungen, die das Problem keineswegs auf Gewalt gegen Kinder reduziert sehen woll(t)en. Der „Deutsche Kinderschutzbund“ (DKSB) beispielsweise, gegründet in der sog. „Nachkriegszeit“, konzentrierte sich zwar auf die Bekämpfung der „elterlichen Gewalt zu übermäßiger Züchtigung“, forderte zugleich aber auch allgemein eine Sexualerziehung, die auf Triebverzicht ausgerichtet ist. Die Familie als solche sollte sittlicher werden (Cizek und Buchner 2001, S. 25).

Im traditionellen Kinderschutz standen die Kontrolle und die Entrechtung der Familie an oberster Stelle. Maßnahmen zur Ahndung der Misshandlung von Kindern in Form von strafrechtlicher Verfolgung, Sorgerechtsentzug und Fremdunterbringung wurden eingeleitet. Doch gab es Rückschläge, denn man musste erkennen, dass solche Maßnahmen bestehende Krisensituationen bisweilen weiter verschärften. Die Familien fühlten sich durch die staatlichen Zwangsmaßnahmen oftmals noch stärker verbunden und reagierten durch das aufkommende Gefühl des Verfolgtwerdens mit einer Abwehrhaltung gegen alles, was von außen an sie heran getragen wurde (Gautsch 1997; Cizek und Buchner 2001, S. 25). „Die Annahme von Hilfen und die Möglichkeit, Krisen und familiäre Schwierigkeiten zu bearbeiten, wurde dabei gänzlich verhindert“ (Gautsch 1997, S. 4).

Während der traditionelle Kinderschutz das Instrument der Entrechtung der Eltern einsetzte, um Kindern den erforderlichen Schutz vor Gewalt gewährleisten zu können, strebten die in den 1970er und Anfang der 1980er Jahre gegründeten

Kinderschutzeinrichtungen eine grundsätzlich familienorientierte Arbeit im Kinderschutz an. Sie reagierten damit auf die unbeabsichtigten Effekte staatlicher Intervention, indem sie einen eher informellen, weniger strafenden als helfenden Weg einschlugen: „Der Schutz des Kindes soll in Zusammenarbeit mit den Eltern und der ganzen Familie durch die Analyse des Familienproblems gesichert werden [...] Die Vertraulichkeit wird streng gewahrt [...] Einen wesentlichen Faktor im Rahmen des Kinderschutz stellt zusätzlich die Öffentlichkeitsarbeit dar, denn durch sie gelingt es, Kinderschutzarbeit publik zu machen und eine stärkere Sensibilisierung der Bevölkerung und der PolitikerInnen zu ermöglichen“ (Cizek und Buchner 2001, S. 26). Statt Problemfamilien zu sanktionieren, galt es nunmehr, familiäre Probleme zu identifizieren, ausgehend von der Annahme, dass Gewalt gegen Kinder letztlich ein Zeichen für das Scheitern der Eltern an belastenden und schwierigen Lebensverhältnissen und gleichzeitig auch ein Symptom fehlender bzw. ungeeigneter Unterstützungssysteme ist (Zenz 1992). Zu Beginn lag der Arbeitsschwerpunkt auf der Hilfestellung für und der Unterstützung von körperlich misshandelten Kindern. Erst später wurde auch der Vernachlässigung und dem sexuellen Missbrauch von Kindern Beachtung geschenkt (Fürniss 1992). In seinen Praktiken stellt sich der Kinderschutz heute weitgehend als psychoanalytisch oder systemisch inspirierte Familientherapie dar (Blum-Maurice 1996; Honig 1992; Cizek und Buchner 2001, S. 27).

In Deutschland wurde das elterliche Züchtigungsrecht formal erst im Jahr 2000 abgeschafft. Damit dehnte der Staat sein Gewaltmonopol aus und sicherte Kindern und Jugendlichen im Elternhaus ein elementares Recht zivilisierter Subjekte zu: keine Gewalt erfahren zu müssen. Die „zivilisierte“ Gesellschaft der Moderne beruht auf der relativen Gewaltlosigkeit der Sozialkontakte. Eine körperlich gewaltfreie(re) Erziehung kann zu weniger Gewalt in den Sozialkontakten und zu mehr Zivilität führen. Ein Schritt dahin betrifft die Wertegrundlage: Körperliche Gewalt in der Erziehung muss über das bestehende Maß hinaus wirksam illegitim werden, Körperstrafen als Gewalt gesehen und behandelt werden. Ein Schritt ist das elterliche Züchtigungsverbot, verbunden mit Informationskampagnen, z. B. „Mehr Respekt vor Kindern“: das Wissen der Normadressaten um den Inhalt einer Norm ist eine Voraussetzung für ihre Wirksamkeit. Allerdings löst eine vermehrte Kriminalisierung schlagender Eltern das Problem nicht, sondern führt nur zu einer noch intensiveren Abschottung gewaltbelasteter Familien. Daher sollte das Recht die informellen Kontrollpotenziale stärken. Das kann Fremdkontrolle durch die informelle soziale Umwelt (Familie/Verwandtschaft, Freunde, Bekannte, Nachbarn) sein: Hinsehen und Beistand statt Wegsehen, Gespräche, Unterstützung bei Belastungen (Lamnek und Luedtke 2003).

Schwierig wird es bei Problemfamilien: Ressourcenmangel, Risikonachbarschaften, gewaltaffine Norm- und Wertvorstellungen sowie soziale Abschottung

sind gebündelte Hemmfaktoren. Das Risiko – gerade für häufige Gewalt – steigt bei unsicheren elterlichen Beschäftigungsverhältnissen, Langzeitarbeitslosigkeit, Ressourcenmangel und durch Risikonachbarschaften, in denen sich Familien mit ähnlichen Problemlagen und Handlungsmustern konzentrieren: Modelle für gewaltfreieren Umgang sind dort rar. Eltern aus unteren sozialen Lagen haben eher Defizite bei ökonomischen und kulturellen Ressourcen (Armut, Sozialhilfeabhängigkeit, sehr geringes Bildungskapital) bzw. der sozialen Integration (prekär beschäftigt, langzeitarbeitslos, zu wenig Unterstützungsnetzwerke). Die Lagemerkmale sind Stressoren, die einen überproportionalen Gewalteininsatz fördern. Gerade bei hoch gewaltbelasteten Familien kumulieren die Belastungsfaktoren. Kombiniert mit milieutypischen Normen, die den Gewalteininsatz legitimieren, führt „Fehlverhalten“ der Kinder dann oft auch zu schwerer Gewalt ihnen gegenüber (Lamnek und Luedtke 2003).

2.4 Gewaltdiskurse und Kontroversen zu häuslicher Gewalt

Häusliche Gewalt unterliegt in der modernen (Welt-)Gesellschaft, vor allem was ihre kriminalisierten Formen betrifft, offizieller sozialer Kontrolle. Kriminalität ist ein interkulturell und temporal variables soziales Konstrukt. Was in den einen Ländern strafbar ist, wird in anderen zumindest nicht strafrechtlich verfolgt, wie etwa der Missbrauch von Minderjährigen. Straftatbestände verschwinden, vormals strafbare Verhaltensweisen werden entkriminalisiert, wie beispielsweise Ehebruch hierzulande, während neue Straftatbestände, wie Vergewaltigung in der Ehe, hinzukommen bzw. vormals legale Verhaltensweisen, wie z. B. die körperliche Züchtigung, kriminalisiert werden. Was als kriminell gilt, wird gesellschaftlich sowie je nach herrschenden Norm- und Wertvorstellungen bzw. den Vorstellungen der Herrschenden unterschiedlich bestimmt und unterliegt sozialem Wandel. Wer oder was letztlich strafrechtlich verfolgt wird, ist abhängig von den gesellschaftlich definierten Übeln bzw. den Rechtsgütern, vor welchen resp. welche es zu schützen gilt (Ottermann 2003b, c).

Häuslicher Gewalt als gesellschaftlich definiertem Übel bzw. Rechtsgüter tangierendem Verhalten kann mit verschiedenen Formen sozialer Kontrolle begegnet werden. So können „gefährdende Handlungen z. B. je nach den Umständen als [...] Krankheit (Psychiatrie), Verwahrlosung (Erziehung) oder eben Kriminalität stigmatisiert und den darauf spezialisierten Institutionen (Polizei, Justiz) überlassen werden. Durch im Strafrecht gewonnene Definitionsleistungen avancieren einige gefährdete Interessen ([...] an Leib und Leben, an einer bestimmten Moral, an der sexuellen Selbstbestimmung, an der Volksgesundheit usw.) zu Rechtsgütern. Aus den Handlungen, die als Risiken für die soziale Ordnung bzw. als Verletzungen

oder Gefährdungen solcher Rechtsgüter wahrgenommen werden, wird mittels dieser Definitionsleistungen Kriminalität“ (Hess und Scheerer 1997, S. 99 f.). Dass zugleich nicht alle Formen häuslicher Gewalt, die als schädlich und oder schändlich begriffen werden können, Eingang in das Strafrecht oder die funktionalen Äquivalente im (medizinisch-, psycho-, familien-)therapeutischen Bereich oder dem psychosozialer Dienste (Sozialarbeit, Frauenhäuser etc.) finden und damit nicht alle verletzten Menschen, Werte und Güter zumindest symbolischen Schutz genießen, wirft ein Licht auf strukturell angelegte gesellschaftliche Spannungen, Probleme und Konflikte und Fragen auf hinsichtlich (Definitions-)Macht und Herrschaft (Ottermann 2003b).

Was Gewalt und wer gewalttätig ist, wird (teil-, sub-)kulturell definiert, was mehr oder minder geteilte Orientierungsrahmen und Deutungsmuster voraussetzt. Diese begrenzen das Feld möglicher, als sinnvoll empfundener Definitionen häuslicher Gewalt. Kollektive Orientierungsrahmen bzw. Deutungsmuster bilden den Sinnhorizont und entsprechen den jeweiligen Relevanzsystemen derer, die etwas oder jemanden z. B. kriminell heißen oder anders gesehen haben wollen (als normal, krank, etc.). Sowohl Entkriminalisierungs- als auch Kriminalisierungsbestrebungen einschließlich der Bestrebungen um Aufrechterhaltung des normativen Status quo sind interessen-, affekt- und wertgebunden, resultieren nicht zuletzt aus dem jeweiligen Standort der Akteure im sozialen Raum und entsprechen mehr oder weniger unterschiedlichen Sozialisationserfahrungen bzw. Erfahrungsräumen, sind also milieubedingt und seinsverbunden im Mannheim'schen Sinne. Der subjektive Sinn, den ein Akteur mit seinem von normativen Erwartungen (anderer) abweichenden oder Kontrollverhalten verbindet, kann demnach lediglich über die im Sozialisationsprozess vermittelten Deutungsmuster erschlossen werden.

Ob und inwieweit Bemühungen um Entkriminalisierung oder Kriminalisierung bzw. Perpetuierung des normativen Status quo Erfolg haben, ist eine Frage der Definitionsmacht und diese ist abhängig von den jeweiligen personalen und sozialen, materiellen und ideellen, Macht-, Tausch-, solidarisierenden und kulturellen Ressourcen der Moralunternehmer (Ottermann 2000). Entkriminalisierung und Kriminalisierungen sind das Resultat „erfolgreicher“ sozialer Problematisierungs- und Mobilisierungsprozesse (Ottermann 2003b). Soziale Probleme werden unter anderem auch konstruiert, um vorhandene Institutionen, wie z. B. Frauenhäuser, und deren Lösungen zu legitimieren. „Hierbei handelt es sich keineswegs um einen ‚Sonderfall‘ [...], sondern gerade im Bereich der Kontrolle abweichenden Verhaltens bzw. der Kriminalpolitik scheint dies eher die Regel zu sein“ (Groenemeyer 1999b, S. 132). Vor allem die Erzeugung moralischer Paniken mittels Dramatisierung bestimmter Gewaltarten oder -raten als außergewöhnliche Risiken für die Gesellschaft oder für bestimmte als besonders schützenswert erachtete Personenkreise

(z. B. Frauen, Kinder) vermag ebenso außergewöhnliche Kontrollmaßnahmen zu legitimieren und gesellschaftlich eine weit reichende Identifikation mit staatlichen oder funktional äquivalenten Kontrollinstanzen herzustellen (Ottermann 2003b).

Die skizzierte historische Entwicklung von Frauen- und Kinderschutzbewegung machte deutlich, welchen Stellenwert sie bei der sozialen Konstruktion des Problems familialer/häuslicher Gewalt einnehmen. Beide tragen seit den 1970er Jahren regelmäßig zur Thematisierung und Sensibilisierung häuslicher Gewalt bei und haben sozialpolitischen Charakter (Hege 1999; Cizek und Buchner 2001, S. 29). Man sollte meinen, beide hätten durchaus gemeinsame Interessen und Bestrebungen, ist doch jeder die familiäre bzw. häusliche Gewalt ein besonderer „Dorn im Auge“. Eine Kooperation ist aber nicht wirklich zustande gekommen. Das liegt offenbar an den unterschiedlichen historischen Entwicklungen und ideellen Wurzeln der beiden Bewegungen. Aus den verschiedenen sozialhistorischen Erfahrungsräumen und Sozialisationsfeldern resultierten unterschiedliche Weltanschauungsweisen, die wiederum Grundlage für die Ableitung differenzieller Problemdefinitionen, Erklärungsmuster, Ziele und Handlungen waren und sind. Für beide Bewegungen stellt sich deshalb das „eigentliche“ Problem und Phänomen häuslicher Gewalt jeweils anders dar. „Da beide Gruppierungen mit unterschiedlichen Theoriekonstrukten arbeiten und unterschiedliche Arbeitsansätze haben, machen sie in der Analyse im Einzelfall unterschiedliche Erfahrungen“ (Hege 1999, S. 1).

Auch Förderer und Nutzer der aus den beiden Bewegungen hervorgegangenen Institutionen treffen ihre Vorauswahl je nach Akzeptanz des erkennbaren Leitbildes, das hinter den jeweiligen Institutionen steht. „Die Kinderschutz-Bewegung sieht sich als Hilfesystem, geführt vom Leitgedanken ‚Hilfe statt Strafe‘ [...] Die Frauenhaus-Bewegung setzt sich speziell für die Hilfestellung für jene Frauen ein, die sich nicht alleine aus Gewaltbeziehungen befreien können – somit also nicht ausschließlich für Frauen im Frauenhaus. Sie schreiben die Gewaltsituation, in die Frauen (mitsamt ihren Kindern) gekommen sind, den Männern zu – denn sie sehen Männergewalt als ein Produkt der vorherrschenden patriarchalen Strukturbedingungen“ (Cizek und Buchner 2001, S. 29). Zweifellos ist es das Verdienst der Frauenhäuser, dass Gewalt von Männern an ihren Frauen nicht länger geduldet wird. Zusätzlich aber versuchen sie, männliche Täter nicht nur dingfest zu machen, sondern auch zu stigmatisieren (Hege 1999). Hierauf verzichtet die Kinderschutzbewegung weitgehend, da sie davon ausgeht, dass Eltern, die Kinder schlagen, selbst Probleme haben und somit die gesamte Familie Hilfe benötigt (Cizek und Buchner 2001, S. 29 f.). Aus diesen unterschiedlichen Positionen und Prioritäten erwächst die Unverträglichkeit der beiden Moralunternehmen. „Frauen der Frauenbewegung unterstellen dem Kinderschutz, dass er der Kinder wegen Frauen immer wieder in ihre alte Rolle zurückbringen will. Der Kinderschutz wirft der

Frauenhaus-Bewegung vor, dass sie die Bedeutung der Entwicklung von Kindern – auch in ihrer Beziehung zu ihren Vätern – hinter der Entwicklung der Frauen zurückstellt“ (Hege 1999, S. 2).

Die heute dominanten Deutungsmuster des Phänomens häuslicher Gewalt sind das Resultat sozialer Problematisierungs- und Mobilisierungsbemühungen von Moralunternehmern, die sich bei der Interpretation und Definition des Phänomens teils widersprüchlicher Weltanschauungen und entgegengesetzter Interessen bedienen. Und wie im Streit zwischen Frauen- und Kinderschutzbewegung ersichtlich, kann es „als ein typisches Merkmal sozialer Probleme angesehen werden, dass die für einen kollektiven Akteur oder eine Gruppe optimale Lösung eines sozialen Problems für einen anderen kollektiven Akteur gerade zu einem sozialen Problem wird“ (Groenemeyer 1999b, S. 44). Hinsichtlich des Verlaufs gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen ist die Definitionsmacht respektive Überzeugungskraft bestimmter Gruppierungen, die wiederum von deren materiellen und immateriellen Ressourcen abhängt, entscheidend. Vor allem der Zugang zu bzw. die Kontrolle von Massenmedien ist für den Erfolg gesellschaftspolitischer „Aufklärung“ heutzutage entscheidend. Hier findet der Kampf um die öffentliche Meinung statt, die allerdings lediglich begrenzt manipulierbar ist. Die Grenzen politischer Willensbildung verlaufen entlang den vitalen Interessen und tiefsitzenden Weltanschauungen, den Erfahrungen von Menschen bestimmter sozialer Milieus, ihren kollektiven Denkstilen bzw. Deutungsmustern (Ottermann 2000a). „Deutungsmuster werden nicht als unabhängig von strukturellen Bedingungen und Lebenslagen der Akteure aufgefasst – hieraus gewinnen sie nämlich Legitimation und Schubkraft für die individuelle Mobilisierung –, noch lassen sie sich beliebig manipulieren oder potenziellen Mitgliedern oktroyieren“ (Karstedt 1999, S. 97).

Beim Kampf konkurrierender Moralunternehmer um öffentliche Unterstützung (Meinung, Personen und Gelder) innerhalb des gesellschaftlichen Diskurses über häusliche Gewalt wird auf kommunikativer Ebene der Konflikt nicht nur in Form verbalen Schlagabtauschs und mittels rhetorischer Kampfbegriffe ausgetragen, sondern auch mittels wissenschaftlicher Befunde, Kriminalstatistiken, Expertisen und Berichten aus der Praxis von Polizei und Justiz, Frauenhäusern, Kinderschutzeinrichtungen, Familienberatungsstellen etc., die Legitimitäts- und Plausibilitätsgrenzen zugleich implizieren. Erfolg und Misserfolg der gesellschaftlichen Aufklärungsarbeit sind davon abhängig, wie die Adressaten, also die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen bzw. sozialen Kreise, die Botschaften aufnehmen, wahrnehmen, deuten und umsetzen (Ottermann 2003a). Abbildung. 2.1 illustriert Bedingungen und Kontingenzen im Prozess der Generierung und Blockierung von Definitionen sozialer Probleme.

Bei der Verarbeitung von (neuen) Informationen hinsichtlich des Problemreichs familialer Gewalt im Rahmen unmittelbarer oder massenmedial vermittelter

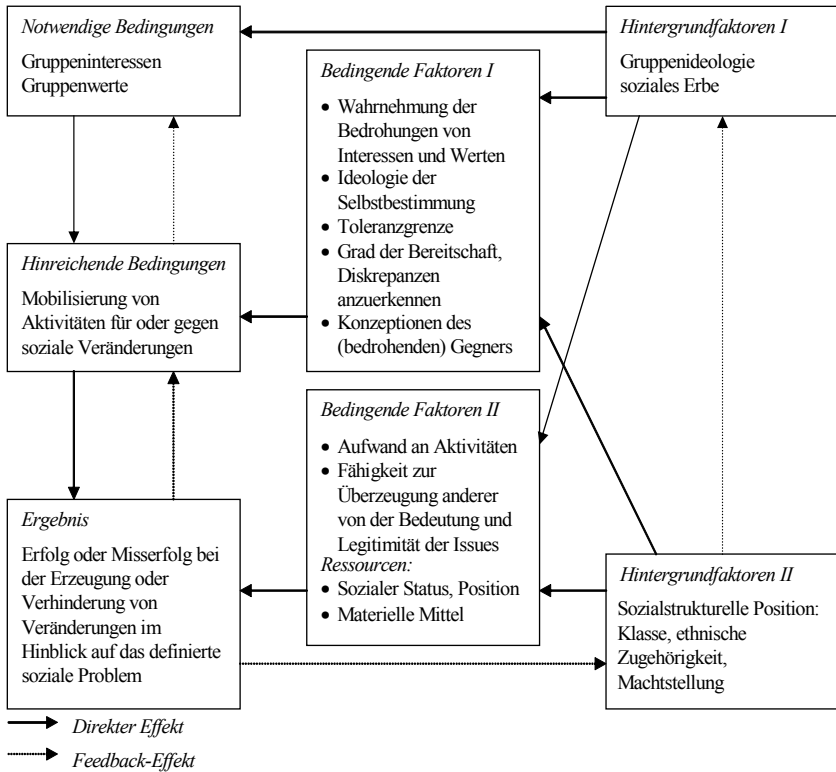
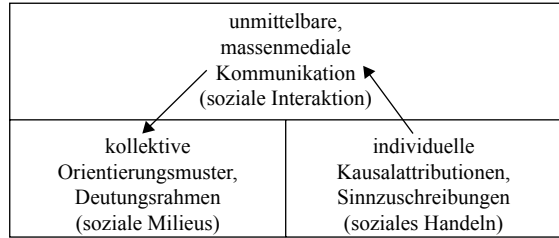


Abb. 2.1 Bedingungen und Kontingenzen im Prozess der Generierung und Blockierung von Definitionen sozialer Probleme. (Quelle: Groenemeyer 1999a, S. 115)

Kommunikation fungieren milieutypische (bzw. teilkulturelle) Orientierungsmuster bzw. Deutungsrahmen sowohl auf Sender- als auch Empfängerseite einerseits als sinnstiftende Filter (als selektive, den jeweiligen kollektiven Relevanzsystemen entsprechende Wahrnehmungsraster); andererseits bestimmen sie, von den Milieugehörigen selbst weithin unbemerkt, (als habituelle Analyseraster) die Richtung und Fassungskraft der je individuellen Interpretationen und Äußerungen (Kausalattributionen, Sinnzuschreibungen) zumindest mit. Die subjektiven Interpretationen kommunikativ vermittelter Inhalte bzw. die individuellen Meinungsäußerungen sind von daher zwar immer perspektivisch, d. h. den Sozialisationserfahrungen bzw. -räumen entsprechend (ideologisch-attributional) verzerrt; sie sind aber deshalb noch lange nicht falsch. Sie ermöglichen vielmehr eine andere

Abb. 2.2 Der Informationsverarbeitungs- und Meinungsbildungsprozess. (Quelle: Ottermann 2003a)



Sicht der Dinge, von einem anderen Standpunkt (der Frauen, der Sozialarbeiter, der Polizei etc.) aus, den man vorübergehend einnehmen muss, will man die Güte eines vorerst befremdlich wirkenden Arguments abschätzen (Ottermann 2003a). Abbildung 2.2 bildet den Informations- und Meinungsbildungsprozess ab.

In Anlehnung an Honig (1986), aber unter Berücksichtigung der Kontroverse zwischen Frauenhaus- und Kinderschutzbewegung, lassen sich drei gesellschaftlich bedeutsame Diskurse identifizieren, die miteinander um die Vormachtstellung der sozialen Konstruktion von „Gewalt in Familien“ konkurrieren. Diese Diskurse stellen gewissermaßen die Medien des gesellschaftlichen Konflikts um die adäquate Definition familialer bzw. häuslicher Gewalt dar (Cizek und Buchner 2001, S. 32 f.):

- Der sozial-administrative Diskurs: Hier wird Gewalt als Missbrauch des elterlichen Züchtigungsrechts oder als Vernachlässigung elterlicher Pflichten verstanden. Dieser Diskurs wird größtenteils innerhalb von Justiz, Polizei, Gesundheitswesen und öffentlicher Sozialarbeit geführt und dreht sich um Richtlinien darüber, was als Tatbestand gilt und wie entsprechend straf- und sorge-rechtlicher Bestimmungen oder medizinischer Diagnosen zu intervenieren ist.
- Der Diskurs der Helfer: Hier wird familiäre Gewalt nach (moderner) psycho- oder familientherapeutischer Zugangsweise im Sinne des Kinderschutzes von psychosozialen Diensten und der Familientherapie behandelt. Davon ausgehend, dass Gewalt in Familien auf familialen Problemen beruht, sollen diese durch therapeutische Behandlung behoben und Gewalttäter möglichst nicht kriminalisiert werden.
- Der politisierende Diskurs der Frauenbewegung: Im deutschen Sprachraum wird häusliche Gewalt primär als Gewalt von Männern an ihren Frauen und Kindern verstanden. Dieses gesellschaftlich dominante Verständnis lässt sich zu einem großen Teil auf die Bemühungen der Frauenhausbewegung zurückführen. Hierbei rückt man davon ab, einzelne Straftaten als das konstitutive Merkmal häuslicher Gewalt zu sehen; vielmehr wird die gesellschaftliche Unterdrückung

von Frauen, die „patriarchale Organisation weiblicher Lebenschancen“ (Haller et al. 1998, S. 14) und geschlechtsspezifische Sozialisation dafür verantwortlich gemacht.

Inzwischen ist als Reaktion auf alle diese Diskurse und deren gesellschaftspraktische Folgen eine weitere (zaghafte) soziale Bewegung entstanden, die Jungen, Männer, Ehemänner und Familienväter in familienrechtlicher, -therapeutischer und -politischer Hinsicht als strukturell benachteiligt sieht. Jedoch ist eine zur Frauen(haus)bewegung analoge gesellschaftliche Kraft, „die den Skandal männlicher Opfererfahrungen als soziales Problem aufdecken und daraus gesellschaftspolitische Forderungen ableiten könnte“ (Hagemann-White und Lenz 2002, S. 462) noch nicht in Sicht. „Die Verstrickung der männlichen Geschlechtsgenossen in die herrschenden patriarchal-kapitalistischen Verhältnisse wirkt einer Solidarisierung von Männern entgegen“ (Hagemann-White und Lenz 2002, S. 462).

- Der Diskurs der Männerbewegung: Vor allem im Widerspruch zum klassisch feministischen Männerbild stehend, wird darauf verwiesen, dass auch Jungen und Männer, Ehemänner und Familienväter in einem nicht unerheblichen Ausmaß Opfer häuslicher Gewalt werden (können) und daher die gleiche öffentliche Aufmerksamkeit, den gleichen rechtlichen Schutz und vergleichbare Hilfseinrichtungen verdienen wie die weiblichen Opfer familialer Gewalt. Dieser Diskurs hat bislang aber noch keinen allzu großen Einfluss auf die gesellschaftliche Meinungsbildung bzw. die (ver)öffentlich(t)e Meinung.

Honig (1986) verweist darauf, dass eine Perspektive, die zur Erklärung von Gewalt die Wirklichkeitskonstruktionen der beteiligten Familienmitglieder und nicht diejenige der primären Definierer in den Mittelpunkt ihres Interesses stellt, fast zwangsläufig Irritationen hervorrufen muss, weil sie scheinbar selbstverständliche Unterscheidungen – nämlich die der Moralunternehmer – von Gewalt und Gewaltlosigkeit in Frage stellt. „Sein Anliegen ist es, das Spektakuläre des Gewaltkonzeptes in den öffentlichen Debatten und die Verdinglichung von Gewalt in den sozialwissenschaftlichen Modellvorstellungen in Situationsdeutungen von Familienmitgliedern zurück zu übersetzen“ (Pflegerl und Cizek 2001a, S. 42). Dabei sei etwa die Tatsache, dass ein Mann seine Frau schlägt, „nicht zu bestreiten. Ob diese Handlung, Gewalt‘ ist oder nicht, ob sie gut oder schlecht ist, normal oder abweichend, ist eine Frage sozialer Interpretationen“ (Honig 1986, S. 101). Der Frage nachgehend, welche soziale Bedeutung Gewalthandeln im Familienleben hat, kommt Honig auf Basis seiner Untersuchung vielmehr zu der Erkenntnis, dass familiales Gewalthandeln eine Bewältigungsstrategie ist, konkret ein Versuch,

angesichts gegensätzlicher Erwartungen und Ansprüche Normalität im Alltag von Familie herzustellen (Pflegerl und Cizek 2001a, S. 42).

„Die Schilderung von Beteiligten haben sichtbar werden lassen, wie wenig die Zuschreibung ‚Gewalt‘ mit der Familienwirklichkeit aus der Sicht der Akteure zu tun hat. Während die öffentlichen Diskurse unter dem Imperativ rechtlicher, therapeutischer und politischer Intervention Gewalthandeln nach den Kriterien der körperlichen Verletzung, Beziehungsstörung, oder Unterdrückung: kurz als Abweichung von einem erwünschten Zustand körperlicher Integrität, psychosozialen Gleichgewichts oder sozialer Emanzipation codieren, erzählen die Betroffenen von Gewalthandeln als ‚fact of life‘ und Bestandteil des Familienlebens“ (Honig 1986, S. 268). Teilweise handele es sich um einen unproblematischen und selbstverständlichen Bestandteil, andererseits werde er auch als ein inakzeptabler Aspekt von Familie geschildert. „Unproblematische Kriterien legitimer Gewaltanwendung – als Beispiel dafür gelten immer noch die körperlichen Strafen in der Erziehung – stehen Formen der Konfliktbewältigung gegenüber, die Gewalt als Mittel der Konfliktbewältigung ausschließen. Gewalt in Familien [...] lässt sich kaum als abweichendes Verhalten abgrenzen. Sie ist Teil des familiären Lebens in Durchschnittsfamilien“ (Pflegerl und Cizek 2001a, S. 42 f.).

Soziale Bewegungen haben im Unterschied zu den einzelnen Betroffenen als den eigentlichen „Experten häuslicher Gewalt“ mehr oder minder großen Einfluss auf die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Diejenigen Personenkreise bzw. Interessengruppen oder Moralunternehmer, die ein Problem als erste identifizieren und thematisieren, beeinflussen die Art und Weise, wie dieses Problem gesellschaftlich wahrgenommen, wissenschaftlich erklärt und gesellschaftspolitisch angegangen wird. Die ersten Formen familialer Gewalt, die die Aufmerksamkeit von Öffentlichkeit und Forschung auf sich zogen, waren Kindesmisshandlung und -vernachlässigung, wie sie in den frühen 1960er Jahren von Medizinerinnen identifiziert wurden. Gewalt gegen Kinder galt diesen als schwerwiegend, aber relativ selten, so dass sich eine psychopathologische Erklärung anbot, die sich trotz der Erkenntnis, dass häusliche Gewalt gegen Kinder und andere Familienmitglieder nicht so selten ist, wie ursprünglich vermutet, zumindest im Alltagsdenken weiterhin existiert. „Das psychopathologische oder psychiatrische Konzept hat sich auch deshalb gehalten, weil das tragische Bild schutzloser und Missbrauch oder Vernachlässigung ausgesetzter Kinder, Frauen oder Großeltern bei Klinikern und anderen Menschen, die die Folgen häuslicher Gewalt sehen bzw. behandeln, starke Emotionen auslöst“ (Gelles 2002, S. 1066).

Aus diesem Grund sind auch wissenschaftliche Ansätze selten, die das Phänomen „sine ira et studio“ behandeln. Es gelingt nicht allen Gewaltforschern, ihre persönliche Betroffenheit und politische Überzeugung bei der Analyse und Erklärung

häuslicher Gewalt zu kontrollieren – und einige wollen und versuchen das auch erst gar nicht. Vielmehr wird das Wort „Gewalt“ als Aufmacher benutzt, um auf Probleme mit Hilfe dieses Etiketts aufmerksam zu machen. Das verschafft einzelnen als problematisch, wenn nicht skandalös empfundenen Sachverhalten zwar Gehör, dient aber nur dazu, diese zu dramatisieren und als Indikatoren einer zunehmend bedrohlichen gesellschaftlichen Lage auszuweisen und nicht dazu, konkrete Abhilfe zu schaffen, weil hierfür fundierte Kenntnisse der sozialen Ursachen vorliegen müssten: „Im öffentlichen Reden, wie wir es dann hauptsächlich in den Massenmedien finden, [...] geht [es] um ideologische Manöver, um die Definition von normativen Grenzen, seien es die der Erziehung, der Demokratie oder der Emanzipation. Das Reden darüber übernehmen Massenmedien von den ‚primären Definierern‘ und bieten es ihrem Publikum an“ (Cremer-Schäfer 1992, S. 24 f.).

Neben der Kinderschutzbewegung wurde das Thema Gewalt in der Familie entscheidend durch die Frauen(haus)bewegung beeinflusst, indem es, was die soziale Konstruktion der Wirklichkeit bzw. die Etablierung kollektiver Deutungsmuster betrifft, erfolgreich und folgenreich als geschlechtsbezogenes Problem, als Gewalt von Männern gegen Frauen, definiert wurde. Im deutschen Sprachraum „hatte die feministische Sichtweise nicht nur eine Vorreiterfunktion zur Eröffnung der Debatte, sie hat den Rahmen für alle weitere Forschung zum Thema gesetzt“ (Hagemann-White 2002, S. 130). Häusliche Gewalt wird geschlechtsbezogen, als Gewalt gegen Frauen, definiert und gilt ohne Bezug auf die Geschlechtsdimension als nicht adäquat behandelt oder verstanden. Auch in den Massenmedien wurde und wird häusliche Gewalt gegen Männer überwiegend als die große Ausnahme dargestellt. „Heute würden wir den ‚geschlagenen Mann‘ für ein reichlich unwirkliches Phänomen halten; ‚die Männer‘ öffentlich als brutal, als potentielle Vergewaltiger und Pornographen zu bezeichnen, das halten Frauen und Männer für eine Beschreibung von Wirklichkeit [...] Das Vokabular ist besetzt [...] Der Lösungsweg, die Mobilisierung staatlicher Kontrolle, ist mit dem Vokabular vorgezeichnet“ (Cremer-Schäfer 1992, S. 29). Aus dieser Sicht muss Gewalt, die von Frauen ausgeht, etwas anderes sein, als eine, die von Männern ausgeübt wird.

So war beispielsweise die Annahme, nach der es eine spezifisch (oder nicht doch nur typisch?) „weibliche“ Ausdrucksform von aggressivem Verhalten gibt (Schmerl, Böttger 1998; Buskotte 1999;), bis vor kurzem die einzig plausible. Der Ansatz geht davon aus, dass das Gewaltpotenzial der beiden Geschlechter nicht so gravierend differiert, wie die meisten Zahlen suggerieren, sich dafür aber jeweils anders ausdrückt. Demnach neigen Frauen entweder mehr dazu, Aggressionen nach innen zu richten (z. B. in Form von Selbstverletzungen), aggressiven Handlungen aus dem Wege zu gehen oder indirekt aggressiv (Silkenbeumer 1999, S. 69) zu sein (Mädchen kämpfen nicht, sondern lassen kämpfen). Die geschlechtsspezifisch

ungleichen Verteilungen von Sozialisationserfahrungen (die Jungen, aber nicht Mädchen Autonomiestreben, Risikobereitschaft und Aggressivität vermitteln), von sozialen Chancenstrukturen und dem Maß an sozialer Kontrolle galten dabei als wichtigste Ursachen für die geringere Delinquenz von Frauen (Bruhns und Wittmann 1999, S. 364): „Die weiblichen, ‚weichen‘ Fähigkeiten sind also auch Ausdruck eines kulturell sanktionierten Aggressionsverbots. Daher finden sich in psychiatrischen Kliniken autoaggressive, nämlich depressive Patientinnen, und in Gefängnissen männliche Aggressionstäter. Täter und Opfer sind institutionell geschlechtsspezifisch verteilt“ (Lamott 1995, S. 31).

Wenngleich die praktische Relevanz sowie die Erklärungskraft dieses Ansatzes unumstritten sind, so greift er doch nicht bei der Interpretation von durch Mädchen und Frauen ausgeübten „männlichen“ Gewalttaten. Hinzu kommt, dass sich selbstschädigende Verhaltensweisen, die der spezifisch weiblichen Gewaltform vorbehalten sein sollten, bei Jugendlichen weiblichen und männlichen Geschlechts, die selbst Opfer von Gewalterfahrungen waren, festgestellt wurden (Silkenbeumer 1999, S. 84).

Dennoch stellt weibliche Gewalt zumindest im Alltagsdenken weiterhin eine „doppelte Abweichung“ dar. Während Männlichkeitskonzepte mit Aggressivität und Gewalthandeln relativ problemlos verknüpft werden können und es sich bei männlicher Gewalt gegen Frauen und Kinder zwar um ein verbotenes, aber erwartbares Verhalten, also eine „einfache Abweichung“ handelt, stellt Gewalt von Frauen gegen Männer und Kinder nicht nur einen Verstoß gegen das Gewaltverbot, sondern auch (wenn nicht in erster Linie) eine Abweichung von Geschlechtsrollen-erwartungen und Geschlechtsstereotypen dar. Wenn Frauen als Täterinnen nicht mit dem Verständnis von Weiblichkeit übereinstimmen, so passen Männer als Opfer nicht zum Bild von Männlichkeit. Entsprechend schwer fällt es Männern, sich als Opfer wahrzunehmen und „sie verschweigen ihr Opfersein“ (Wyss 2006, S. 7).

Nach den gültigen Geschlechtsrollenstereotypen ist gerade körperliche Gewalt von Frauen, weiblichen Jugendlichen und Mädchen in mehrfacher Hinsicht illegitimes Handeln, besonders, wenn es sich noch gegen Männer, männliche Jugendliche oder Jungen richtet. Es ist per se illegitim, weil es Zwang durch den dazu nicht berechtigten Bürger ist; es ist besonders illegitim, weil es die Vorstellung von der Geschlechterhierarchie in Frage stellt, die hinter den Geschlechtsrollenstereotypen steht. Eine andere Lesart: Gewalt, die originär von Frauen ausgeht, stellt, so Linda Kelly, die zentralen Annahmen in Frage, auf denen der Feminismus seinen Kampf gegen die männliche Dominanz in der Gesellschaft aufbaut (Kelly 2005, S. 79). Eine weitere Lesart: Gewalt von Frauen bedeutet, dass geschlechtsspezifische Erwartungen enttäuscht werden; auf diese Enttäuschung wird mit kognitiver Dissonanz reagiert (Bock 2003a, S. 182). Der Ausweg ist daher das Ignorieren, Bagatellisieren

oder ins Lächerliche ziehen gerade körperlicher weiblicher Gewalt: Sie wird als relativ folgenlos bzw. nicht als „richtige“ Gewalt dargestellt. (Dies belegen auch Karikaturen, die sich mit dem Thema befassen: Die Ehefrau mit dem Nudelholz, die ihren vom Wirtshaus heimkehrenden Gatten erwartet, war ein beliebtes Witzmotiv.) Im übrigen argumentieren Dutton und Nicholls (2005), dass teilweise auch im wissenschaftlichen Diskurs auf Verletzungen der geschlechtsspezifischen Vorstellungen mit Wegerklären reagiert wurde und wird. ‚Confirmatory bias‘ oder ‚belief perseverance‘ – nachgewiesen in sozialpsychologischen Studien beispielsweise von Janis (1982), Kahneman, Slovic und Tversky (1982) oder Lord, Ross und Lepper (1979) – tritt auf, „when research subjects have a strongly held belief and are exposed to research findings inconsistent with the belief. The subjects reconcile the contradiction and maintain the prior belief by discounting the research methodology. They do not apply the same rigorous standards to research findings, which confirm their beliefs“ (Dutton und Nicholls 2005, S. 681 f.).

Die überkommene stereotype Vergeschlechtlichung von Gewalt als „männlich“ bzw. „unweiblich“ ist dafür verantwortlich, dass auf objektiv gleiches oder zumindest vergleichbares Gewalthandeln unterschiedlich reagiert wird, je nachdem, ob es von Mädchen/Frauen oder Jungen/Männern ausgeht. „Gewalttätiges Verhalten von Mädchen und Frauen wird nicht nur anders wahrgenommen und bewertet, sondern es werden auch andere Begründungen formuliert als für Gewalthandeln von Jungen und Männern. Maud Kips kam zu dem Resultat, Männer würden kriminalisiert, Frauen psychiatrisiert [...] Mädchen fallen aus der Geschlechtsrolle – das ist der eigentlich abweichende Akt“ (Popp 2003, S. 206). Die geschlechtsstereotype Interpretation sozialen Handelns ist zumindest mitverantwortlich dafür, dass weibliche Gewalttäter und männliche Gewaltopfer bisweilen übersehen oder wenigstens bagatellisiert werden. Eine aktuelle Studie zeigt: Obwohl männliche Gewalt in Partnerschaften abgelehnt wird, besteht immer noch eine allgemeine Toleranz gegenüber weiblicher Gewalt, wobei diese als „inconsequential, justified, or humorous“ (Robertson und Murachver 2009, S. 1508) angesehen wird.

„Die geschlechtsspezifischen Differenzierungen und die damit verbundenen normativen Erwartungen sind ein positiv besetzter und bewerteter Bestandteil unserer abendländischen Kultur. Die ikonografische und symbolische Bedeutung der Mutter Gottes als Inbegriff positiver weiblicher Eigenschaften (wenn sie das Jesuskind züchtigt, ist das nur zu dessen Bestem!) sowie die Pazifizierung der ritterlichen Ethik im Minnedienst seien hier exemplarisch genannt. Ableitungen daraus, mit oder ohne soziobiologischen Hintergrund, sind reflexartig eingespielte Regeln wie ‚Frauen und Kinder zuerst‘, ein besonderer Schutz für ‚unsere Mädchen‘ und ‚unsere Frauen‘, besondere Härte gegen männliche Gewalt- und Sexualstraftäter (wegsperrn, und zwar für immer‘, ‚Leben verwirkt‘). So sind

diese geschlechtsspezifischen Diskriminierungen auch feste Bestandteile der Alltagskultur teils schon immer gewesen, teils in letzter Zeit (wieder) geworden. Und deshalb eignen sie sich auch so hervorragend als Resonanzboden populistischer Kriminalpolitik in der Bevölkerung. Dazu gehört auch eine merkwürdige Unempfindlichkeit gegen das Leiden von Männern in Geschichte und Gegenwart“ (Bock 2003a, S. 188 f.).

Geschlechtsstereotype Deutungsmuster bevorteilen im Übrigen aber keineswegs ausschließlich das eine und benachteiligen auch nicht ausschließlich das andere Geschlecht, was die Zuschreibung von Opfer- bzw. Täterstatus betrifft. Es verhält sich bisweilen wesentlich komplizierter, vor allem wenn man die unbeabsichtigten Nebenfolgen gesellschaftlicher Reaktionen mitbedenkt. Auer et al. (2003) liefern folgende, aus einem forensischen Gutachten entnommene Beschreibung der Vorgeschichte eines Mannes, der wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern angeklagt wurde. Dort heißt es, „dass seine ‚ersten sexuellen Aktivitäten‘ im Alter von 11 Jahren vor dessen Geschlechtsreife begonnen und sich über Jahre hingezogen hatten. Diese ‚Beziehung habe sich weiterentwickelt‘, so ‚dass er von der Frau auch Taschengeld erhalten habe‘. Zudem wurden ‚kleine Gegenstände in das Spiel miteinbezogen, z. B. Kerzen und Gurken‘. In der Zusammenfassung des Gutachtens wird diese ‚ältere Frau‘ dann noch als Partnerin bezeichnet. Wären dieselben Handlungen von einem ‚älteren Herren‘ an einem 11-jährigen Mädchen begangen worden, wäre dies wahrscheinlich als Missbrauch bezeichnet worden“ (Auer et al. 2003, S. 504). Interessant wäre, an dieser Stelle zu fragen, was diese unterschiedlichen geschlechtsstereotypen Interpretationen denn nun für die Kinder und nicht nur für die Erwachsenen bedeuten. Stellt nicht die Beurteilung der „sexuellen Beziehung“ zwischen dem elfjährigen Jungen und der „älteren Frau“ eine sekundäre Gratifikation mit entsprechend positiven Wirkungen auf die Identität des Betroffenen dar, während es sich bei dem „sexuellen Missbrauch“ des elfjährigen Mädchens durch den „älteren Herren“ um eine sekundäre Viktimisierung mit entsprechend negativen Auswirkungen auf das Selbstwertgefühl des Opfers handelt? Und könnte es nicht sein, dass die psychische Gewalt in dieser Art „sexuellen Missbrauchs“, der im obigen Beispiel zumindest nicht auf physischem Gewalthandeln, sondern auf Tausch beruht, im Grunde erst mit der institutionalisierten sekundären Viktimisierung durch (offizielle) soziale Kontrollagenten beginnt?

Ein weiteres Beispiel von Auer et al. zeigt die Schwierigkeit, sich sexuelle Gewalt im engeren Sinne anders als männlich vorzustellen, wenn sie kriminell sein soll: „Ein junger Mann wurde wegen versuchter Vergewaltigung von seiner Schwiegermutter angezeigt und im Verfahren begutachtet. Er konnte sich wegen zu viel Alkohol an nichts erinnern und litt stark darunter. Im Laufe des Prozesses erwies sich die Anklage als unbegründet: Es war die Schwiegermutter, die versucht hatte, ihn

zu vergewaltigen. Soweit es aus unseren Unterlagen ersichtlich ist, erfolgte jedoch keine Anzeige gegen die Schwiegermutter“ (Auer et al. 2003, S. 505). Und selbst wenn weibliche Gewalt(kriminalität) im Einzelfall als solche nicht gelehnet oder bagatellisiert werden kann, ermöglichen geschlechtsstereotype Deutungsmuster dennoch mitunter eine Relativierung, wie eine Studie über die Presseberichterstattung zu Frauen ergab, die ihre Kinder getötet haben (Stammermann und Gransee 1997): „Eine Frau, die einen gescheiterten Selbstmordversuch unternimmt und zuvor ihr Kind tötet, wird in den Presseberichten als ‚gute Mutter‘ dargestellt, deren Gewalt nicht egoistisch motiviert ist, sondern einer Sorge um das Wohl des Kindes entspringt; sie will ihr Kind nicht allein zurücklassen, sondern in den Tod ‚mitnehmen‘“ (Meuser 2003, S. 49). Interessant wäre zu prüfen, ob dem „erweiterten Selbstmord“ von Vätern ähnlich „altruistische Motive“ oder nicht doch vielmehr „Egoismus“ und „Besitzdenken“ zugeschrieben werden.

Das würde dem „typischen“ gesellschaftlichen Umgang mit den Geschlechtern entsprechen: Gewalttätige Männer werden kriminalisiert, Frauen, die körperlich gewalttätig sind, dagegen psychiatrisiert (vgl. Kips 1991; Lamott 1995). Auf die „normale“, „natürliche“ Aktion des Mannes muss mit staatlicher Gewalt geantwortet werden, während der „widernatürlichen“ Aktion der Frau mit der Entmündigung zu begegnen ist – zumal es originär weibliche Gewalt, vor allem körperliche Gewalt, in der öffentlichen Wahrnehmung gar nicht geben kann.

Die Frage zu stellen, ob es originäre Frauengewalt gegen Männer gibt, heißt, an einem mehrfach „gesicherten“ Tabu zu rütteln: a) Der Mann ist per definitionem stärker, körperlich überlegen und kann damit nicht Opfer der körperlichen Gewalt der definitionsgemäß schwächeren Frau werden. b) Wenn Frauen körperliche Gewalt anwenden, dann wehren sie sich gegen die Gewalt ihres Partners. Vorliegende Forschungsergebnisse zeigen aber, dass körperliche Gewalt in Beziehungen nicht ausschließlich „Männersache“ ist. Es gibt eine Reihe von Gründen, weshalb Männer, die geschlagen werden, dies nicht öffentlich machen; dahinter stehen stereotype Vorstellungen vom Verhalten der Geschlechter:

- Ein Mann, der Opfer weiblicher Gewalt ist, schämt sich, dies zuzugeben.
- Einem Mann, der Opfer weiblicher Gewalt ist, wird nicht geglaubt – auch nicht von der Polizei.
- Ein Mann, der Opfer weiblicher Gewalt ist, wird lächerlich gemacht.
- Die Gewalt der Frau wird öffentlich neutralisiert und entschuldigt.

Ein wichtiger Faktor ist die Frage nach der Glaubwürdigkeit eines Opfers familialer Gewalt vor der Polizei. Dieses Problem ist mehrschichtig und verändert sich über die Zeit hinweg. Bis Anfang der 90er Jahre hielt sich die Polizei aus „häuslichen

Streitigkeiten“ mehr oder weniger zurück, mit der Argumentation, sie könne auch aufgrund der Ausbildung wenig zur Lösung dieser Art von Problemen beitragen. Wie Steffen (2005) festhält, hat sich die Haltung seitdem grundlegend geändert, nicht zuletzt aufgrund der Ergebnisse kriminologischer Untersuchungen (Steffen 2005, S. 23). Zu vermuten ist, dass die geänderte Rechtslage ebenfalls einen Einflussfaktor bildete. Zunächst hatten Frauen ganz erhebliche Probleme, gegenüber meist männlichen Polizeibeamten glaubhaft machen zu können, dass sie Opfer von körperlicher Gewalt durch ihren Partner geworden seien: Das Verhalten wurde gesellschaftlich noch nicht in der Weise als Gewalt wahrgenommen, wie das heute der Fall ist. Zudem mag eine gewisse Geschlechtersolidarität zwischen Tätern und Polizeibeamten existiert haben. Diese (vermutete) Negativerfahrung führte bei den weiblichen Opfern häufig dazu, auf Anzeigen überhaupt fortan zu verzichten (Steffen 2005, S. 22). Inzwischen hat sich das Klima deutlich verändert. Nunmehr wird nur noch eine Frau als Opfer wahrgenommen, ein Mann dagegen kann qua Definition nur Täter, nicht aber originäres Opfer sein (Cizek et al 2001, S. 279). Die früher bestehende, beinahe stillschweigende Komplizenschaft mit dem männlichen Täter wurde ersetzt durch ein normatives Deutungsmuster, das die Rollenverteilungen apriorisch festlegt

Neben dem kognitiven Problem, sich aufgrund kultureller Deutungsmuster Gewalt anders als (überwiegend) männlich vorzustellen, darf darüber hinaus jedoch nicht vergessen werden, dass Männer im Falle häuslicher Gewalt zumindest auf Aggregatebene, also im Durchschnitt, ihren Opfern körperlich überlegen sind (in konkreten familialen Beziehungen muss das natürlich nicht der Fall sein) und von allen Familienmitgliedern am wenigsten dem Kindchenschema entsprechen, welches auf emotionaler Ebene Sympathie, Hilfs- und Fürsorgebereitschaft fordert und fördert. Es sind also durchaus auch rein psychologische, wenn nicht anthropologische Mechanismen dafür mitverantwortlich, dass einem Männer als Opfer häuslicher Gewalt nicht so leicht in den Sinn kommen. „Ein überragender Faktor, der die Untersuchung und Betrachtung von Gewalt unter Partnern und in Familien beeinflusst, ist die emotionsbehaftete Natur der Forschung und Praxis in diesem Bereich. Kaum ein anderes Untersuchungsfeld [...] ruft solch starke Gefühle und Reaktionen hervor wie die Kindesmisshandlung, der sexuelle Missbrauch von Kindern, Gewaltakte gegen Frauen, die Misshandlung älterer Menschen und Gewalt in vorehelichen Beziehungen“ (Gelles 2002, S. 1072). Dies ist zugleich auch ein Grund für die besondere Attraktivität dieses Forschungsgebietes (auch für Laien) und für die überdurchschnittliche Forschungsaktivität und -produktivität (gemessen an der Anzahl einschlägiger Publikationen) in diesem, relativ jungen Gegenstandsbe- reich sozialwissenschaftlicher Forschung. Doch obwohl zum Themenkomplex familialer bzw. häuslicher Gewalt inzwischen eine Fülle an empirischen Analysen

und Befunden vorliegt, ist – zumindest was den Beitrag der Soziologie betrifft – Gelles Einschätzung wohl eher zuzustimmen, „dass die theoretische Entwicklung auf diesem Gebiet bislang begrenzt ist“ (Gelles 2002, S. 1072). – Deshalb geht es in vorliegender Studie weniger darum, dem kaum noch überschaubaren Bestand an empirischen Arbeiten zu diesem Themenkomplex eine weitere Publikation über Qualität und Quantität familialer bzw. häuslicher Gewalt hinzuzufügen, sondern vielmehr um den Versuch einer theoriegeleiteten analytischen Durchdringung, um die unterschiedlichen, teils widersprüchlichen Ansätze und Befunde besser einschätzen und eventuell in ein übergeordnetes Modell integrieren sowie das Phänomen einer soziologischen Erklärung näher bringen zu können.

Interessanter Weise sind sozialwissenschaftliche Ansätze zur Erklärung häuslicher Gewalt bis in die Gegenwart hinein nicht selten den Topoi der verschiedenen gesellschaftlichen Gewaltdiskurse gefolgt. Bereits die Themenwahl scheint sich relativ stark nach zeitpolitischen Aspekten und modezyklischen Schwankungen zu richten (Nedelmann 1997; Cizek und Buchner 2001, S. 31). „Die Mainstreamgewaltforschung ist in ihrer Organisation, Problemsicht und gesellschaftspolitischen Grundhaltung stark von formal-politischen Entscheidungsstrukturen, wie etwa der ‚Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission)‘ oder anderen staatlichen Auftraggebern, beeinflusst“ (Nedelmann 1997, S. 60). Es haben sich unterschiedliche Forschungstraditionen herausgebildet, deren Anhänger bzw. Grundannahmen sich ähnlich wie die Moralunternehmer der gesellschaftlichen Gewaltdiskurse teils unversöhnlich gegenüberstehen. Im Hinblick auf häusliche Gewalt etwa lassen sich kriminal-, familien- und geschlechtersoziologischer Diskurs danach unterscheiden, welche Erklärungen überhaupt in Betracht gezogen und welche Methoden bevorzugt bzw. abgelehnt werden.

Auch international lassen sich Unterschiede feststellen, je nachdem wer im jeweiligen Land das Thema zuerst besetzt hat. In der amerikanischen Forschung hat die Tradition groß angelegter Bevölkerungsumfragen dazu geführt, dass bereits in den 1970er Jahren das Vorkommen von Gewalt in Familien mit standardisierten Instrumenten erfasst wurde. In familiensoziologischer Tradition wurde dabei familiäre Gewalt als eine Form der Konfliktbearbeitung gefasst und mit der sogenannten Conflict Tactics Scale (CTS) gemessen. Die Erforschung von Gewalt mit der ‚Conflict Tactics Scale‘ hat damit frühzeitig das Feld ‚besetzt‘. Untersucht wurde vorrangig, wie häufig bestimmte Formen familialer Gewalt vorkommen, die nach dem Grad ihres vermuteten Verletzungspotenzials in leichte und schwere Formen unterschieden wurden. Vor dem Hintergrund der Bemühungen von Aktivist*innen sowie Forschungsergebnissen, „based in many cases on samples drawn from [...] shelters (woman-victims) or court-mandated treatment groups (male-perpetrators), [which created] the notion [...] that spouse assault was exclusively male

perpetrated or that female intimate violence, to the extent that it existed at all, was defensive or inconsequential“ (Dutton und Nicholls 2005, S. 681), wurden Ergebnisse von Studien mit der CTS, die in etwa gleiche Gewaltraten zwischen Männern und Frauen fanden, mit Skepsis betrachtet (z. B. Dobash, Dobash, Wilson, & Daly, 1992; Jaffe, Lemon, & Poisson, 2003). „Dies war sicherlich ein Grund für die Schärfe des methodologischen Streits um die Brauchbarkeit des Erhebungsinstruments“ (Hagemann-White 2002, S. 141).

Die Ergebnisse der Studien von Straus/Gelles/Steinmetz widersprachen gängigen Vorstellungen, die den Mann sozialisatorisch bedingt als durchsetzungsfähig, risikobereit und aggressiv, die Frau dagegen als fürsorglich, sozial und angepasst wahrnehmen. Alle drei Autoren sahen sich nach Aussage von Gelles und Straus danach intensiven öffentlichen Anfeindungen ausgesetzt. Aber auch der Wissenschaftsbetrieb wendete sich gegen die „Häretiker“: „All three of us became ‚non persons‘ among domestic violence advocates. Invitations to conferences dwindled and dried up. [...] Librarians publicly stated, they would not order or shelve our books“ (Gelles 2001, S. 4). „The most extreme example was the experience of Susan Steinmetz. When she was at the University of Delaware and was being reviewed for promotion and tenure, there was an organized attempt to block her appointment through unsolicited letters to her department and the university president. They asserted that Steinmetz was not a suitable person to promote because her research showing high rates of women’s perpetration of PV [partner violence, the authors] was not believable. In short, they accused her of scientific fraud (Susan Steinmetz, personal communications during the years 1973 to 1988, when we collaborated in research and co-authored two books). An academic version that implies fraud is Pleck and colleagues (1978). Even more extreme, there was a bomb threat at a daughter’s wedding“ (Straus 2011, S. 344).

Der Ausschluss „unliebsamer“ Stimmen kann ebenfalls Wirklichkeiten bekräftigen. In seiner Rückschau auf die letzten 30 Jahre identifiziert Straus (2011, S. 339 ff.) sieben Methoden, um Belege zu Geschlechtersymmetrie in der Anwendung von Gewalt in intimen Beziehungen zu leugnen:

1. Conceal the evidence
2. Avoid obtaining evidence on female perpetration
3. Selective citation of research
4. State conclusions that contradict the data
5. Block publication of articles that report gender symmetry
6. Prevent funding of research to investigate female partner violence
7. Harass, threaten, or penalize researchers who publish evidence on gender symmetry

Dies macht deutlich, dass es bei der Auseinandersetzung weniger um die Frage nach einer validen Erfassung von Gewalt in der Familie bzw. Partnerschaft und damit um methodische Fragen, als vielmehr um weltanschauliche Positionen ging (und leider immer noch geht). Noch weiter reicht die Kritik von Linda Kelly: „For those interested in discrediting the assertion that men and women both act violently, a bolder move is to not only accept the female use of violence, but to defend it“ (Kelly 2003, S. 805).

In Deutschland hingegen gab es bislang nur wenig Forschung über Ausmaß und Wahrnehmung häuslicher Gewalt in der allgemeinen Bevölkerung und damit Versuche, auch jene Personen zu erreichen, die nicht durch offizielle Kriminalstatistiken oder das Aufsuchen familien- oder frauenpolitischer Hilfseinrichtungen bzw. staatlich geförderte Begleitforschung erfasst wurden.

„Erst im Zuge einer expliziten europäischen Politik, die seit etwa 1998 aktive Maßnahmen zum Abbau von Gewalt gegen Frauen zum Konsens der Europäischen Union erklärt, wird die Erhebung verlässlicher Prävalenzdaten in den einzelnen Ländern der EU als (öffentliche) Aufgabe verstanden“ (Hagemann-White 2002, S. 141). In der Regel wird dabei nach Handlungen gefragt, die vom Forscher als Gewalt bezeichnet und nach Schwere unterschieden werden. „Inwiefern die Befragten die Begebenheiten als Gewalt erleben oder aber als eine ‚normale‘ Aggressionsäußerung, wird i. d. R nicht erfasst [...], und nur begrenzt wird auf die Gegenseitigkeit solcher Aggressionsformen eingegangen“ (Hagemann-White 2002, S. 142). Darüber hinaus wurden in europäischen Studien meist ausschließlich Frauen befragt. „Erst zaghaft entsteht eine Diskussion über Männer als Opfer von Gewalt [...], die vielleicht geeignet wäre, das Männerbild in diesem Forschungsfeld zu differenzieren [...] In Deutschland scheint aber zwischen den Geschlechtern ein Dialog zum Thema von beiden Seiten blockiert oder nur schwerfällig voranzukommen. Die frauenzentrierte Literatur behandelt den übergreifenden oder gewalttätigen Mann oft als fremdartiges Wesen, das absichtsvoll eigene Bedürfnisse auf Kosten anderer befriedigt. Die allmählich wachsende Literatur aus männlicher Sicht setzt sich nur selten mit den deutschen feministischen Befunden und Erklärungsmodellen auseinander“ (Hagemann-White 2002, S. 145).

2.5 Methodische Effekte, geschlechtstypische Affekte und milieutypische Selektivitäten

Untersuchungen zum Thema Gewalt in der Familie werden in Hell- und Dunkelfeldstudien unterteilt. Letztere wiederum gliedern sich in Täter- (Self-Reports) und Opferbefragungen (Victim Surveys). Dunkelfeldstudien beschränken sich aber

nicht mehr nur auf die Aufhellung des Dunkelfeldes, sondern zielen auf die Gewinnung umfassender opferbezogener Erkenntnisse und/oder Erkenntnisse zur Lebenswelt von Tätern. „Der Erkenntnisgewinn von moderner Dunkelfeldforschung liegt deshalb nicht nur in der (lediglich beschränkt und begrenzt möglichen) Kontrastierung mit den Hellfelddaten, sondern in der Gewinnung von Informationen, die durch die Daten der amtlichen Kriminal- und Strafrechtspflegestatistiken weder gewonnen werden noch werden können“ (Heinz 2006, S. 245).

Um Selektionseffekte bei der polizeilichen Tataufklärung zu überwinden, wurden bereits in den 1950er Jahren in den USA Befragungen zur selbstberichteten Delinquenz (Täterbefragung) durchgeführt. Erst in den 1960er Jahren wurden Opferbefragungen entwickelt. Ziel dieser Studien war ursprünglich, ein Instrument zu schaffen, das unabhängig von den amtlichen Datensammlungen über die ‚Kriminalitätswirklichkeit‘ Aufschluss geben (manchen Autoren zufolge: diese Daten ersetzen) sollte“ (Heinz 2006, S. 243). „Aufgrund der Unzulänglichkeit der Kriminalstatistik und von Täter- und Dunkelfeldbefragungen im Hinblick auf umfassende Viktimisierungsdaten erscheint eine Ergänzung und Kontrolle durch Opferbefragungen geboten“ (Kiefl und Lamnek 1986, S. 38).

Die Berechtigung und Notwendigkeit viktimologischer Untersuchungen ergibt sich bereits aus dem Gebot, Verkürzungen und Einseitigkeit einer täterorientierten Perspektive zu vermeiden. Sowohl „Täterwerdung“ als auch die „Viktimisierung“ gelten als Bestandteil sozialer Interaktion (vgl. Lamnek 2008, S. 234). „Täter und Opfer [bilden] sich gegenseitig ergänzende Partner in der Interaktion“ (Schneider 1982, S. 35). Um ein möglichst realitätsgerechtes Bild der Situation und des Kontextes zu erhalten, sollten daher beide Perspektiven – die durchaus aufgrund unterschiedlicher Interpretationen divergieren können – Berücksichtigung finden. Bei Opferbefragungen geht es nun nicht darum, die Opfer zu beschuldigen, an der Entstehung der Gewalt eine Mitschuld zu tragen, sondern es geht um mögliche Mitverursachung und letztlich auch darum, angemessene Präventionsmaßnahmen zu entwickeln (Schneider 1982, S. 35). „Zum anderen lassen [sich mit Victim Surveys] auch der Prozess der Opferwerdung, seine Dynamik bei der Täter-Opfer-Beziehung sowie die materiellen, psychischen und sozialen Schäden nachvollziehen“ (Lamnek 2008, S. 244). Gerade Langzeitstudien zur Viktimisierung erlauben Rückschlüsse über Früh- und Spätfolgen der Gewalterfahrung (Geis 1982).

Jede der zur Verfügung stehenden Untersuchungsmethoden (neben Dunkelfeldbefragungen wären prinzipiell auch beispielsweise Beobachtungen denkbar, die aber aufgrund der Privatsphäre der Familie schwer zu realisieren sein dürften) bringt spezifische Probleme mit sich und keine ist hundertprozentig valide und reliabel. Das Hellfeld repräsentiert – eingeschränkt durch die Anzeigebereitschaft – nur einen Bruchteil der tatsächlichen Gewalt in Familien und, bedingt durch

die Bindung an die Strafverfolgung, auch nur einen spezifischen Ausschnitt aus dem Gewalthandeln. Auch Dunkelfeldstudien sind aufgrund unterschiedlicher Teilnahmebereitschaft bzw. –verweigerung selektiv. Laut Schneider (1987) – unter Bezugnahme auf Skogan (1977) – gibt es im Prinzip ein „doppeltes Dunkelfeld“: „Sowohl Täter als auch Opfer zeigen bei Befragungen die Tendenz, ihr Tätersein und ihre Opferwerdung nicht vollständig anzuführen. Das heißt: auch die Dunkelfeldforschung trägt nicht zur vollständigen Ausleuchtung des wirklichen Umfangs der Kriminalität bei“ (Lamnek 2008, S. 243). Prinzipielles Problem ist dadurch die Objektivität der erhaltenen Angaben. Gerade bei Gewalt in der Familie als sensibles Thema können belastende Gefühle bei den Befragten hervorgerufen werden, die wiederum Antwortverzerrungen nach sich ziehen (können). „Dem angesprochenen Opfer wird es häufig weniger um eine möglichst authentische Situationsbeschreibung als um die Auseinandersetzung und Aufarbeitung des Erlebten gehen, wobei vielfältige Rationalisierungen und Projektionen einfließen können. Die hervorgerufenen Emotionen hängen nicht allein mit der Straftat und ihrer unmittelbaren Reaktionen zusammen, sondern auch mit den nachfolgenden Prozessen der sekundären und tertiären Viktimisierung und können in Abhängigkeit von Persönlichkeits- und soziostrukturellen Merkmalen variieren“ (Kiefl und Lamnek 1986, S. 40). Mögliche Fehlerquellen ergeben sich aus der Tatsache, dass retrospektiv über unangenehme Ereignisse gefragt wird, die – bedingt durch die Funktionsweise des autobiographischen Gedächtnisses in Abhängigkeit vom Kontext der Erhebung oder auch sozialer Erwünschtheit – über- oder unterschätzt werden können. Durch selektive Wahrnehmung werden zum einen nicht alle Delikte vom Opfer/Täter tatsächlich wahrgenommen, durch selektives Erinnern werden weniger schwere Delikte leichter vergessen und selektives Berichten führt zum Verschweigen von erinnerten Ereignissen, aus Angst vor Bloßstellung oder auch negativen Sanktionen (vgl. Lamnek 2008, S. 242 f.). Um also ein umfassendes Bild von Gewalt in der Familie zu gewinnen, wäre Methodentriangulation (Sekundäranalysen, qualitative und quantitative Primärerhebungen) und Perspektiventriangulation (Einbezug mindestens der Opfer- und Tätersichtweise) notwendig und zwar am besten im Längsschnitt.

In der Bundesrepublik steht nach Schneider (1995) „kein geeignetes Datenmaterial zur Verfügung, auf dessen Grundlage Aussagen über die Entwicklung von Gewalt in der Familie gemacht werden können“ (Schneider 1995, S. 45). Dies gilt auch noch im Jahre 2012, gut 15 Jahre später. Vor allem hinsichtlich der Thematik häuslicher Gewalt von Frauen an Männern stellt sich der Forschungsstand in Deutschland und speziell in der deutschen Soziologie als dürftig dar, auch wenn in neuerer Zeit ein etwas erstarkendes Interesse zu verzeichnen ist (z. B. Döge 2011; Kapella et al. 2011; Jungnitz et al. 2007; Lenz 2006; Pfliegerl et al. 2001). In einer

der wenigen im deutschen Sprachraum publizierten soziologischen Arbeiten, die häusliche Gewalt gegen Männer explizit thematisiert, heißt es: „Wegen politischer Implikationen war und ist das Thema außerordentlich umstritten; es ist das einzige in seiner Existenz als ‚soziales Problem‘ wirklich bestrittene Thema aus dem Komplex ‚Gewalt in der Familie‘“ (Gemünden 1996, S. 10). Darüber hinaus wurde 2002 vom BMFSFJ eine Pilotstudie zu Gewalterfahrungen von Männern in Auftrag gegeben, die jedoch auf nur geringer Fallzahl basiert und an die sich bisher keine repräsentative Untersuchung angeschlossen hat (s. Kap. 4.5).

Langzeitstudien allgemein zu Gewalt in der Familie liegen für Deutschland bzw. für den deutschsprachigen Raum offensichtlich nicht vor – die Arbeiten von Frehsee und Bussmann (1994) bzw. Bussmann (1995, 1996, 2002, 2005) kommen dem vielleicht noch am nächsten (und zwar für den Bereich der Gewalt in der Erziehung. Diese Forschungslinie hat insofern einen Wertbezug, als damit das Interesse verbunden ist, etwas Wünschenswertes zu erreichen, nämlich die Reduzierung der Gewaltbelastung von Kindern und Jugendlichen in ihren Familien durch eine Verhaltensänderung der Erziehungsberechtigten bzw. Eltern.) Das in den letzten Jahren deutlich erstarkende Interesse der Politik an diesem Thema bzw. dieser Zielsetzung führte dann nach der Gesetzesänderung im Jahr 2000 (Verbot von Gewalt und entwürdigenden Maßnahmen in der Erziehung) zu einer wissenschaftlichen Auftragsforschung, bei der die Wirksamkeit des Gesetzes überprüft werden sollte (vgl. dazu die Broschüre „Gewaltfreie Erziehung“ von BMFSFJ und BMJ (2003)). In den USA werden regelmäßig Wiederholungsbefragungen zur Gewaltbelastung in Familien durchgeführt (National Family Violence Survey, National Crime Victimization Survey), in England und Schottland leisten regelmäßige „Crime Surveys“ diese Aufgabe. Obwohl auch für Deutschland übereinstimmend Längsschnittstudien zu Gewalt in der Familie gefordert werden, wurde bislang noch keine durchgeführt.

Darüber hinaus gibt es für Deutschland neben einer Querschnittsuntersuchung zum Thema Gewalt in der Familie aus dem Jahr 1986 (Habermehl 1999), die ihr Augenmerk auf beide Geschlechter gleichermaßen richtet, aber hinsichtlich ihrer Repräsentativität umstritten ist (Gemünden 1996, S. 113), nur einige wenige empirische Untersuchungen, die allerdings entweder die Geschlechter- oder aber die Gewaltproblematik hinsichtlich möglicher familialer Aggressionen lediglich ausschnitthaft oder am Rande streifen (so etwa Studien des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) oder des Deutschen Jugendinstituts (DJI), wobei die Studie von Wahl (1990) mit der von Habermehl noch am ehesten vergleichbar ist und aufgrund der Ergebnisse und Erklärungsmuster vor allem von frauenorientierten Wissenschaftlern und soziologischen Laien bevorzugt wird, oder die Sonderauswertung der Männerstudie von Döge (2011)).

Eine rühmliche Ausnahme innerhalb des deutschen Sprachraums stellt der Österreichische Gewaltbericht (Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen 2001) dar, in dem die Fülle an Material, das inzwischen zum Themenkomplex „Gewalt in der Familie“ vorliegt, zusammengetragen sowie umfassend und differenziert geschildert wird. Mit Einschränkungen bereits weniger zu empfehlen (aber keineswegs schlecht oder gar unbrauchbar) ist die Kurzfassung des Berichts (Kaselitz und Lercher 2002), weil sie zugunsten einer vor allem frauen-, aber auch kinderorientierten Praxis die Differenziertheit der Langfassung partiell aufhebt. 2011 wurde zudem eine Österreichische Prävalenzstudie zu Gewalt an Frauen und Männern veröffentlicht, die sich jedoch nicht ausschließlich mit häuslicher Gewalt befasst und hauptsächlich deskriptiv Gewalterfahrungen behandelt (Kapella et al. 2011). Vor allem auf das im Österreichischen Gewaltbericht aus 2001 zusammengetragene Material greifen wir an mehreren Stellen dieses Buches zurück.

Weitere, selbst erhobene Daten stammen, wie schon einleitend erwähnt, aus einer 2002 durchgeführten telefonischen Befragung von Familien mit Hilfe von CATI (Computer-Assisted-Telephone-Interview) (Lamnek und Luedtke 2003; Luedtke und Lamnek 2002; Luedtke 2003). Grundgesamtheit der Teilerhebung waren Familienhaushalte in Bayern mit Kindern im Alter von 14 bis 18 Jahren. (Die Stichprobe wurde aus einer Adressdatenbank einer Direkt-Marketing-Firma gezogen.) Untersuchungseinheit, also die zu befragenden Merkmalsträger, waren Männer und Frauen in der Rolle als Vater bzw. Mutter sowie als Partner bzw. Partnerin. Kinder wurden aus rechtlichen und ethischen Gründen nicht befragt. „Gewalt“ wurde relativ eng festgelegt: Partnergewalt wurde als Anwendung von illegitimen Zwang in Form leichter bzw. schwerer physischer Gewaltanwendung gegenüber dem Partner definiert. Die Definition der Eltern-Kind-Gewalt ist jener der Partnergewalt ähnlich, jedoch wurden des Weiteren der Einsatz von Verbotsstrafen wie das Einbehalten von Taschengeld oder das Einschließen in das Zimmer miteinbezogen. Der Begriff der „Familie“ wurde ebenfalls relativ eng gefasst, da sowohl Partnergewalt als auch Gewalt gegen Kinder erhoben werden sollten. So wurden ausschließlich Familien mit zweigeschlechtlichen Elternpaaren mit Kindern befragt. Dabei war es unabhängig, ob die Elternschaft biologisch oder sozial begründet war.

In der Feldphase vom 16.02.-10.03.2002 wurden 2.701 Rufnummern ausgewählt. Erreichen ließen sich 2.518 Fälle. Bei diesen erreichten Nummern kam es in 1.253 Fällen zu einem vollständigen Interview. Es gab 136 (qualitäts-)neutrale Ausfälle und 756 systematische Ausfälle, die in Zusammenhang mit dem Thema oder den sozialen Umständen wie Art der Berufstätigkeit, Geschlecht und Alter der zu befragenden Person stehen können. Die Untersuchung hat damit eine Ausschöpfungsquote von 62,4 %, die in Anbetracht des heiklen Themas durchaus hoch ist. Die Gesamtausfallquote von 37,6 % ist in die Quote der systematischen Ausfälle

Tab. 2.2 Übersicht über die Ausschöpfungs- und Ausfallquoten der eigenen Erhebung „Intrafamiliale Konflikte in der Gegenwartsgesellschaft“

	%
Ausschöpfungsquote	62,4
Gesamtausfallquote	37,6
Davon Verweigerungsquote	27,3
Quote der systematischen Ausfälle	10,4

und in die Verweigerungsquote aufzuteilen. Dabei lässt sich erkennen, dass sich drei Viertel der Gesamtausfallquote aus der Verweigerungsquote ergibt. Die Quote der systematischen Ausfälle liegt dagegen bei einem Viertel der Gesamtausfallquote (s. Tab. 2.2).

Die Geschlechterverteilung bei den durchgeführten Interviews war wie folgt: 40,3 % (498) der Befragten waren Männer und entsprechend 59,7 % (738) Frauen. Der weibliche Bevölkerungsanteil ist also überrepräsentiert. Inwieweit die Familienhaushalte für Deutschland repräsentativ sind, lässt sich aufgrund der Anlage unserer Untersuchung nicht sagen. Problemfamilien bzw. sozial unterprivilegierte Haushalte dürften aber, wie in Dunkelfeldstudien nicht unüblich (s. u.), unterrepräsentiert sein.

In einer weiteren, bereits angesprochenen, eigenen Erhebung wurde im Rahmen eines Lehrforschungsprojektes an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt der Frage nach männlichen Gewalterfahrungen in (heterosexuellen) Partnerschaften nachgegangen (Vogl 2009). In einer bayernweiten Befragung wurden im Jahr 2007 rund 1.000 zufällig ausgewählte Männer im Alter von 21 bis 70 Jahren zu Gewalterfahrungen in ihrer aktuellen bzw. in ihrer letzten Partnerschaft computergestützt telefonisch befragt. Mit dieser Opferbefragung wurde versucht, eine Lücke in den zur Verfügung stehenden empirischen Daten zu schließen. Durch Opferbefragungen können nicht nur Daten über das Dunkelfeld gewonnen werden, sondern sie gestatten „auch den Zugang zur Viktimisierung als Prozess und Ereignis der Opferwerdung, unmittelbar von den durch kriminelle Taten Geschädigten erfahren“ (Kiefl und Lamnek 1986, S. 38).

Auf Basis dieser Daten können und sollen keine Vergleiche von Gewalterfahrungen und Täterschaften von Männern und Frauen gemacht werden, vielmehr geht es um die Untersuchung von Viktimisierungsprozessen, die für weibliche Opfer von Gewalt in Partnerschaften deutlich besser untersucht sind als für männliche. Neben Fragen zu Prävalenz- und Inzidenzraten ging es vor allem um Hintergrundfaktoren, soziale Kontexte, Auswirkungen und Reaktionsweisen der Männer: Wie werden Männer zu Opfern und wie reagieren sie darauf? Wie ist die Beziehung

Tab. 2.3 Rücklaufstatistik zur Studie „Gewalt gegen Männer in Partnerschaften“

Brutto-Ausgangsstichprobe	3003	100,0 %
Nicht gewählte Nummern	68	
Verwendete Bruttostichprobe	2935	100,0 %
Out of frame, Nummernprobleme	146	5,0 %
Bereinigte Bruttostichprobe	2789	100,0 %
Nicht erreichbar	683	24,5 %
Nicht interviewbar	38	1,4 %
Verweigerungen	1062	38,1 %
Ausfälle gesamt	1783	63,9 %
Realisierte Interviews und Ausschöpfungsquote	1005	36,0 %

zwischen Täter und Opfer geartet? Können Typologien von Opfern und/oder Situationen konstruiert werden?

Gewalt wurde erfasst als physische (stoßen und schubsen; Ohrfeige, mit Messer oder Waffe bedrohen, mit Gegenstand schlagen), psychische (ignorieren, Vorwurf, ein schlechter Liebhaber zu sein, drohen zu verlassen), verbale Gewalt (beleidigen und beschimpfen, anschreien) und Gewalt gegen Gegenstände (absichtliches Zerstören des Eigentums des Mannes). Sie wird verstanden als eine Form von illegitimen Zwang, um sich gegenüber dem Partner durchzusetzen. Wie Straus (2007) verstehen wir Gewalt als eine Form von Konfliktlösungsverhalten, die eben Folge von Konflikten ist.

Die Stichprobe wurde nach drei Gemeindegrößenklassen – ländliches Gebiet, Mittelstadt und Großstadt – geschichtet. Aus den 20 zufällig ausgewählten bayerischen Verwaltungseinheiten wurde eine zufallsgenerierte Einwohnermeldeamtsstichprobe gezogen wurde. Über das Telefonbuch wurden – soweit möglich – die passenden Telefonnummern zu den erhaltenen Adressen recherchiert. Durchschnittlich gelang dies in 56 % der Fälle (mit einem Minimum von 40 % und einem Maximum von 83 %). Per Anschreiben wurde die Hälfte der Zielpersonen vorab über die beabsichtigte Befragung informiert und anschließend mit der Bitte angerufen, am Telefoninterview teilzunehmen. Bei der anderen Hälfte wurde ein sogenannter „Kaltkontakt“ hergestellt. Von den 3.003 ermittelten Telefonnummern gehörten 2.789 tatsächlich zu unserer Zielgruppe von Personen im entsprechenden Altersbereich und mit Partnerschaftserfahrung (siehe Tab. 2.3). 1.062 Personen davon verweigerten die Teilnahme (38,1 %), 1.005 nahmen tatsächlich am telefonischen Interview teil (36,0 %). Weitere 721 Fälle (25,9 %) waren nicht erreichbar oder interviewbar. Auch in diesem Fall ist unklar, ob Verweigerungsgründe oder eventuell auch Gründe für eine Nicht-Erreichbarkeit mit den im Rahmen der Studie zu untersuchenden Fragestellungen zu tun haben.

Durch eine höhere Ausschöpfungsquote in den ländlichen Regionen (in der Ausgangsstichprobe machten diese Regionen einen Anteil von 31 % aus, in der realisierten Stichprobe 42 %) ist davon auszugehen, dass die ländliche Bevölkerung über- und die Großstädter leicht unterrepräsentiert sind. Da aber ohnehin disproportional geschichtet wurde und in den Auswertungen der Schwerpunkt auf dem Vergleich von sozialen Gruppen liegt, sollte dieser Effekt keine Probleme hinsichtlich der Aussagekraft der Daten verursachen, zumal eine Varianzanalyse keine signifikanten Unterschiede in der Gewaltbelastung in den Gemeindegrößenklassen erkennen lies.

Bei telefonischen Befragungen ist eine durchschnittliche Verweigerungsquote von 24–28 % zu erwarten (Schnell et al. 1999). Bei unseren Untersuchungen darf angesichts des doch sehr heiklen Themas dennoch von einer üblichen Verweigerungsquote gesprochen werden. Allerdings ist nicht abzuschätzen, inwieweit die Verweigerungen im Zusammenhang mit dem Untersuchungsthema gesehen werden müssen.

Im internationalen Vergleich hinkt Deutschland, was repräsentative Bevölkerungsumfragen zu häuslicher Gewalt betrifft, um über zwanzig Jahre hinterher. Denn bereits Mitte der siebziger Jahre wurde in den USA eine erste Dunkelfelduntersuchung über das Ausmaß familialer Gewalt, der „First National Family Violence Survey“, durchgeführt. Wenige Jahre später wurden die Ergebnisse unter dem Titel „Behind Closed Doors“ veröffentlicht (Straus et al. 1980). Damals wurde festgestellt, dass ebenso viele Frauen ihre Männer schlugen wie umgekehrt und dass am häufigsten beide Partner gegenseitig Gewalt anwendeten, wobei die Verletzungsgefahr für Frauen allerdings überwog (Gelles und Straus 1986, 1988; Straus et.al. 2006; vgl. Schneider 1995, S. 44). Diese Ergebnisse befeuerten die Diskussion um Geschlechtersymmetrie bei der Anwendung von Partnergewalt. Folgestudien und Erhebungen in anderen Ländern führten zu ähnlichen Befunden.

Mittlerweile gibt es weltweit zahlreiche Studien und Forschungsberichte, die darauf hindeuten, dass Frauen in ihren familialen (nicht in ihren außerfamilialen) Beziehungen ähnlich gewalttätig wie ihre Ehemänner oder Partner sind, und darüber hinaus detailliertere Daten zu der Gewalttätigkeit von Frauen liefern. Gemäß diesen Studien, aber in teils krassem Widerspruch zu den Befunden feministisch orientierter Gewaltforschung (Dobash und Dobash 2002), sind es oft Frauen, die Vorfälle ehelicher Gewalt beginnen (sie schlagen zuerst), und sie seien auch diejenigen, die häufiger schlagen; außerdem gebrauchten sie häufiger „Waffen“ als Männer (was allerdings umstritten ist). Nach Gemünden (2003) machen Frauen etwas häufiger als Männer von Gewaltmitteln Gebrauch, die sich auf Distanz einsetzen lassen, „was die gemeinhin angenommene durchschnittliche körperliche Unterlegenheit der Frauen tendenziell ausgleicht“ (Gemünden 2003, S. 338).

Frauen begingen die meisten Kindsmorde und 64 % ihrer Opfer seien Jungen (Sewell und Sewell 1999). Überhaupt sei festzustellen, dass vor allem Kinder, aber auch Senioren Opfer häuslicher Gewalt werden, die Täter aber keineswegs mehrheitlich Männer sind. „Das Argument, Frauen seien auch mit der Erziehung häufiger befasst, mag ebenso richtig sein wie der Umstand, dass oft Überforderung der Grund für Kindesmisshandlung ist. Nur ändert sich dadurch an den Fakten und am Interventionsbedarf nichts“ (Bock 2001a, S. 9 f.). Gleiches gelte in Bezug auf die Gewalt an alten und pflegebedürftigen Menschen, wenn es für Gewalt in der Familie per se keine Entschuldigung geben darf (Bock 2001a, S. 10).

Inzwischen liegen sekundäranalytische Studien vor, die Untersuchungen zu häuslicher Gewalt methodisch hinterfragen, kritisch durchleuchten und die Ergebnisse als Gesamtbefund wie folgt zusammenfassen (Archer 2000; Bock 2001a; Schwithal 2004; Straus 2011):

- Aggressives Verhalten legen Frauen und Männer innerhalb von Ehe und Familie in etwa gleich häufig an den Tag. Frauen gebrauchen weniger schwere genauso wie schwere Gewaltformen in vergleichbarem Maße wie Männer und Männer wenden ebenso psychische Gewalt an wie Frauen. „Männer und Frauen weisen bei physischer wie psychischer Gewalt vergleichbare Raten auf. In Bezug auf sexuelle Gewaltformen werden Frauen in stärkerem Maße viktimisiert“ (Schwithal 2004, S. 309).
- Hinsichtlich wahrgenommener Verletzungen aufgrund häuslicher Gewalt gibt es ein (leichtes) Übergewicht bei Frauen. Gewalt von Männern verursacht mehr Tote und mehr Angst (Straus 2010, S. 336). „Im Hinblick auf die psychologischen Folgen von Gewalthandlungen ähneln sich die Erfahrungen von Männern und Frauen, sowohl im Ausmaß, als auch der Art der psychologischen Beschwerden“ (Schwithal 2004, S. 310).
- In den meisten Fällen wird Gewalt von beiden Partnern wechselseitig ausgeübt (Bock 2001a, S. 6).

In methodischer Hinsicht wurde vor allem das „Standard“-Messinstrument – die von Straus und Mitarbeitern 1972 entwickelten Conflict Tactics Scale (CTS), die Mitte der 90er Jahre erweitert und überarbeitet wurden (CTS2) –, mit der die meisten dieser Studien operierten und die auch in Deutschland, etwa in Studien des KFN (s. Abb. 2.3) verwendet wurde, in Frage gestellt. Straus et al. halten dazu allerdings fest, dass selbst die Kritiker meist nur geringfügig modifizierte Skalen einsetzten; z. T. sei, wie in einer kanadischen Untersuchung, die größte Form der Veränderung gewesen, Gewalt von Frauen nicht mehr zu erheben (Straus et al. 1996, S. 285).

Familien- oder Haushaltsmitglieder haben bei Streit oder Auseinandersetzung ...		
Subskala "physische Gewalt" insgesamt	- mit einem Gegenstand nach mir geworfen	Subskala "schwere physische Gewalt"
	- mich hart angepackt oder gestoßen	
	- mir eine runtergehauen	
	- mich mit der Faust geschlagen, getreten oder gebissen	
	- mich mit einem Gegenstand geschlagen oder zu schlagen versucht	
	- mich geprügelt, zusammengeschlagen	
	- mich gewürgt	
	- mir absichtlich Verbrennungen oder Verbrühungen beigelegt.	
	- mich mit einer Waffe, z. B. einem Messer oder einer Schußwaffe bedroht	
	- eine Waffe, z. B. ein Messer oder eine Schußwaffe gegen mich eingesetzt	

Abb. 2.3 Die Konflikttaktikskala des KFN. (Quelle: Bock 2001, S. 7)

Straus legte bei der Entwicklung der Conflict Tactics Scale folgende Annahme zu Grunde: „A conflict is an inevitable and valuable aspect of all human association because conflict is part of the process by which inequities and problems are corrected. What is harmful is not the conflict itself, but use of coercion, including force and violence, as a tactic for resolving conflicts” (Straus 2007, S. 190). Konflikte gehören zu den mehr oder minder alltäglichen sozialen Interaktionen in allen menschlichen Verbänden, also auch in der Familie. Er ging dabei von der Frage aus, wie deren Mitglieder unausweichlich ausbrechende Konflikte lösen. Basierend auf der Überlegung, dass es ohne vorausgehenden Konflikt nicht zu Gewalt kommt, entwickelte Straus eine Liste von Konfliktlösungstechniken, die drei (bildungsbürgerlichen) Kategorien zugeordnet wurden (Pflegerl und Cizek 2001b, S. 59 f.):

1. „Vernünftiges Konfliktlösen, welches die Items wie ruhige Diskussion über den Sachverhalt oder Einholen von Information, um den eigenen oder anderen Standpunkt abzusichern, umfasst.
2. Verbal-aggressives Verhalten: Dazu zählen Items wie beleidigen oder fluchen, schmollen, den anderen kränken bis hin zu Schläge androhen, etwas werfen, zerschlagen oder auf einen Gegenstand einschlagen.
3. Physische Gewalt: Die zu dieser Kategorie zählenden Items reichen von etwas gezielt nach dem Anderen werfen bis hin zur Drohung mit einem Messer oder einer Schusswaffe bzw. Benutzung dieser Gegenstände“ (Pflegerl und Cizek 2001b, S. 60).

Erfasst werden Aussagen über beide Partner, weil aus konflikttheoretischer Sicht davon ausgegangen wird, dass die Reaktionen nicht unabhängig voneinander sind. In der CTS werden schwere (z. B. Treten, Zusammenschlagen, Verbrennungen zufügen), und leichte Formen körperlicher Gewalt (z. B. Wegschubsen, mit der flachen Hand schlagen, mit Gegenständen nach dem Partner werfen, die Verletzungen verursachen können) erfasst. Diese Einteilung basiert auf dem unterstellten Schaden, der aus der Handlung resultieren kann (Straus 2007, S. 191). Dabei geht es nicht um die Interpretation bzw. Perzeption eines Verhaltens, sondern um das Verhalten an sich (Straus 2007, S. 191). Weitere Unterskalen sind: die emotionale und kognitive Konfliktbearbeitung und psychische Gewalt. Die CTS2 umfasst neben Skalen zur Messung von Viktimisierung, Gewaltausübung sowie der drei Konfliktlösungsstrategien („physical assault“, „psychological aggression“, and „negotiation“) auch Items zu sexuellem Zwang und Verletzungsfolgen von und gegen einen Partner (Straus 2007, S. 190).

Diese Erhebungstechnik blieb nicht unumstritten. „Kritiker wiesen darauf hin, dass familiäre Gewalt nicht nur auf innerfamiliäre Konfliktsituationen zurückzuführen ist, sondern auch außerfamiliäre Ursachen haben kann. Bemängelt wurde weiter, dass der Kontext von Gewalt völlig unbeachtet bleibt. So fehlen konkret etwa Fragen nach der von den Beteiligten den Ereignissen beigemessenen subjektiven Bedeutung, die Verletzungsfolgen und die von den Beteiligten gezogenen Konsequenzen“ (Pflegerl und Cizek 2001b, S. 60). Außerdem „erhält eine Gewalthandlung in Selbstverteidigung die gleiche Bedeutung auf der Messskala wie ein Angriff, der auf die Verletzung des Gegenübers zielt. Gewalthandlungen werden somit grundsätzlich als gleichwertig und damit beide Beteiligte an der Gewaltsituation als gleich motiviert und gleich stark angesehen. Diese Methodik ist nicht geeignet, Unterdrückungsverhältnisse und systematische Misshandlung bzw. Misshandlung im Kontext von Abhängigkeit zu erfassen (Gelles und Straus 1999)“ (Kavemann 2002, S. 4 f.).

Die Gefahr von Konzepten, die zur Beschreibung familialer Wirklichkeit auf Gewaltskalen zurückgreifen, bestehe darin, die subjektiven Bedeutungen der Betroffenen zu übersehen (Pflegerl und Cizek 2001a, S. 42 f.). Das betrifft nicht nur die potenziell unterschiedlichen Sichtweisen von Tätern und Opfern. Vielmehr wird von Dritten nicht selten als Aggressions- und Gewaltausprägung ein Verhalten genommen, das die jeweils Betroffenen nicht als Gewalt bezeichnen würden. So konnte gezeigt werden, dass Verhaltensweisen, die aus der Beobachterperspektive des Wissenschaftlers als Aggressivität definiert wurden, von den Betroffenen bisweilen sogar als prosoziales Verhalten verstanden wurden (Dollase und Ulbrich-Herrmann 2002, S. 1506). „Harmlose Operationalisierungen zum Begriff Gewalt (etwa ‚Hast du schon mal andere Mitschüler beleidigt?‘) verführen schnell zu einer

irreführenden Befundlage, dass z. B. das Ausmaß der Gewalt hoch oder gestiegen sei“ (Dollase und Ulbrich-Herrmann 2002, S. 1509). Zudem werden Verhaltenssequenzen innerhalb des Konflikts nicht berücksichtigt. Wenn man weiß, dass ein bestimmtes Verhalten vorkam, weiß man noch nichts über die genaue Art oder die Folgen (Dobash und Dobash 2004, S. 329). Das Initiieren der Gewalt, die Motive, der Kontext, die Reaktionen und erlittene Verletzungen bleiben im Dunklen (Gemünden 2003, S. 336).

In der österreichischen Prävalenzstudie wurde versucht, dieses Problem methodisch zu fassen. Die Frage nach der Gewalthandlung wurde von der Bewertung dieser Handlung entkoppelt „(z. B. wurde die Aussage „Ich wurde so angebrüllt, dass mir dies Angst machte“ getrennt in „wurde angebrüllt“ und die daran anschließende Zusatzfrage, ob dies bedrohlich gewesen sei). Dies ermöglicht erstmals, geschlechtsspezifische Unterschiede in der individuell wahrgenommenen Bedrohlichkeit und Schwere einzelner Handlungen gleichzeitig zu erfassen“ (Kapella et al. 2011, S. 54).

Straus (2007) selbst sieht die Grenzen der CTS in der beschränkten Anzahl an Gewalthandlungen, die erfasst werden, sowie der Beschränkung der erfragten Gewalthandlungen auf die aktuelle Partnerschaft oder die aktuelle Betreuungsperson (Straus 2007, S. 194). Als hauptsächliche Gefahr für die Validität der CTS bezeichnet Straus „[the] failure to report violent behaviors that actually occurred“ (Straus 2007, S. 193). Der Grad der Übereinstimmung zwischen den Angaben verschiedener Beteiligter ist daher ein wichtiges Mittel zur Validierung. „A number of studies have investigated the degree of agreement between partners in a relationship, and between data provided by parents about violence to a child and data provided by the child. A meta-analysis of agreement between partners summarizing results from nineteen samples which obtained CTS data from both partners and forty-three samples which obtained data on both partners from just one of the partners found correlations that averaged about .50 (Archer 1999)“ (Straus 2007, S. 193).

Andere Einwände gegen dieses Instrument (CTS) – wie beispielsweise auch die systematische Verzerrung zu Lasten der weiblichen Täter (Gemünden 2003, S. 336) –, dessen „unbestrittene Stärke“ darin besteht, dass es (Berichte über) Verhaltensweisen misst, „also das, was sich in Partnerschaften tatsächlich abspielt“ (Bock 2001a, S. 9), konnten weithin entkräftet werden, zumal Studien, die sich anderer Messinstrumente bedienten, zu gleichen oder den Einwänden widersprechenden Resultaten führten, etwa demjenigen, dass Frauen auf die in den Skalen enthaltenen Verhaltensweisen lediglich aus Selbstverteidigungsgründen („Notwehr“) zurückgriffen. Allerdings berücksichtigen weder CTS noch CTS 2 (mittels der im Unterschied zu ersteren zusätzlich das Ausmaß hervorgerufener Verletzungen bestimmt werden kann) nicht den Kontext der psychischen, sozialen und ökonomischen Lage (Bock 2001a, S. 8).

Die o. g. sekundäranalytischen Befunde konnten jedenfalls nicht widerlegt werden. Dennoch wurden sie in der theoretischen Diskussion bislang kaum aufgegriffen und blieben in der politischen Praxis weitgehend unberücksichtigt. Die Überbringer der sozial unerwünschten Nachricht von der teilweisen Geschlechtsneutralität („Geschlechtslosigkeit“) häuslicher Gewalt indes wurden ausgegrenzt, diffamiert und bedroht (Straus 2011; Gelles 2001; Hoffmann 2000). „Die Befunde, die im wesentlichen eine Gleichverteilung der Gewalt zwischen Frauen und Männern ergaben, waren von Anfang an heftiger Kritik ausgesetzt, weil sie gängigen Stereotypen widersprachen und eine Politik in Frage stellten, die häusliche Gewalt nicht als ein Problem beider Geschlechter, sondern nur als eines von Männern ansah“ (Bock 2001a, S. 7). (Allerdings darf selbst dann, wenn beide Geschlechter häusliche Gewalt in etwa gleichem Ausmaß zeigen, noch lange nicht auf dieselben Ursachen, Deutungsweisen und Bewältigungspotenziale bzw. -praktiken geschlossen werden.)

In ihrem Artikel „The Battered Husband Syndrome“ z. B., der heftige Debatten auslöste, veröffentlichte die amerikanische Soziologin Steinmetz 1977/1978 die Ergebnisse mehrerer Studien, die zeigten, dass der prozentuale Anteil der Ehefrauen, die physische Gewalt ausübten, sogar größer war als der der Männer, obwohl Männer etwas häufiger schwere Verletzungen verursachten. Laut Steinmetz' Analysen war die Wahrscheinlichkeit der Ausübung physischer Gewalt bei Männern und bei Frauen gleich, ihre Begründungen für die Tat ebenfalls ähnlich (Steinmetz 1977/1978). Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung von Steinmetz' erstem Artikel war es nun aber gerade gelungen, die Problematik der häuslichen Gewalt gegen Frauen ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu heben. Viele Beschützer der Frauenrechte fühlten sich durch die Aufmerksamkeit, die plötzlich (auch) gewaltförmigen Männererfahrungen gelten sollte, bedroht und sahen ihre Hoffnungen auf Finanzierung und Unterstützung von Frauenhäusern schwinden. Das Thema „Gewalt gegen Männer“ wurde nicht als Teilaspekt der größeren gesellschaftlichen Problematik der Gewalt in Partnerschaften oder Gewalt in der Familie allgemein angesehen, sondern als Gefährdung der mühsam erreichten Monopolposition „Frauen = Opfer“. „Although all types of family violence elicit negative reactions, husband battering is perhaps the most emotionally charged. A primary concern is that a focus on husband battering may eclipse the problem of wife battering and divert attention and resources from what many consider to be the more significant problem“ (Mignon 1998, S. 137). Plötzlich galt die Forderung nicht mehr wissenschaftlich durchgeführten Studien, sondern „politisch korrekten“ und damit auch pseudowissenschaftlichen Aussagen.

Diese (gesellschaftlichen) Reaktionen machen deutlich, weshalb das Thema häuslicher Gewalt nicht ausschließlich sozialpsychologisch bzw. mikrosoziologisch,

d. h. auf Partner- bzw. Familienebene angegangen werden kann, sondern im soziokulturellen Kontext betrachtet werden muss. Neben dem konkreten Verhalten der direkt beteiligten Akteure müssen „die gesamte Struktur der Familie, ihre Verflechtung mit dem sozialen Umfeld, ihre Lebensbedingungen und die Normen und Einstellungen der Gesellschaft als notwendige und einflussreiche Rahmenbedingungen der gewalttätigen Eskalation berücksichtigt werden“ (Schneider 1995, S. 46). Und zu diesen einflussreichen Bedingungen gehören auch der gesellschaftspolitische Kontext, die sozialen Konstruktionen von Geschlechtlichkeit sowie die damit einher gehenden Formen und Ausmaße der (tradierten bzw. habitualisierten) Vergeschlechtlichung von Gewalt, die, im Rahmen des Sozialisations- bzw. Enkulturationsprozesses vermittelt, Tätern, Opfern und Dritten Argumente für und gegen Gewalt liefern, je nachdem, ob sie von Männern/Jungen oder Frauen/Mädchen ausgeht bzw. diesen oder jenen widerfährt. Es handelt sich hierbei nicht um Geschlechtsrollenerwartungen, die ebenfalls zu berücksichtigen sind, sondern um (sub-/teil-)kulturell stabile, wenn auch inter- sowie intrakulturell über die Zeit variable Zuschreibungen von gewaltrelevanten Eigenschaften und Verhaltensdispositionen aufgrund der Zugehörigkeit zu einem mehr oder minder eindeutig bestimmbar biologischen Geschlecht. „Die biologisch angelegten Unterschiede werden sozial interpretiert und überformt, so dass es für einen jungen Mann oder eine junge Frau gar nicht mehr möglich ist, zwischen den eigenen Anlagen und Merkmalen und den oft sehr festgefügt, stereotypen Erwartungen der Umwelt an die eigenen Merkmale und Verhaltensweisen zu unterscheiden“ (Hurrelmann 1998, S. 258).

- Mit Geschlechterstereotyp ist diese soziokulturell vermittelte Art kognitiver Erwartung (quasi-)natürlicher, d. h. im Laufe soziobiologischer und/oder soziokultureller Evolution entstandener Unterschiede gemeint, hier also der differenziellen Anfälligkeit für Gewalt, d. h. „typischerweise“ eher Täter oder Opfer zu sein, etwa wegen des unterschiedlichen „genetisch oder hormonell bedingten Aggressionstriebes“ oder „gewachsener patriarchalischer versus matriarchalischer Strukturen“.
- Mit Geschlechtsrollenstereotypen hingegen werden relativ homogene und stabile, (sub-/teil-)kulturell definierte und vermittelte normative Geschlechtsrollenerwartungen bezeichnet, die mit dem jeweiligen Geschlechterstereotyp übereinstimmen können, aber nicht müssen. Gewaltrelevante Eigenschaften oder Verhaltensweisen werden als dem Geschlechtsträger angemessen oder unangemessen definiert. Je nach sozialer Situation oder Position wird von den Geschlechtsangehörigen erwartet, entweder eher aktive oder passive, initiativ oder reaktiv, aggressive oder defensive, tatkräftige oder erdulende Rollen

im Gewaltdrama zu spielen („Der Indianer kennt keinen Schmerz“, „Mädchen schlägt man nicht“).

Dass Geschlechtsrollenstereotype nicht mit Geschlechterstereotypen übereinstimmen müssen, ist u. a. Voraussetzung für den Glauben, dass Männer und Frauen trotz eventueller Defizite ihres biologischen Geschlechts hinsichtlich der Anfälligkeit für Gewalt (im doppelten Wortsinn) sich zumindest langfristig umerziehen lassen. Und diese Hoffnung ist in auf Gleichstellung bedachten westlichen Kulturen weitgehend vorhanden. Nur so lassen sich gesellschaftspolitische Anstrengungen in diese Richtung erklären.

Dennoch sitzen diese Stereotype tief und führen zu selektiver Wahrnehmung mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz widersprechenden Folgen. Stereotypgerecht erlangen beispielsweise die Ergebnisse klinischer oder Kriminalitätsstatistiken (Hellfeldberichte) eine größere Aufmerksamkeit und Plausibilität als nicht selektive, mithin repräsentative Dunkelfeldstudien. In Hellfeldstudien werden regelmäßig deutlich höhere Quoten für Männer als Täter und Frauen als Opfer häuslicher Gewalt berichtet. Der Grund für die unterschiedlichen Befunde liegt darin, dass Hellfeldstudien lediglich jene Fälle wiedergeben, in denen tatsächliche oder angebliche Gewalterfahrungen bei Strafverfolgungsbehörden oder Ärzten, in Krankenhäusern oder karitativen Einrichtungen öffentlich gemacht wurden. Kaufman, Kantor und Straus (1990) fanden heraus, dass 93 % der häuslichen Gewalt nicht der Polizei gemeldet wurden. Makepeace (1981) sowie Gelles und Straus (1988) kamen zu einem vergleichbaren Ergebnis. „Dies lässt sich u. a. dadurch erklären, dass es sich bei diesen Vorfällen um Ereignisse handelt, die den sehr intimen und privaten Bereich der Partnerschaft und Familie betreffen und nicht jeder gewillt ist, etwaige Probleme und Konflikte, die in dieses Beziehungsgeflecht fallen, Außenstehenden [...] zu berichten“ (Schwithal 2004, S. 234). In vielen Fällen sind es weniger die offiziellen Institutionen wie z. B. die Polizei, als vielmehr Freunde und Verwandte, denen sich Betroffene anvertrauen.

Die Unterschiede in den geschlechtsspezifischen Quoten häuslicher Gewalt, die zwischen Hell- und Dunkelfeldstudien bestehen, erklären sich nach Bock „vor allem dadurch, daß a) Frauen und Männer aufgrund von Rollenverständnissen objektiv gleiches Verhalten unterschiedlich wahrnehmen und bewerten, und daß b) das ‚outing‘ für Frauen in jeder Hinsicht ein Gewinn ist, für Männer hingegen eine Katastrophe. Man glaubt ihnen nicht, sie werden ausgelacht, bei ‚Experten‘ beiderlei Geschlechts und vor Gericht, weil [...] die objektiv unzutreffende Vorstellung verbreitet ist, häusliche Gewalt sei männliche Gewalt. Männer fürchten diese Art der sekundären Viktimisierung und den Verlust einer achtbaren männlichen Identität vor sich selbst und ihren Bezugspersonen. Für Frauen hingegen gibt es eine

sozial anerkannte Opferrolle. Durch das ‚outing‘ können Sie ihre materielle, psychische, soziale und rechtliche Lage verbessern und deshalb wählen sie den Weg in die Öffentlichkeit, zu den ‚Experten‘ und zu den Gerichten“ (Bock 2001a, S. 6 f.).

Die geschlechtsstereotype Kriminalisierung und Viktimisierung im Rahmen von Hellfeldstudien (beruhend beispielsweise auf klinischen und Kriminalstatistiken) im Unterschied zu Dunkelfeldstudien (basierend etwa auf CTS-Erhebungen) dürfte bereits einen Teil der Ungereimtheiten in den Befunden zu häuslicher Gewalt erklären. So ist die Datenlage zu Geschlechtsunterschieden bei physischer Partnergewalt nach Krahé (2003) nicht eindeutig, was unseres Erachtens an der mangelhaften Berücksichtigung des Unterschieds zwischen Hell- und Dunkelfeldstudien einerseits und geschlechtsstereotypen Wahrnehmungsverzerrungen andererseits liegen könnte: Bei strafrechtlich definierten Formen von Partnergewalt überwogen Männer als Täter (Hellfeld? Geschlechtsstereotype Kriminalisierung?). Bei einer Gesamtbetrachtung über ein breites Spektrum von Erscheinungsformen zeige sich eine leicht erhöhte Prävalenz für Frauen (Dunkelfeld? Geschlechtsneutrale Erfassung?). Bei schweren Formen der Partnergewalt überwogen männliche Täter. Frauen erlitten eher Verletzungen durch Partnergewalt als Männer (Hellfeld? Geschlechtsstereotype Viktimisierung?) (Krahé 2003).

Das Anzeigeverhalten jedenfalls, als Basis der Kriminalisierung, scheint tatsächlich geschlechtstypisch zu variieren. „McLeod (1984) [...] fand heraus, dass bei den von Frauen angezeigten Fällen nur rund ein Viertel schwere Fälle (aggravated assault) waren, während es von Männern angezeigten Fällen 86 % waren [...] Männer [...] erstatten nur dann eine Anzeige, wenn sie während des Angriffs durch ihre Partnerin um ihr Leben fürchten mussten oder schwer verletzt wurden“ (Gemünden 2003, S. 348). Allgemein scheinen Gewaltopfer, wenn der Täter ein Mann war, seltener auf die Erstattung einer Anzeige zu verzichten als bei weiblichen Tätern. „Allerdings gilt dies nur dann [...] wenn das Opfer eine Frau ist. Ist das Opfer eine Frau, ist für einen männlichen Täter die Wahrscheinlichkeit, angezeigt zu werden, gegenüber weiblichen Tätern um annähernd das Dreifache erhöht. [...] Männern, als Vertreter des vermeintlich ‚starken‘ Geschlechts, bereitet es offensichtlich Probleme, sich als Opfer von Personen des ‚schwachen‘ Geschlechts zu begreifen. Vor diesem Hintergrund – so lässt sich schließen – interpretieren sie die gegen sie gerichteten Aktionen der Frauen seltener als Straftaten. Wenn sie sie aber als solche definieren, reagieren sie in besonderem Maße resolut und bringen dann ein entsprechendes Verhalten auch überproportional häufig zur Anzeige“ (Mansel 2003, S. 391).

Damit ist das durch Kriminalstatistiken entworfene Bild von Gewalt in der Familie in vielfacher Hinsicht fehlerhaft. „Zum einen wird das Phänomen als solches nicht thematisiert und zum anderen wird das wahre Ausmaß mehr verhüllt denn aufgedeckt [...] aber nach mehr als dreißig Jahren Familiengewaltforschung ist

man sich heute sicher: Das Risiko Opfer einer Gewalttat zu werden, ist innerhalb des sozialen Nahraums mit Abstand am höchsten. Von niemandem sonst werden Kinder, Frauen und Männer so oft geschlagen wie von ihren nächsten Angehörigen (vgl. Habermehl 2002, S. 419)“ (Bussmann 2007, S. 640) Außerdem sei mittels Dunkelfeldstudien festzustellen, dass sich de facto Frauen in Intimpartnerschaften ähnlich gewalttätig wie Männer verhalten. „In der häuslichen Sphäre stehen Frauen den Männern bezüglich (körperlicher) Gewalt in nichts nach, im Gegensatz zu ihrem außerhäuslichen Verhalten“ (Gemünden 2003, S. 342, 351).

Geschlechtstypische Tendenzen hinsichtlich der Reaktion auf Gewalt, die übrigens nicht nur Einfluss auf Hellfeld-, sondern auch auf Dunkelfeldzahlen haben, wenn geschlechtstypische Wahrnehmungsweisen nicht kontrolliert werden, werden in Studien über Kriminalitätsfurcht „in der Regel auf die größere physische und vor dem Hintergrund einer traditionellen weiblichen Rollensozialisation auch auf die größere psychische Verletzbarkeit von Frauen zurückgeführt“ (Boers 2002, S. 1406). Auch stimmt Bock's These (s. o.) mit geschlechtersoziologischen Befunden überein, nach denen in unserem Kulturkreis Frauen im Unterschied zu Männern tendenziell wenig zu verlieren und relativ viel zu gewinnen haben, wenn sie in aller Öffentlichkeit Angst zugeben, Risiken meiden wollen, um Hilfe bitten und diese schließlich auch annehmen. Gleiches Verhalten von Männern hingegen gilt, zumindest den traditionellen Geschlechtsrollenerwartungen gemäß, als „unmännlich“ (vgl. Goffman 1994). Und in diesem Zusammenhang lässt sich vermuten, „dass eine Kultur, in der Männer nicht als Opfer erscheinen dürfen, die Neigung zur Täterschaft vergrößert“ (Hagemann-White 2002, S. 145), womit zugleich ein kultursoziologischer Erklärungsansatz dafür vorläge, weshalb Gewalt zumindest außerhalb der eigenen vier Wände von Männern demonstriert wird, aber nicht notwendig innerhalb der Privatsphäre von Partnerschaft oder Familie überwiegend von männlichen Personen ausgeht.

Darüber hinaus tendieren Frauen dazu, die gleichen Handlungen eher als Gewalt zu bezeichnen bzw. für gewaltsam zu halten als Männer, wobei nicht klar ist, ob die Geschlechter im Sozialisationsprozess unterschiedliche Gewaltbegriffe oder Frauen hinsichtlich gewaltförmiger Phänomene eine höhere Sensibilität erlernen bzw. entwickeln – oder beides (Kepplinger 2002, S. 1425). Das führt dazu, dass laut Szinovacz (1983) Frauen eher Viktimisierung aber auch eigene Gewalthandlungen gegenüber dem Partner anerkennen. Frauen beschreiben ihre eigene Täterschaft oftmals sensibler und kritischer (Schröttle und Müller 2004) und konstruieren schneller eine eigene (Mit-)Schuld an erlebter Gewalt (Schröttle 2010). „Letzteres wird auch aus der Arbeit mit weiblichen Gewaltopfern in Frauenberatungsstellen berichtet, ist aber auch anhand von wissenschaftlichen Untersuchungen belegt (Glammeier 2010)“ (Kapella et al. 2011, S. 38). Männer dagegen berichten häufig

nicht von Misshandlungen, weil sie sie nicht ernst genug nehmen, um sich daran zu erinnern (Mignon 1998, S. 145).

Aus der Täterarbeit wird berichtet, dass „männliche Gewalttäter ihr Gewalthandeln oftmals herunterspielen und banalisieren und/oder sich selbst als Opfer von Gewalt darstellen, um das eigene Handeln zu rechtfertigen“ (Kapella et al. 2011, S. 38). Andererseits ist aber hinsichtlich männlicher Opferwerdung davon auszugehen, „dass viele körperliche Übergriffe eher heruntergespielt und banalisiert bzw. normalisiert werden, da Opfersein mit der männlichen Geschlechteridentität kollidiert (Lenz 2006; Hagemann-White und Lenz 2002)“ (Kapella et al. 2011, S. 38). Solche Mechanismen können zu Verzerrungen in Prävalenzstudien zu Opferwerdung und Täterschaft führen, die bei der Auswertung und Interpretation der Ergebnisse kritisch zu berücksichtigen sind, wenngleich Schwithal in seiner Metaanalyse zu dem Ergebnis kam, dass die „Annahme, dass Männer im Vergleich zu Frauen bei Befragungen ihre Taten eher verheimlichen, [...] zwar zutrifft[, der Effekt] aber weniger problematisch ist, als allgemein angenommen“ (Schwithal 2004, S. 310). Allerdings gehört zu den geschlechtstypisierenden Grundannahmen der Sozialisationsforschung auch die These, dass Frauen dahin tendierten, gewalttätiges Verhalten zuerst gegen sich selbst zu richten, bevor sie anderen Gewalt antun (Kaselitz und Lercher 2002, S. 32).

Jedenfalls leben wir in einer Kultur der Zweigeschlechtlichkeit. Unsere Gesellschaft ist bigeschlechtlich organisiert und ihre Mitglieder werden folglich, je nach Geschlecht, unterschiedlich sozialisiert. Nicht nur die berühmten Baby-X-Studien belegen, dass wir, auch wenn wir das gar nicht wollen, unbewusst unterschiedlich auf Verhalten reagieren, je nachdem, ob es von (angeblich) weiblichen oder männlichen Akteuren ausgeht, und dadurch Einfluss auf deren künftige Verhaltensweisen nehmen (Bilden 2002, S. 208; Zimmermann 2000, S. 187). Vielmehr fällt auf, dass es auch heute noch typische Geschlechterunterschiede in der Erziehung gibt bzw. die Wahrnehmung des elterlichen Erziehungsstils geschlechtstypisch variiert. So glauben Mädchen weitaus häufiger, „liebevoll“ oder auch „wechselhaft“ erzogen zu werden, als Jungen, die sich häufiger „hart, aber gerecht“ behandelt sehen. Jungen fühlen sich häufiger eindeutig erzogen als Mädchen (Fuchs et al. 2005, S. 118). In der Akzeptanz der „harten“ Behandlung von Seiten der Eltern könnte sich ein Männlichkeitsstereotyp ausdrücken, das Mädchen nicht in gleichem Maße zur Verfügung steht. „Harte Maßnahmen“ könnten von daher geschlechtstypisch unterschiedlich wahrgenommen werden, d. h. von Jungen tendenziell eher als legitime Erziehungsmaßnahme verstanden, von Mädchen hingegen eher als „wechselhaft“, wenn nicht als „illegitime Gewalt“ interpretiert werden.

Die gleiche geschlechterstereotype Leitdifferenz könnte wiederum für die elterliche Entscheidung relevant sein, auf welche Erziehungsmaßnahmen sie zurückgreifen und wie sie sich gegenseitig behandeln. Gegen Letzteres, aber für

Ersteres sprechen Befunde, die darauf hindeuten, dass Mädchen bzw. weibliche Jugendliche ihr Verhältnis zu den Eltern negativer bewerten als Jungen, weil sie sich (ab einem gewissen Alter) in ihrer Bewegungsfreiheit mehr eingeengt sehen als diese bzw. tatsächlich mehr kontrolliert werden. Das könnte ein Hinweis darauf sein, dass bei der Wahrnehmung und Bewertung elterlicher Maßnahmen als legitime versus illegitime Gewalt Geschlechterstereotype eine zentrale Rolle spielen, bei der Entscheidung für bestimmte Erziehungsmaßnahmen aber eher Geschlechtsrollenstereotype dominieren, die an Akzeptanz verlieren.

Da weitere Befunde darauf hindeuten, dass Jugendliche, die sich in ihrem Elternhaus schlecht behandelt fühlen bzw. das Verhältnis zu ihren Eltern negativ bewerten, vermehrt zu aggressiven Gefühlen und Verhaltensweisen neigen, könnte sich aus der geschlechtstypischen Definition der Situation sogar eine im Zeit- und Geschlechtervergleich größere Gewaltbereitschaft bei Mädchen (zumal verbal bzw. psychisch gegen die Eltern oder bevorteilte männliche Geschwister) entwickeln. Das allerdings ist reine (indes emanzipatorischen Gedanken nicht widersprechende) Spekulation.

Ein sowohl in geschlechtersoziologischer als auch methodologischer Hinsicht wichtiger Befund aus o. g. Sekundäranalysen und anderen Studien zu häuslicher Gewalt ist, dass diese oft auf Wechselseitigkeit beruht, d. h. dass es nur wenige „unschuldige“ Opfer in dem Sinn gibt, dass sie keinerlei Anteil an der Entstehung oder Eskalation der Gewalt haben. Die Forschung zur Wechselseitigkeit häuslicher Gewalt illustriert die Bedeutung, häusliche Gewalt aus einer interpersonalen Perspektive zu verstehen (Finkel und Eckhardt 2012, S. 10). Allgemein, also auch hinsichtlich häuslicher Gewalt, könnte dies bedeuten: Wer viel austellt – sei es nun verbal, psychisch oder physisch – muss zumeist auch viel einstecken. Oder: Wer viel einsteckt, teilt auch (notgedrungen?) viel aus (Fuchs et al. 2001, Volz und Zulehner 2009, S. 201). Festzustellen, ob und inwieweit das beispielsweise auf Partnergewalt in Deutschland zutrifft, ist keineswegs eine rein akademische Pflichtübung, sondern von höchster gesellschaftspolitischer Relevanz. Denn damit ist nicht nur ein möglicherweise bedeutsamer beziehungs-dynamischer Aspekt der Eskalation von Gewalt angesprochen, sondern auch ein Punkt, den es bei familienpolitischen Interventionen zu berücksichtigen gilt (Bock 2001a, S. 11 f.). „Indeed, some evidence suggests that the extent to which one is a target of IPV is the single strongest predictor of IPV perpetration (O’Leary et.al. , 2007). Therefore, it becomes crucial to understand the ways that couples with at least one violent partner interact, and to incorporate this information into effective clinical interventions” (Finkel und Eckhardt 2012, S. 10).

Es fehlt unseres Wissens aber an repräsentativen Studien, die diesen Aspekt genauer untersuchen, d. h. die soziale Interaktion und die Perspektive aller am

Gewaltdrama beteiligten Akteure berücksichtigen. In Bezug auf Partnergewalt wären Paarbefragungen angemessen, im Hinblick auf gewaltförmige Auseinandersetzungen zwischen Eltern und Kindern wären beide Seiten einzubeziehen. Dadurch ließe sich auch der berechtigten Kritik begegnen, dass Einzelbefragungen von potenziellen Tätern und/oder Opfern häuslicher Gewalt ohne Berücksichtigung der Sichtweisen des jeweiligen Interaktionspartners keinerlei Kontrollmöglichkeiten über eventuelle Wahrnehmungsverzerrungen (geschlechts-, generations-, rollentypischer Art etc.) bieten (Gemünden 1996, S. 16, 134 f.). Es könnte ja beispielsweise so sein, wie bereits oben angedeutet, dass Männer aufgrund geschlechtstypischer Sozialisation tendenziell dazu neigen, häusliche Gewalt eigener oder erfahrener Art nicht sonderlich wahr- oder gar ernst zu nehmen, während Frauen eventuell vergleichsweise sensibel auf Gewalt zu reagieren pflegen und ihnen von daher auch die von ihnen selbst ausgehende Gewalt eher salient ist, weshalb sie häufiger über erfahrene und ausgeübte Gewalt berichten als Männer.

In bisherigen Studien werden fast ausschließlich Männer und Frauen befragt, die in keiner Beziehung zueinander stehen. Es hat sich aber gezeigt, dass auch bei scheinbar objektiven Fragen Divergenzen in der Beantwortung auftreten. „Studien, die Informationen zu beiden Partnern erheben, finden höhere Gewaltraten als Studien, die nur einen Partner befragten. Einer der Gründe hierfür ist der, dass sowohl Männer als auch Frauen ehrlicher in Bezug auf ihr Gewaltverhalten sind, wenn sie wissen, dass ihre Antworten mit denen ihrer Partner verglichen werden“ (Schwithal 2004, S. 242). In einer Studie von Szinovacz (1983) wurden 103 Paare unter Anwendung der CTS befragt. Wurden die Antworten unabhängig von denen des jeweiligen Partners ausgewertet, wurden etwa gleiche Gewaltraten zwischen den Geschlechtern gefunden. Bei einem Vergleich auf Übereinstimmung der Angaben der zusammengehörigen Partner fand sie „überraschenderweise relativ niedrige Quoten der Übereinstimmung: Hinsichtlich der Gewalt gegen Frauen 27 % übereinstimmend berichtete und gleichermaßen in die Kategorien der CTS eingeordnete Ereignisse, hinsichtlich der Gewalt gegen Männer 40 %“ (Gemünden 1996, S. 111). Werden die Angaben der Täter und Opfer aufaddiert, resultierten eine um 50 % höhere Gewaltrate für Gewalt gegen Frauen und einer 20 % höheren Rate für Gewalt gegen Männer. In gewaltfreien Partnerschaften gab es eine größere Übereinstimmung. Bei Gewalt belasteten Paaren „machte typischerweise nur einer der Partner Angaben darüber, dass der Partner gewalttätig war, während der andere dieses Verhalten abstritt (Szinovacz und Egley 1995; Schwithal 2004, S. 246).

Nach Gemünden (2003) neigen Männer, „entsprechend den Verhaltenszuschreibungen ihrer Geschlechtsrolle, eher dazu, selbst erlittene Gewalt zu bagatellisieren, ihr Opfersein zu leugnen, während für Frauen die Rolle als Gewaltopfer sozial anerkannt ist und im lerntheoretischen Sinne verstärkt wird“ (Gemünden

2003, S. 337). In diesem Zusammenhang zeige sich der Vorteil der Conflict Tactics Scale (CTS) gegenüber anderen Verfahren, weil mittels CTS „faktisches Verhalten“ abgefragt wird „und den Befragten nicht die wie auch immer geartete und empirisch nicht kontrollierte Bewertung der Ereignisse überlassen wird. Fragte man nämlich danach, ob man selbst und/oder der Partner ‚Gewalt‘ anwendete und/oder ob er z. B. eine Körperverletzung etc. (‚abuse‘, ‚assault‘, ‚aggravated assault‘) beging, dann führt dies dazu, dass nur Ereignisse genannt werden, die der oder die Betroffene selbst als kriminellen Akt bewertet [...]; hierbei fließen schicht- und geschlechtsspezifische Bewertungsmaßstäbe als unkontrollierte Variablen ein“ (Gemünden 2003, S. 339). Nach Krahé besteht ein weiterer Vorteil der Conflict Tactics Scale darin, „dass sie die Erfassung paralleler Angaben über das eigene sowie das Verhalten des Partners erlaubt und so die Abschätzung der Korrespondenz von Selbst- und Fremdeinschätzung ermöglicht“ (Krahé 2003, S. 371).

Auch wenn massenmediale Botschaften über Gewalt in der Familie Anderes suggerieren, ist aus kriminalsoziologischer Erfahrung heraus dennoch anzunehmen, dass schwerwiegende Gewaltformen zu selten in Erscheinung treten, als dass die Anwendung quantitativer Methoden diesbezüglich – insbesondere wenn sie forschungsökonomisch noch vertretbar sein soll – besondere, wissenschaftlichen Standards genügende Aufschlüsse verspricht (Gemünden 1996, S. 291). Für extreme, außeralltägliche Fälle und die Erfassung der besonderen Probleme von Problemfamilien sind aus methodologischer Sicht qualitative Verfahren besser geeignet. Mittels standardisierter Bevölkerungsumfragen sind repräsentative und aussagekräftige Ergebnisse lediglich bezüglich mehr oder minder alltäglicher Gewalt in der Familie zu erwarten. Gerade wenn der Anteil als gewaltfrei perzipierter Beziehungen wegen des weiten Gewaltbegriffs, der sowohl physische als auch psychische Gewalt umfasst, relativ gering ausfallen sollte, sind Personen, die über keinerlei Gewalterfahrungen berichten, als Vergleichsgruppe, z. B. hinsichtlich ihrer gewaltfreien Problemlösungsstrategien, von gleichem Interesse wie jene Menschen, die über extreme physische oder psychische Gewalterfahrungen berichten, deren Anteil ebenfalls relativ gering ausfallen dürfte.

Eine höchst interessante Vergleichsgruppe bestünde etwa in Personen, deren familiäre, gesundheitliche, finanzielle, berufliche Lebensumstände etc. zu denjenigen zählen, die als relevant für die Entstehung von häuslicher Gewalt erachtet werden (besonders wenn mehrere solcher Faktoren zusammen kommen, wie z. B. Arbeitslosigkeit eines oder beider Partner, finanzielle Schwierigkeiten, hoher Alkoholkonsum, beengte Räumlichkeiten usw.), die sich aber trotzdem für gewaltfreie Konfliktlösungen entscheiden. Diese Extremfälle haben besondere Bedeutung sowohl für die Wissenschaft, was die Theoriebildung betrifft, als auch die Praxis, was eine theoretisch fundierte Prävention bzw. Intervention betrifft. Auch hier bieten

sich qualitative Methoden – wie beispielsweise selektive Auswahlverfahren zwecks Fallkontrastierung – eher an als bevölkerungsrepräsentative Umfragen (Lamnek 1995; 2005; 2010). Bei der quasi automatischen Bevorzugung quantitativer Verfahren wird bisweilen übersehen, „dass für Fragestellungen, bei denen es nicht um quantitative Anteile in der interessierenden Population, sondern um die Konstruktion und Überprüfung von theoretischen Erklärungen und Theorien geht, keine im statistischen Sinne repräsentativen Stichproben benötigt werden“ (Böttger und Strobl 2002, S. 1498).

Bezüglich standardisierter Befragungen, müssten neben den üblichen demografischen Daten (Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung, Beruf etc.) eigentlich auf den Sozialraum Familie zugeschnittene Kontextvariablen erfasst werden, die für die Analyse häuslicher Gewalt relevant erscheinen, wie z. B. die jeweilige Rolle und Stelle im Partnerschafts-, Familien- und Lebenszyklus, die auf rollen- bzw. phasentypische Belastungen, Probleme bzw. Konfliktfelder verweisen, die mit bestimmten (familialen) Gewaltformen und -volumina kovariieren könnten. Auch Grad und Art der Integration der Familie(nmitglieder) in das soziale Umfeld bzw. in soziale Netzwerke als bedeutsame informelle Sozialisations- und Kontrollagenten müssten Berücksichtigung finden, wobei weniger das Ausmaß der sozialen Integration per se entscheidend ist als vielmehr die Frage, wie das soziale Umfeld häusliche Gewalt von bzw. gegenüber Männern und Frauen, Eltern und Kindern bewertet, ob es Abstand nimmt oder Hilfe anbietet, diese leistet oder verweigert etc.

Nicht nur ein gegeneinander Ausspielen qualitativer und quantitativer Methoden scheint wenig zielführend, was das Verständnis häuslicher Gewalt betrifft, sondern auch eine prinzipielle Bevorzugung von Dunkelfeldstudien gegenüber Hellfeldstudien scheint nicht immer angebracht, weil letztere Dinge erheben, die erstere nicht erfassen und umgekehrt. Gegen Hellfeldstudien zu häuslicher Gewalt spricht beispielsweise, dass das Anzeigeverhalten abhängig von der sozialen Nähe zwischen Tätern und Opfern ist. Je enger die Beziehung ist, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einer Anzeige kommt (Kretz et al. 1996; Raupp und Eggers 1993; Ruback 1993; Wetzels et al. 1995; Buchner und Cizek 2001b, S. 129). „Haller (1996) hat konkret zwei Erklärungen dafür, warum das Dunkelfeld im Fall von Gewalt in der Familie bzw. Gewalt im sozialen Nahraum wahrscheinlich besonders groß ist. Seiner Beobachtung nach erfolgen Anzeigen erst dann, wenn sehr schwere sexuelle Gewaltvorfälle sowie schlimme Gewalthandlungen vorliegen [...]. Weitere Gründe für hohe ‚Dunkelziffern‘, insbesondere im Fall von physischer bzw. sexueller Gewalt an Kindern ist, dass diese oft noch sehr jung sind und sich noch nicht mitteilen können. Ältere Kinder wiederum haben häufig Schwierigkeiten darüber zu reden. Zudem ist die ‚Dunkelzahl‘ bei physischer Gewalt oder sexueller Gewalt an Jungen höher als bei Mädchen, da Jungen in der Regel weniger

darüber sprechen als Mädchen (Friedrich 1998). Eder-Rieder (1998) verweist auf die besondere Täter-Opfer-Konstellation im Fall von sexueller Gewalt an Kindern in der Familie bzw. im sozialen Nahraum. Das Opfer kann sich an niemanden wenden, zudem wird die Entscheidung über eine eventuelle Anzeige meist von den Eltern getroffen. Godenzi (1994) zeigt auf, dass vor allem jene Fälle im Dunkeln bleiben, die nicht physisch oder sichtbar ausgeübt werden. Zudem bleiben meist jene Fälle unentdeckt, in denen sich die angegriffenen Personen durch Flucht oder Widerstand wehren konnten“ (Pflegerl und Cizek 2001b, S. 62). Dazu komme, dass Delikte, an denen die Opfer selbst beteiligt, bzw. solche, die ihnen peinlich seien, wahrscheinlich eher verschwiegen würden. Andererseits könne es auch zu Übertreibungen (wenn nicht zum „Missbrauch mit dem Missbrauch“) kommen, falls eigene Interessen verfolgt werden (Pflegerl und Cizek 2001b, S. 64). Auch sei davon auszugehen, „dass es je nach befragten Personen große Unterschiede in der Wahrnehmung und Darstellung von Gewalthandlungen gibt. Dazu kommt, dass die von Gewalttaten betroffenen Personen oftmals weiterhin mit den TäterInnen zusammenleben müssen, wodurch die Aussagebereitschaft der Betroffenen beeinträchtigt wird. Zudem ist generell damit zu rechnen, dass bei Befragungen zu dieser Problematik häufig Antworten verweigert werden, da die Intimsphäre der Betroffenen stark berührt wird [...] Dabei erscheint es trotz der beschriebenen Schwierigkeiten notwendig, die Perspektive möglichst aller betroffenen Personen zu berücksichtigen, um auch entsprechend zuverlässige Informationen zu erhalten“ (Pflegerl und Cizek 2001b, S. 68).

Ein weiterer Einwand gegen Hellfeldstudien ist, dass Unterschichttäter häufiger wegen familialer Gewaltdelikte angezeigt und verurteilt werden als Täter aus höheren sozialen Schichten. Die höheren Anzeige- und Verurteilungsraten hängen nicht zuletzt mit der größeren sozialen Kontrolle zusammen, der die unteren Gesellschaftsschichten ausgesetzt sind (Brockhaus und Kolshorn 1993) bzw. denen sie sich aussetzen; Polizeinotrufe wegen Familienstreitigkeiten und Strafanzeigen konzentrieren sich auf das „Unterschichtmilieu in vorörtlichen Regionen“ (Gemünden 2003, S. 347). „In gehobenen Schichten können Misshandlungen bereits durch die Wohnweise eher ‚vertuscht‘ oder aber ‚umgedeutet‘ werden. Dagegen zeigen Fallstudien aus psychologischen Praxen, dass das Problem ‚Gewalt in der Familie‘ nicht nur auf eine bestimmte soziale Schicht begrenzt ist“ (Nave-Herz 2006, S. 206).

In Dunkelfeldstudien wurde hingegen festgestellt, dass familiäre Gewalt nicht nur in so genannten „asozialen“ bzw. sozial unterprivilegierten Familien verübt wird, sondern ebenso in sozial unauffälligen Familien der Mittel- und Oberschicht. Letztere, so die These, verfügen im Gegensatz zu den sozial auffälligen Problemfamilien jedoch in vielen Fällen über Ressourcen, die verhindern, dass die Behörden

von den Vorfällen Kenntnis erlangen (Steele und Pollock 1978; Gelles und Cornell 1986; Finkelhor 1986; Russell 1986; Bange und Deegener 1996). Hieraus wird der in methodologischer Hinsicht gewagte Schluss gezogen, dass familiäre Gewalt in allen sozialen Schichten gleichermaßen vorkommt (Godenzi 1996; Haller et al. 1998; Buchner und Cizek 2001b, S. 134).

Tatsächlich zeigt die Fachliteratur beispielsweise, dass schichtunabhängig massivere Gewalt gegen Kinder dort entsteht, wo viele verschiedene Belastungen gleichzeitig wirken. Als Risikofaktoren gelten etwa „auf Elternseite Alkohol- und Drogenmissbrauch, eigene Gewalterfahrungen, Gewaltklima, übertriebene erzieherische Strenge und Kompetenzdefizite, kleine soziale Netzwerke der Familie sowie finanzielle, Arbeits-, Wohnungs- und Partnerprobleme; auf Kinderseite ein schwieriges ‚angeborenes‘ Temperament, Unreife, Geburtsprobleme und Behinderung“ (Funk und Schmitt 2001, S. 523). Unterschichtfamilien als solche müssen aber nicht notwendig derartige Probleme haben und Mittel- oder Oberschichtfamilien können sie haben. Wenn man indes sozial unterprivilegierte Familien als solche definiert, die besonderen Belastungen ausgesetzt sind und daher als Problemfamilien bzw. Familien mit Problemen gelten, dann müssen sie per definitionem zumindest einige dieser Risikofaktoren aufweisen. In der Unterschicht finden sich laut amtlichen Statistiken jedenfalls „wesentlich mehr ‚Fälle‘ von Kindesmisshandlung als in den mittleren und oberen Schichten. Der sozioökonomische Status an sich gilt dennoch nicht als ursächlicher, sondern (bloß) als assoziierter oder vermittelnder Faktor. Es ist unser Erachtens von entscheidender Bedeutung, diese Differenzierung zwischen statistischen und kausalen (Ursache-Wirkung-)Zusammenhängen zu machen“ (Funk und Schmitt 2001, S. 523). Nicht der niedrige sozioökonomische Status an sich, sondern mit diesem eher als in höheren Schichten zusammenhängende Bedingungen, wie etwa verstärkter Stress oder geringere Ressourcen zur Stressbewältigung, gelten als ursächliche Faktoren häuslicher Gewalt (Habermehl 1999, S. 426).

An der Ubiquitätsthese ist zu kritisieren, dass Ergebnisse von Dunkelfeldstudien gegenüber denen, die sich aus amtlichen Statistiken ergeben, zum Anlass genommen werden, einen Zusammenhang zwischen einer sozial unterprivilegierten Stellung und Gewalt als empirisch nicht nachweisbar zu behandeln. Richtig ist, dass gemäß selbstberichteter Delinquenz offenkundig eher selten ein signifikanter und linearer Zusammenhang zwischen Schichtzugehörigkeit und Gewalt besteht. Allerdings sind Dunkelfeldstudien auf der Basis von Selbstauskünften inzwischen in die Kritik geraten. Diesen wird z. B. in kriminalsoziologischer Hinsicht vorgeworfen, dass sie den Unterschied zwischen „Schwerstkriminalität“ und „Bagatelldelikten“ nicht hinreichend berücksichtigen (wobei hier natürlich aus sozialkonstruktivistischer bzw. historisch-vergleichender Sicht die Kultur- und Milieuabhängigkeit der

jeweiligen Etikettierung zu berücksichtigen wäre). Gerade aber „Schwerstkriminalität“ ginge in überproportionalem Maße von „sozial Unterprivilegierten“ aus, die zu allem Überfluss in Dunkelfeldstudien nur unzureichend erfasst würden, weil sie z. B. keinen Telefonanschluss hätten, keine gesellschaftliche Institution regelmäßig besuchten etc. (Crutchfield und Wadsworth 2002). Damit wäre diese Methode aber letztlich auch ungeeignet, die weit verbreitete kriminalsoziologische Grundannahme, dass (Gewalt-)Kriminalität überwiegend eine Sache sozial Unterprivilegierter ist, zu überprüfen (Ottermann 2003c).

Aus Sicht des Labeling Approachs ist (Gewalt-)Kriminalität keine Qualität, die dem Handeln selbst eigen wäre, sondern das Resultat eines Definitionsprozesses, in dem verschiedene gesellschaftliche Gruppierungen (Moralunternehmer, Stigmamanager) miteinander konkurrieren. „Die Kritik des labeling approach richtete sich nicht zuletzt gegen die in der kriminologischen Forschung seinerzeit gängige (und auch heute durchaus noch nicht überall überwundene) Praxis, die juristischen, vom Strafrechtssystem vorgegebenen Definitionen von Kriminalität und die sich daran anschließenden Zuschreibungen und Etikettierungen gleichsam unbeesehen zu übernehmen“ (Meuser und Löschper 2002, S. 3). Vielmehr gelte es, „diese vermeintlich sichere Ressource kriminologischer Forschung zum Topos der Analyse zu machen, sie, wie man heute formulieren würde, zu dekonstruieren, indem die Konstruktionsprinzipien des gesellschaftlichen wie des juristischen Konstruktes Kriminalität zum Gegenstand empirischer Rekonstruktionen gemacht“ (Meuser und Löschper 2002, S. 3) werden. Demnach ist (Gewalt-)Kriminalität zumindest auch das Resultat der sozialen Kontrolle von an bestimmten Normen und Werten interessierten, definitionsmächtigen Kreisen (Ottermann 2003c). Indem die Vertreter dieses Ansatzes „den Blick auf Prozesse der gesellschaftlichen Definition von kriminellen Handlungen und der gesellschaftlichen Reaktion auf die als kriminell bezeichneten Handlungen lenkten, haben sie einer konflikttheoretischen Perspektive zur Analyse von Kriminalität und kriminellen Handlungen den Weg bereitet“ (Eifler 2002, S. 48).

Bereits die klassischen Theorien des Kulturkonflikts und der Subkultur gehen „von der Idee aus, dass Angehörige der unteren sozialen Schichten, die in sozial desorganisierten städtischen Wohnumgebungen leben, aufgrund ihrer (strukturell bedingten) Unfähigkeit, Werte der Mittelschicht zu realisieren, ein eigenes Wertesystem etablieren und diesem Wertesystem entsprechend leben“ (Eifler 2002, S. 30 f.). Dadurch können sie in Konflikt mit der dominierenden, strafrechtlich geschützten (Rechts-)Kultur geraten, sofern diese das, was subkulturell als konformes Verhalten gilt bzw. dort normativ erwartet wird, als kriminell definiert (Ottermann 2003c). Gemäß den sog. Kontroll- bzw. Bindungstheorien beruhen kriminalitätshemmende soziale bzw. normative Bindungen auf Mechanismen externer (sozialer

Tab. 2.4 Selbst- und Fremdkontrolle abweichenden Verhaltens

Selbstkontrolle (internale soziale Kontrolle)	Fremdkontrolle (externale soziale Kontrolle)
Grad der Internalisiertheit, der Akzeptanz bzw. der intrinsischen Wirksamkeit von Normen: Ausmaß, in dem konformes Verhalten voraussichtlich oder tatsächlich intrinsisch belohnend (nützlich) und abweichendes Verhalten intrinsisch bestrafend (kostspielig) ist	Grad der Institutionalisiertheit von Sanktionen bzw. der extrinsischen Wirksamkeit von Normen: Ausmaß, in dem Andere auf abweichendes bzw. konformes Verhalten voraussichtlich oder tatsächlich reagieren (Wahrscheinlichkeit und Nettonutzen sozialer Reaktionen)
gutes Gewissen (innere Ruhe, Stolz): positives Selbstwertgefühl, das aus der Befolgung internalisierter Normen resultiert (moralischer Nutzen)	positive Sanktion (Lob, Belohnung): voraussichtlicher oder tatsächlicher Nutzen, der aus der sozialen Reaktion auf konformes Verhalten entsteht
schlechtes Gewissen (Scham, Schuld): negatives Selbstwertgefühl, das aus der Nichtbefolgung internalisierter Normen resultiert (moralische Kosten)	negative Sanktion (Tadel, Bestrafung): voraussichtliche oder tatsächliche Kosten, die aus der sozialen Reaktion auf abweichendes Verhalten entstehen

bzw. Fremd-) und interner (persönlicher bzw. Selbst-)Kontrolle, die Personen den notwendigen äußeren und inneren Halt geben, um (kriminellen) Versuchungen nicht zu erliegen. „Ist eine Bindung an das konventionelle Wert- und Normensystem nicht gegeben, so ist eine Person im kontrolltheoretischen Sinne frei, kriminelle Handlungen auszuführen“ (Eifler 2002, S. 44). Auch hierbei ist zu bedenken, ob ein gegebenes gesellschaftliches Norm- und Wertesystem nicht milieutypisch differenziert ist und die Mechanismen internaler und externaler sozialer Kontrolle, je nach Position im sozialen Raum unterschiedlich, d. h. aufgrund der Kultur der Zweigeschlechtlichkeit unter anderem auch geschlechtstypisch different ausfallen. Kontrollmechanismen abweichenden Verhaltens über Selbst- und Fremdkontrolle sind in Tab. 2.4 dargestellt.

Sykes und Matza (1982) gehen im Unterschied zu den Vertretern der Kulturkonflikt- und der Subkulturtheorie nicht davon aus, dass Personen, die sich kriminell verhalten, die gesellschaftlichen Werte und Normen, gegen die sie verstoßen, ablehnen und sich einem alternativen Werte- und Normensystem anschließen müssen. Vielmehr genüge es, „wenn Personen über kognitive Strategien verfügen, mittels derer sie vor dem Hintergrund ihres generellen Einverständnisses mit den codifizierten Normen ihres Gemeinwesens kurzfristige Verstöße gegen diese Normen rationalisieren könnten“ (Eifler 2002, S. 43). Die „kognitiven Strategien“, mittels derer potenzielle Schuld- und Schamgefühle, also die Risiken eines schlechten Gewissens bzw. psychischen oder moralischen Kosten, angesichts eines Verstoßes

gegen prinzipiell als richtig erachtete Norm- und Wertvorstellungen abgewehrt bzw. minimiert werden können, nennen Sykes und Matza „Techniken der Neutralisierung“. In inhaltlicher Hinsicht werden (mittels Situationsethik) die Verantwortung für das (eigene) Tun oder dessen Schädlichkeit geleugnet, das Opfer oder Kontrollagenten für die Tat zumindest mitverantwortlich gemacht, oder man beruft sich auf höhere Werte, die das (eigene) Fehlverhalten als der Situation angemessen und in einem besseren Licht erscheinen lassen (Lamnek 2002; Ottermann 2000, 2003c).

Nicht nur Gewalttäter, sondern auch Opfer häuslicher Gewalt rekurren auf Techniken der Neutralisierung, die sie im Verlauf ihrer Sozialisation erlernt haben. Dass auch Opfer zumindest aus Sicht Dritter (Beobachter, Forscher, Therapeuten) auf Techniken der Neutralisierung zurückgreifen, wird beispielsweise bei der Arbeit mit misshandelten Frauen in Frauenhäusern deutlich, sofern sie ein gewisses „Verständnis“ für die Gewalt ihrer Männer aufbringen (Ferraro 1983). Sykes und Matza (1982) gehen jedenfalls davon aus, dass eine Wert- und Normbindung (auf Seiten der Täter, der Opfer und Dritter) besteht, dass gesellschaftliche Normen und Werte internalisiert wurden und deshalb anlässlich von Verstößen gegen diese Normen und Werte auf Techniken der Neutralisierung zurückgegriffen werde, um das eigene Gewissen zu beruhigen, die eigene Person vor sich selber als trotzdem gut und akzeptabel darzustellen oder das Verhalten anderer zu rechtfertigen bzw. zu entschuldigen. Täter, aber auch Opfer, die die herrschenden gesellschaftlichen Normen bzw. die Normen der Herrschenden nicht (dafür aber andere Normen und Werte eventuell subkultureller Art) internalisiert haben, benötigen hingegen keine Techniken der Neutralisierung, um häusliche Gewalt zu entschuldigen, aber vielleicht, um ihr Ausbleiben („Warum hat er/sie sich nicht gewehrt?“) zu rechtfertigen (Lüdemann und Ohlemacher 2002, S. 62 ff.).

Von Neutralisierung sprechen offenkundig immer nur jene, die anderer Meinung sind, also bei der Bewertung eines Sachverhalts auf andere Deutungsmuster zurückgreifen als die Betroffenen (Täter, Opfer) selbst. Gerade primäre Definierer, Moralunternehmer und Kontrollagenten stellen ihre eigenen (milieu- und geschlechtstypischen bzw. -typisierenden) Deutungsmuster von Gewalt selten in Frage. Hier liegt die Schwäche von scheinbar objektiven, tatsächlich aber standortgebundenen (bildungsbürgerlichen, juristischen, politischen etc.) Zuschreibungen bzw. Unterscheidungen, wie z. B. die Einteilung von Konfliktlösungsstaktiken in „Aushandeln, psychologische Aggression und körperliche Gewalt“ (Krahé 2003, S. 371) im Rahmen der Conflict Tactics Scale. Vor allem geschlechtsstereotype Deutungs-, Stigmatisierungs- und Neutralisierungsmuster entgehen deshalb bisweilen sowohl der öffentlichen Wahrnehmung als auch der Wissenschaft. „Woran Sykes und Matza weniger dachten, war allerdings der Umstand, dass es entsprechende Neutralisierungstechniken auch auf Seiten des Rechtsstabes und anderer

Experten gibt, die mit Kontrolle oder Hilfe befasst sind, denn die Enttäuschung von Erwartungen [und das entsprechende Bedürfnis, kognitive Dissonanz zu reduzieren, Anm. d. Verf.] trifft natürlich auch bei diesen zu. Männliche Gewalt löst sie [aufgrund geschlechtsstereotyper Konsonanz, Anm. d. Verf.] nicht aus. ‚So etwas‘ ist einem Mann ohne weiteres zuzutrauen. Das ‚passt‘ zu dem Bild, das von Männern verbreitet ist“ (Bock 2003a, S. 181). Genau genommen, müssten deshalb bei der Analyse häuslicher Gewalt(dramen) immer alle drei Perspektiven, die Sicht von Tätern, Opfern und Dritten, also auch die der Forscher, mit zum Gegenstand der Analyse gemacht werden, wie es der Labeling Approach nahe legt. Häusliche Gewalt zu erforschen, hieße dann immer auch, Deutungsmusteranalyse zu betreiben. Methoden, die die potenziell unterschiedlichen Perspektiven von Täter, Opfer und Beobachter stärker berücksichtigen, werden in der Gewaltforschung bislang aber höchst selten eingesetzt (Dollase und Ulbrich-Herrmann 2002, S. 1514). Empirische Daten zu häuslicher Gewalt sind jedenfalls nicht (nur) das Resultat der Registrierung einer objektiven Gewaltrealität, sondern (auch) das Ergebnis von Thematisierungen und Zuschreibungen (Peters 1995a, S. 101). „Die Annahme [...] einer objektiven, von ‚Stereotypen‘ unabhängig existierenden Wirklichkeit ist [...] mit den Annahmen des labeling approach unvereinbar“ (Peters 1995a, S. 104). Deutungsschemata indes werden von Tätern, Opfern und Dritten selten expliziert. Sie sind ihren Äußerungen meist implizit und ihnen kaum bewusst, unausgesprochene bzw. latente erfahrungsfundierte Orientierungsmuster, mittels derer Ereignisse geordnet werden. Sie zu explizieren, ist zumindest Aufgabe, wenn nicht Pflicht einer interpretativen Soziologie (Peters 1995a, S. 127).

Bei der Rezeption des Neutralisierungsansatzes wird zum Teil übersehen, dass Techniken der Neutralisierungen gesellschaftlich vermittelt werden, auf milieutypischen Deutungsmustern (differenziellen sozialen Kontakten bzw. Assoziationen und Verstärkungen) beruhen und dadurch nicht nur die Kosten eines schlechten Gewissens reduzieren, sondern auch im Sinne von Stigmamanagement, dem strategischen Rückgriff auf Neutralisierungsmuster, dazu dienen (können), externale negative Sanktionen abzuwenden (Lamnek 2002; Ottermann 2000). Hinsichtlich der Analyse häuslicher Gewalt scheint es schon allein in Anbetracht der Kontroversen innerhalb des gesellschaftlichen Gewaltdiskurses angebracht, neben kontroll- bzw. sozialisationstheoretischen Defiziten von milieutypischen Differenzen auszugehen, die sozial unterprivilegierte Gewalttäter eher in das Netz offizieller Kontrolle gehen lässt. Offizielle Kontrollagenten verstehen auch „unter ‚Resozialisierung‘ eine Sozialisation im Sinne der Mittelschichtsnormen und -werte“ (Schwind 2002, S. 177). Da wissenschaftlich nicht zu entscheiden ist, ob die herrschenden Normen bzw. die Normen der Herrschenden, an denen sich offizielle Kontrollagenten orientieren, gute oder schlechte Normen sind, lässt sich auch nicht sagen, dass Gewalt in jedem

Fall schlecht bzw. ein gesellschaftliches Übel ist; „so wird sich die Ursachensuche auch nicht wie selbstverständlich auf Defizite der Erziehung und Mängel des Handelnden richten“ (Peters 1995a, S. 155).

Hellfeldstudien, sowohl quantitativer als auch qualitativer Art, erfassen Gewalttäter aus sozial unterprivilegierten Milieus wahrscheinlich überproportional (was, wenn es um „Problemfamilien“ geht, funktional sein kann), während Dunkelfeldstudien im Stile bevölkerungsrepräsentativer Umfragen sie eher unterproportional erfassen dürften (was Auswertungsprobleme in statistischer Hinsicht mit sich kann). „Offizielle Kriminalstatistiken, Täterbefragungen, Dunkelfelduntersuchungen und Opferbefragungen weisen jeweils spezifische Vorteile und Unzulänglichkeiten auf, so dass die Gesamtheit der stattgefundenen Viktimisierung von keiner der genannten Methoden voll abgedeckt wird“ (Kiefl und Lamnek 1986, S. 53), so dass es sich, je nach Erkenntnisinteresse, anbieten kann, die unterschiedlichen Verfahren miteinander zu kombinieren (Triangulation), was innerhalb der Gewaltforschung allerdings auch nicht allzu häufig geschieht.

Insbesondere bei Opferbefragungen, aber auch bei Selbstberichten sollten ethische Fragen bei der Erforschung von Gewalt in der Familie nicht außer Acht gelassen werden. „Because of the sensitivity of questions related to interpersonal violence, researchers and institutional review boards commonly raise concerns regarding the extent to which potential respondents would object to or be distressed by such questions and whether the process of reporting past traumas may cause the research participant distress or put them at risk for further violence“ (Black et al. 2006, S. 446). Diese Bedenken führen zum einen zu Fragen der Angemessenheit von Untersuchungsinstrumenten aber auch ganz allgemein der ethischen Vertretbarkeit von allgemeinen Bevölkerungsumfragen zu Gewalt in der Familie oder Partnerschaft.

Das wichtigste Mittel zum Schutz der Befragten ist informed consent (Black et al. 2006, S. 455). Die Befragten dürfen nicht über die Ziele und Inhalte der Studie im Unklaren gelassen werden. Nur dann haben sie die Möglichkeit zu entscheiden, ob eine Teilnahme am Interview in ihrem Interesse ist und ob sie Risiken birgt, die sie gegebenenfalls nicht auf sich nehmen möchten (S. 455). Darüber hinaus müssen Interviewer besonders für die Administrierung heikler Fragen geschult werden. Im Bedarfsfall sollen den Befragten auch Ansprechpartner bzw. Hilfsinstitutionen genannt werden, um traumatische und gewaltbehaftete Erlebnisse bewältigen zu können (Sullivan und Cain 2004, zitiert nach Black et al. 2006, S. 456).

Black et al. (2006) untersuchten die Reaktionen von Befragten auf Gewaltfragen in zwei größeren CATI-Studien. Die Befragten wurden nach den Gewaltfragen gefragt, ob sie denken, solche Dinge sollten in einem Survey erhoben werden. „The

majority of respondents (regardless of their victimization history) were willing to answer questions about violence and were not upset or afraid because of the questions. More than 92 % of respondents thought such questions should be asked" (Black et al. 2006, S. 445). Häufig waren die Befragten der Ansicht, dass der Gewinn die Kosten der Teilnahme an der Befragung über das von ihnen erlebte Trauma überwiege. „The vast majority of telephone survey respondents 1) believe that an RDD telephone survey should ask questions about interpersonal violence; 2) are willing to answer such questions during a telephone interview; and 3) are not upset or afraid as a result of being asked about their experiences with violence. Even among victims who reported that being asked these questions made them feel upset or afraid, the majority felt that such questions should be asked in a telephone survey“ (S. 453).

In der österreichischen Prävalenzstudie (Kapella et al. 2011) wurde untersucht, ob ein face-to-face oder ein online Zugang höhere Prävalenzraten aufdeckt. Etwa rund tausend Befragte wurden face-to-face befragt und ebenso viele aus einem offline rekrutierten Panel wurden online befragt. „Methodeneffekte zeigen sich vor allem durch die anonymisierte Methode der Online-Erhebung, die ein deutlich höheres Dunkelfeld aufdeckt als die in der Gewaltforschung bisher standardmäßig durchgeführte Face-to-Face-Befragung. Vor allem bei Frauen zeigt sich eine deutlich höhere Prävalenz der sexualisierten Gewaltformen in der Online-Erhebung. Bei sexueller Belästigung deckt die Online-Erhebung um 19,6 Prozentpunkte mehr Übergriffe auf als die Face-to-Face-Befragung und bei sexueller Gewalt um 14,2 Prozentpunkte. Die Unterschiede sind bei Männern ebenfalls vorhanden, allerdings weniger ausgeprägt. Die Online-Erhebung bietet nicht nur eine höhere Aufdeckung des Dunkelfeldes der Opfer-Erfahrungen als Erwachsener, sondern auch in der Kindheit. Hier zeigen sich bei Frauen und Männern in allen Gewaltformen höhere Prävalenzen in der Online-Erhebung“ (Kapella et al. 2011, S. 293). Außerdem zeigte sich, dass Interviewerinnen nicht nur ein höheres Dunkelfeld der Opfer-Erfahrungen bei Männern aufdecken, sondern auch eine höhere Prävalenz der eigenen männlichen Täterschaft. „Die Unterschiede sind zwar gering, aber es zeigt sich bei einigen Gewaltformen eine Tendenz“ (Kapella et al. 2011, S. 290).

Sich im Hinblick auf das jeweilige Erkenntnisinteresse geeigneter Methoden versichert zu haben, ist umso wichtiger, als devianzsoziologische Analysen und Theorien immer von gesellschaftspraktischer Relevanz und vor allem Kriminalsoziologen stets nicht nur am Gewalt-/Kriminalitätsdiskurs, sondern auch an der sozialen (De-)Konstruktion von (Gewalt-)Kriminalität beteiligt sind (Ottermann 2003b,c). Die praktischen Empfehlungen, die sich aus unterschiedlichen Erklärungen von abweichendem Verhalten oder Kriminalität ergeben, sind im Extremfall nicht miteinander zu vereinbaren. Während beispielsweise ätiologische Ansätze,

nach dem Motto „Übel werden durch Übel verursacht“ (Peters 1995a), die Beseitigung von (sozialisationsbedingten) „Defiziten“ und (sozialstrukturell bedingten) „Mängellagen“ rund um den Akteur (als Bündel sozialer Merkmale) nahe legen, gilt gerade dies aus Sicht des Labeling Approachs „als Quelle der Etikettierung und Stigmatisierung, der offiziellen Festschreibung abweichender Identität und damit als die eigentliche Ursache krimineller Karrieren. Umgekehrt muss die Strategie der mehr oder weniger konsequenten Nichtintervention, die etikettierungstheoretisch angezeigt erscheint, aus ätiologischer Sicht als das Auslassen von (letzten) Chancen erscheinen, durch erzieherische, resozialisierende oder auch therapeutische Maßnahmen soziale Integration und Legalbewährung zu ermöglichen“ (Bock 2000, S. 85). Hinsichtlich familialer Gewalt scheint eine wertneutrale und etikettierungskritische Perspektive, die unterschiedliches Gewaltaufkommen auf geschlechts- und/oder milieutypische Differenzen und nicht auf Defizite zurückführt, eher selten. Die Dominanz des Defizitparadigmas „hängt eng mit Vorstellungen von gesellschaftlichen Interventionen zusammen, als handele es sich bei Gewalt um eine Seuche, die es auszurotten gilt: Es kommt dann darauf an, den Erreger zu identifizieren. Sowohl feministische Positionen [...] als auch Vertreter der Diagnose ‚family violence‘ [...] argumentieren entlang solcher Modelle“ (Hagemann-White 2002, S. 137) – nur dass die einen eben familiale Probleme und die anderen problematische Geschlechterverhältnisse als die eigentliche Ursache häuslicher Gewalt ausmachen. Hier zeigt sich darüber hinaus, dass selbst quantitative Analysen von den jeweils dominierenden kollektiven Deutungsmustern nicht nur der Wissenschaftler, sondern auch der Gesellschaft abhängig sind, deren Wandel vor allem bei Längsschnittuntersuchungen zu berücksichtigen ist: „Erst wenn sich gezeigt hat, dass sich im betreffenden Zeitraum weder die Deutungsmuster der Bevölkerung und/oder die Anzeigebereitschaft der Bevölkerung, noch die Ermittlungsbereitschaft und Sanktionsbereitschaft von Polizei und Staatsanwaltschaft bzw. Gericht verändert haben, kann man von veränderten Häufigkeitsziffern auf eine wirkliche Änderung der Häufigkeit ‚krimineller‘ Gewalthandlungen schließen“ (Albrecht 2002, S. 782).

Tatort Familie

Häusliche Gewalt im gesellschaftlichen Kontext

Lamnek, S.; Luedtke, J.; Ottermann, R.; Vogl, S.

2012, X, 278 S. 24 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-531-16777-0